C 3428

hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
Januar-Februar 1-2/2022

50 Jahre Berufsverbote

Irrtum oder Kalkül

Titel: Willy Brandt während einer Rede in Schleswig-Holstein in den 1980er Jahren (Fotonachweis S. 40)

hlz-Notiz

Erfolgreiches Wahlkämpfen

Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Kurz vor Weihnachten wurde das Ergebnis der Lehrerkammerwahlen veröffentlicht: Die GEW konnte ihr gutes Ergebnis von vor vier Jahren noch einmal verbessern und einen weiteren Sitz erobern. Mit einem Wahlergebnis von fast 86 Prozent und 35 von 40 Sitzen zieht die Fraktion der GEW in die Lehrerkammer ein. So kann die gute und wichtige Arbeit der GEW-Fraktion in der Lehrerkammer fortgesetzt werden. Einen herzlichen Dank an alle bei der Wahl Aktiven und den Wähler_innen für das Vertrauen an die GEW-Fraktion! Dies ist eine gute Voraussetzung für die kommenden Monate, denn Wahlen werden uns alle auch weiterhin beschäftigen: Betriebs- und Personalratswahlen stehen in den Kitas, den Schulen und der Schulbehörde an. Hier wird auch viel Einsatz von uns allen wichtig sein, damit die GEW in all diesen Gremien wieder stark aufgestellt ist. Der Lehrerkammer und deren GEW-Fraktion wünschen wir ein gutes Gelingen der anstehenden Aufgaben. Wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit.

Neben den Wahlen finden im TVÖD im Frühjahr die Verhandlungen zur Tabelle des Sozial- und Erziehungsdienstes statt. Auch hier ist das Engagement der GEW, ihrer Gremien und der Kolleg_innen gefragt, damit ein guter Abschluss für die Kolleg_innen im KiJu-Bereich erreicht werden kann.

Leider lässt uns die Pandemie immer noch nicht los. Die aktuell grassierende Omikron-Variante sorgt mit hohen Krankheits- und Isolationsausfällen bei den Kolleg_innen, Kindern und Jugendlichen für starke Belastungen in den Schulen und Kitas, aber auch in den Familien. Besonders, aber nicht nur, in den Bereichen, in denen wenig Abstand gehalten werden kann und die Kinder und Jugendlichen selten Masken tragen können, also den Kitas und den Sonderschulen, sind die Belastungen extrem. Die Verantwortlichen müssen dringend nachbessern. Die Kitas müssen die Möglichkeit haben, in den eingeschränkten Regelbetrieb zu gehen. In den Schulen bedarf es u.a. eines Stufenplans für Vertretung, aber auch klarer Vorgaben für die Absage von Betreuung und Unterricht. Gleichzeitig sind viele Dinge auch nach zwei Jahren Pandemie nicht geregelt, so gibt es z. B. immer noch an den meisten Schulen und Kita keine klaren Regelungen für Maskenpausen, die, insbesondere bei den ffp2 Masken, nötig sind!

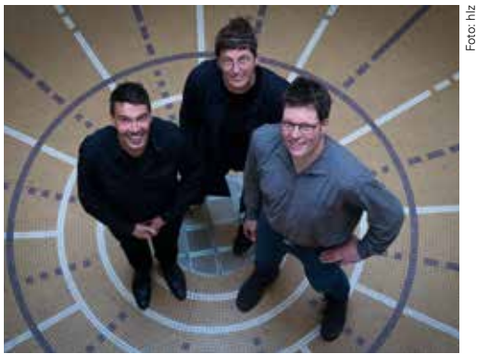


Foto: hlz

Aber auch inhaltlich geht es weiter: Der im September auf dem Hamburger Gewerkschaftstag getroffene Beschluss zum „Religionsunterricht für Alle“ schlägt inzwischen Wellen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe und der GEW-Vorsitz sind intensiv am Arbeiten und mit den verschiedenen Akteur_innen in der Diskussion. Dabei sieht es so aus, als ob es einen ersten Erfolg bei dem Thema „Vokation“ und in der Frage der Beibehaltung der Lehrerlaubnis für die Kolleg_innen im Amt gibt. Das wäre ein großer Erfolg für die intensiv arbeitenden Gremien.

Die inhaltliche Diskussion zum Religionsunterricht wird gleichzeitig weitergeführt. Lasst uns diese wie auch andere inhaltliche Diskussionen weiterhin in der Sache genau und manchmal scharf, aber solidarisch führen! Dann sind wir für die anstehenden Aufgaben und Wahlen gut gewappnet.

Liebe Kolleg_innen, die HLZ feiert dieses Jahr ihr 100 jähriges Jubiläum und steht für diese solidarisch geführte Diskussion! Wir hoffen, dieses Jubiläum trotz Covid angemessen begehen zu können und bei dieser Gelegenheit und hoffentlich noch vielen weiteren wieder direkt miteinander in den Austausch zu kommen. Darauf freuen wir uns!

Grafik: fr.freepic.com

Stress Seite 10
Eine nicht ganz repräsentative Umfrage liefert bestürzende Ergebnisse zur Arbeitsbelastung von Pädagog_innen.

Gesundheitsschutz Seite 12
Die gesetzlichen Grundlagen, um auch am Arbeitsplatz Schule keinen Belastungen, die die Gesundheit der Beschäftigten gefährden, ausgesetzt zu sein, sind da – sie werden nur nicht umgesetzt.

Bezahlen ohne Leistung Seite 18
Wie soll man verstehen, dass Eltern den vollen Kitabeitrag zahlen sollen, auch wenn sie ihre Kinder aus Schutz vor dem Coronavirus zu Hause lassen?

Skinner alive Seite 20
Die Ideen des Vaters der behavioristischen Verhaltens- und Lerntherapie geistern nicht nur durch die Köpfe mancher Pädagog_innen, sondern bestimmen auch die Praxis im Umgang mit Schüler_innen.

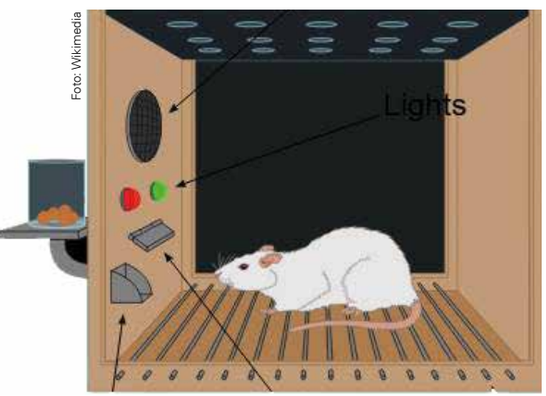


Foto: Wikimedia

Bildungspolitik

Pädagogik
Mehr als Konditionierung — 20

Religions- und Philosophieunterricht
Arbeitskreis gegründet — 30

Magazin

Onlineumfrage
Lehrer_innengesundheit — 10

Gesundheitsschutz
Rechtliche Spielräume nutzen — 12

KiJu
Gebühr ohne Leistung — 18

Schulmuseum
Spender_innen gesucht — 24

Erlebnispädagogik
Karibische Träume — 25

Afghanistan
Dank für unsere Hilfe — 34

Rassismus
Sprache als Prügelknabe — 37

AfGG
Antifeminismus stoppen — 46

Nazibiographien (45)
Hinrich von der Lieth (Teil 1) — 70

Rüstungsexportverbot
Volksinitiative erfolgreich gestartet — 74

Hamburger Forum
Ostermarsch 2022 — 78

Schwerpunkt

Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse — 48

GEW

hlz **100 Jahre** — 8

Offene Liste
Zukunft der GBS — 15

Service
Regelung Kinderkrankentage — 17

Namensänderung
Fonds gegen Diskriminierung — 45

Nachruf
Kurt Edler — 76

Rubriken

hlz-Notiz — 3

Leser_innenbriefe/Nachrichten — 6

Gesund in den Ruhestand — 30

gb@ — 32

Impressum — 40

Jaahresinhaltsverzeichnis 2021 — 41

Rätsel — 79

Termine — 80

Aus der Unsicherheit... — 81

Foto: Angelika Lehndorff-Felsko, Betroffene (privat); Ausstellung der GEW NRW 2021

Vor 50 Jahren Seite 48
Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse – Wieso? Weshalb? Warum? Wir gehen den Ausgrenzungen im historischem Kontext nach und lassen Betroffene zu Wort kommen.

Atlantiküberquerung (2) Seite 25
Die Segler_innen haben wieder Boden unter den Füßen. Wie es ihnen auf Hoher See erging und erste Eindrücke vom Landgang.

AfGG Seite 46
Rechte Ideologen bedienen nicht nur rassistische, sondern besonders gern auch frauenfeindliche Stereotypen.

Afghanistan Seite 34
Eisige Temperaturen bestimmen das Leben. Unsere Hilfe trägt dazu bei, dass es trotzdem möglich ist, dass Kinder weiter zur Schule gehen können.

Foto: Afghanistan-Schulen e.V.

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg
hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)
Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Schaffen oder aussitzen?

hlz12/2021, S.81f.

Zugegeben: das Foto von Angela Merkel in der Fischerhütte (s.S.81) ist atmosphärestark: ruhige Aufmerksamkeit, (fast) ohne Inszenierung. Ich hätte der Frau, um die es hier geht, zu diesem Zeitpunkt, 15 Jahre vor ihrem Antritt als Kanzlerin, gewünscht, dass sie sich lieber weiter für Meeresfisch-Arbeit interessiert, als sich ins Politik-Business einzulassen. Denn ich gerate nicht wie der Redaktionsleiter ins Schwärmen, wenn es um die Arbeit und die Arbeitserfolge der Kanzlerin Angela Merkel geht. Nach ihrer zugegeben überraschenden Beschwörungsformel im Sommer 2015 (Wir schaffen das!) haben viele Mitglieder des großen „Wir" „geschafft" – im süddeutschen Sinn des Wortes: gearbeitet, aber wir haben „es" nicht geschafft, nämlich eine Flüchtlingspolitik, die auch die im Blick hat, die noch nicht in Sicherheit sind, die noch in Lagern in Nordafrika gequält werden, die auf vollkommen untauglichen Booten versuchen, das Meer Richtung Mitteleuropa zu überqueren, die auf griechischen Inseln, in türkischen Lagern vegetieren. Die meinte die damalige Kanzlerin mit ihrer Beschwörungsformel nicht. Um all diese Menschen aus Deutschland fernzuhalten, um unsicher werdende Wähler_innen so wieder an die eigene Partei zu binden, um weiter Geschäfte mit den Regierungen machen zu können, obwohl deren Menschenrechtsverletzungen bekannt, sogar benannt waren, wurde dann . . . ausgesessen. Wenn die Beschwörungsformel hieß: Wir schaffen das! hieß es danach: Ich sitze das aus! Diese Haltung eignete sich natürlich nicht als Beschwörungsformel, sie ließ sich nur rückschließen aus dem, was eben nicht getan wurde.

Einen Systemwechsel von ihr zu erwarten wäre unsinnig gewesen, aber innerhalb unseres Systems wäre genügend Spielraum gewesen, um mehr grundgesetzlich verbriefte Rechte einzulösen und die Merkmale des Sozialstaates im Leben der Benachteiligten durchzusetzen. Ich kann mir nicht helfen: Ins Schwärmen gerate ich nicht bei dem, was im Politikgeschäft geschieht, sondern angesichts der Aktivitäten der vielen kleinen und kleinsten Initiativen, die einfach . . . ja: (es)schaffen!

SUSANNE BERG

Verdrängung

hlz 12/2021, S. 30ff

Der Artikel von Joachim Geffers gehört nicht in eine Gewerkschaftszeitung. Bekanntlich nützen ÖPP-Projekte ausschließlich den Interessen privater Investoren und erhöhen deren Profite. ÖPP ist das Gegenteil von gemeinnütziger Daseinsvorsorge.

Er argumentiert mit den Zwängen der politischen Verhältnisse. Die Abschaffung der Schuldenbremse sei aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse nicht möglich. Daher müssten öffentliche Projekte nach dem Prinzip von ÖPP finanziert werden (Hamburger Modell), sonst würden notwendige Projekte (z.B. für den Klimaschutz) nicht durchführbar sein. Obwohl J.G. zugibt, dass alles teurer wird und die Demokratie dabei Schaden nimmt, plädiert er für diese Art der Finanzierung. Was er verdrängt, ist die Tatsache, dass die Profiteure von ÖPP, die als Investoren dicke Gewinne machen, durch die Schuldenbremse geschont werden, denn der Staat soll sich nicht das Geld von denen holen, die es haben, sondern sparen. Privatisierungen im öffentlichen Bereich der Daseinsvorsorge (z.B.im Gesundheitswesen) führen zu den sattsam bekannten negativen Folgen, worunter in erster Linie die arbeitenden Menschen leiden. Durch die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben mit ÖPP wird der Druck von denen genommen, die für Sparmaßnahmen und Privatisierungen eintreten. Auch weitere Niederlagen in den Tarifrunden sind vorprogrammiert.

Mit einem gewerkschaftlichen Standpunkt hat das Plädoyer von J.G. nichts zu tun.

Statt die Alternativlosigkeit zu predigen, sollten besser Forderungen aufgestellt werden, die eine Finanzierung auch ohne ÖPP-Projekte möglich machen.

In einem Papier von Attac heißt es: „Genau diesem Kapital (die Investoren der ÖPP) müssen (aber) Macht und Ressourcen entzogen werden. Umverteilung von oben nach unten ist nötig, um vernachlässigte (und neue) Gemeinwohlaufgaben zu finanzieren und soziale Sicherheit zu schaffen".

ROLF URBAN

Noch 2 Ausgaben von dieser hlz-Redaktion

Auf dem Gewerkschaftstag im April 2022 wird laut Satzung der GEW-Hamburg die Redaktionsleitung der hlz neu gewählt. Unser Redaktionsleiter Joachim wird nicht mehr zur Wiederwahl stehen. Die Redaktionsarbeit wird dann von einer neuen Redaktion verantwortet – wenn sich denn eine neue findet (vgl. auch hlz 1-2/2021, S. 81). Ihr habt also die einmalige Chance, euch auf einen der interessantesten Jobs in der GEW zu bewerben! Nähere Informationen unter: geffersjoachim@gmail.com oder: info@gew-hamburg.de

DIE REDAKTION

mutig

Der Hamburger Erzbischof Stefan Heße hat den 125 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kirche Respekt bekundet, die sich in der Aktion »OutInChurch« zu ihrer sexuellen Orientierung bekennen. Eine Kirche, in der man sich wegen seiner sexuellen Orientierung verstecken müsse, könne nicht im Sinne Jesu sein, sagte Heße.

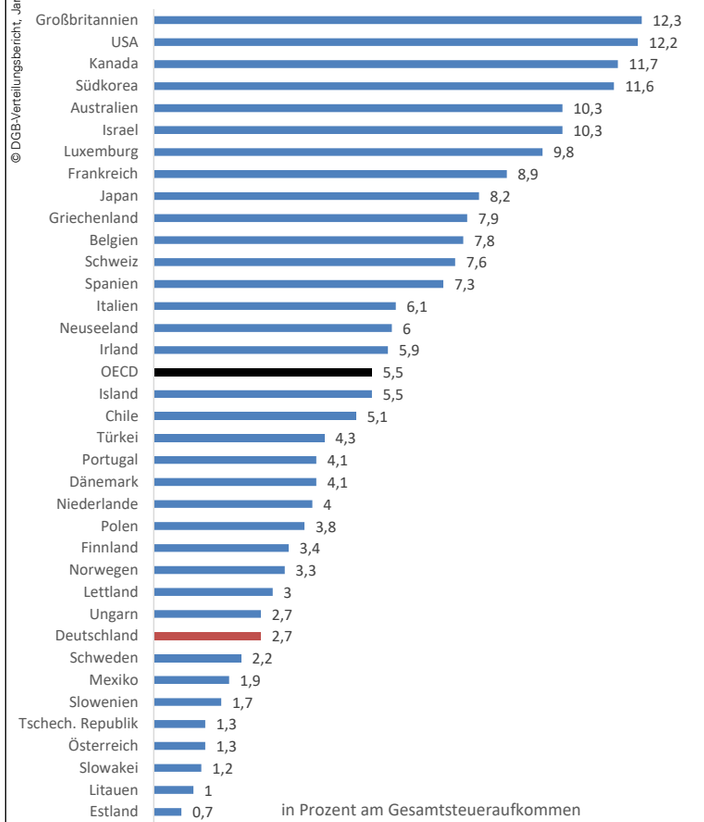
geizig

Der Preis für das Hamburger Schulessen steigt um 15 Prozent. Ein Anstieg von 3.50 € auf 4 €, da der Senat die allgemeine Subvention von 50 Cent auf alle Schulessen ersatzlos streicht. Die Schüler_innenkammer Hamburg fordert deshalb in einer Stellungnahme einen sozial gestaffelten Zuschuss für das Hamburger Schulessen. Aus der Erfahrung zeige sich, dass rund 30 Prozent der Schüler_innen auf die Sozialstaffel angewiesen sind und viele davon sich nach der Grundschule das Schulessen nicht mehr leisten können, heißt es in der Erklärung.

drängend

Mit einem Förderpaket im Umfang von 34 Millionen Euro will die Hamburger Schulbehörde gegen Lernrückstände und psychische Probleme bei Schüler_innen durch coronabedingte Schulschließungen vorgehen. Mit rund 26 Millionen Euro würden zusätzliche Förderkurse am Nachmittag und Lernangebote in den Ferien finanziert, sagte Schulsenator Ties Rabe gestern. Weitere acht Millionen Euro würden für zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Schülerinnen und Schüler mit sozialen und psychischen Problemen bereitgestellt. 32 Millionen stammten vom Bund, 2 Millionen lege Hamburg dazu.

Abb. 7.12: Steueraufkommen durch Vermögensbesteuerung in OECD-Staaten im Jahr 2018



Quelle: OECD, Revenue Statistics 2020.

Die reichsten 0,01 Prozent, das sind rund 80.000 Menschen, nennen 11 Prozent des Weltvermögens ihr Eigen. Den Rest teilen sich rund 8 Milliarden Menschen. Quelle: Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez, Gabriel Zucman: World Inequality Report 2022. Executive Summary. Auch die massiven Steigerungen der Vermögen im Rahmen der Coronakrise veranlasste die Neu-Koalitionäre nicht zum Umdenken

notwendig?

Ein Signal gegen die Cancel Culture und die wachsende Intoleranz: Die Universität Hamburg hat einen Kodex erarbeitet, der gegen Beeinträchtigungen des Freiraums der Wissenschaft klare Grenzen ziehen soll.

JUBILÄUM

100 Jahre HLZ

Im Januar 1922 erschien die erste Ausgabe der Hamburger Lehrerzeitung (HLZ). Sie sollte einen freien Meinungskampf „unter gemeinsamer Flagge“ ermöglichen.

1922

Die *Hamburger Lehrerzeitung* erschien erstmals am 4. Januar 1922, gut drei Jahre nach der Novemberrevolution und dem Ende des Ersten Weltkriegs. Während die *Pädagogische Reform* noch von einem unabhängigen Gremium herausgegeben wurde, war die HLZ das erste Vereinsorgan der Gesellschaft der Freunde, dem Vorläufer der GEW-Hamburg. Mit der HLZ sollte die Kampfkraft der Lehrerschaft gestärkt werden; dazu gehörte ein freier Meinungskampf „unter gemeinsamer Flagge“.

1933

27.4.1933: Die Gesellschaft der Freunde beschließt bei nur 3 Gegenstimmen den Beitritt zum Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), bleibt aber formal als Teil des NSLB erhalten. Neuer Vorsitzender und Herausgeber der HLZ wird NSLB-Landesleiter Willi Schulz.
14.10.1933: Die HLZ wird Wochenschrift des NSLB Hamburg. Kritische Stimmen verstummen zunehmend, die HLZ entwickelt sich nach und nach zum NS-Kampfblatt.
1.9.1939: Letzte HLZ des NSLB – am Tag des Kriegsbeginns gegen Polen. 1940 bis 1942: Fortführung als monatliches *Mitteilungsblatt des NSLB, Gauwaltung Hamburg*.

1946

April 1946: Die nach Kriegsende 1945 wiedergegründete Gesellschaft gibt nach Genehmigung der britischen Besatzungsbehörden das *Mitteilungsblatt der Gesellschaft der Freunde* heraus. Papierknappheit erzwingt das verkleinerte Format (etwa wie bei der HLZ heute).
April 1948: Die erste Ausgabe der neuen HLZ erscheint.

1968-76

Das Erscheinungsbild der Zeitung ändert sich viele Jahre lang nur wenig: textlastig, Bilder sehr selten.
In den 60er-Jahren gibt es modernere Schrift und anderes Layout, in den 70er-Jahren wird der Umschlag teilweise farbig.

Ende 1976

Der gesellschaftliche Wandel ab 1968 führt auch zu Veränderungen in der GEW. Mit der Wahl von Udo Hergenröder zum Schriftleiter beginnt eine grundsätzliche Veränderung von Inhalt und Gestaltung der HLZ.

2015

Die *hlz* in der heutigen Aufmachung – im März/April 2015 bereits mit dem (jetzigen) Kanzler

Alles neu macht der Mai:

100 Jahre *hlz* – die GEW feiert!

- **Festveranstaltung am 7.5.**
- **Jubiläumsausgabe der hlz**

Einladungen folgen später

Hamburger Lehrerzeitung

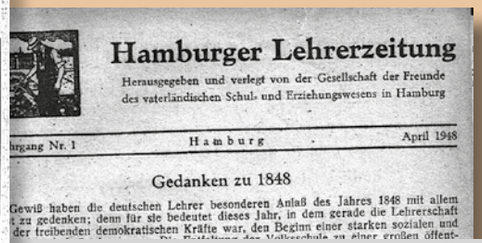
Herausgegeben der Gesellschaft vaterländischen ziehungswesens

CURIO 1805

und verlegt von der Freunde des Schul- und Er- in Hamburg

Jahrgang · Hamburg, Mittwoch, den 4. Januar 1922 · Nummer 1

Worte und Wünsche.


Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg

Jahrgang Nr. 1 · Hamburg · April 1948

Gedanken zu 1848

Hamburger Lehrerzeitung

Nr. 40/**

Wochenschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg

Herausgeber: W. Schulz, Landesleiter des N.S.L.B. Hamburg

Jahrgang · Hamburg, Sonnabend, den 14. Oktober 1933 · Nummer 40/41

Vor 1922:

Pädagogische REFORM

Probenummer · Hamburg, den 24. April 1877

Vorläufer der HLZ war die *Pädagogische Reform*. Sie war 1877 von Mitgliedern des Vereins Hamburger Volksschullehrer (VHV) gegründet worden und wurde als Sprachrohr der kämpferischen und reformfreudigen Lehrerschaft auch außerhalb Hamburgs bekannt. Der VHV ließ die Gesellschaft der Freunde 1894 durch seinen Beitritt zu einem fortschrittlichen Lehrerverein werden. Die *Pädagogische Reform* erscheint zunächst alle 3 Wochen, dann als Wochenzeitung – zu lesen unter: **https://scripta.bbf.dipf.de/viewer/search**

HLZ 1922-1939:

Wochenzeitung bis 3/1938:
16 Seiten DIN A4
Auflage: von ca. 3000 bis 8300

Halbmonatsschrift von 4/1938 bis 9/1939:
meist 32 Seiten DIN A4
Auflage: 4300 bis 4700

Herausgeber:
Gesellschaft der Freunde (bis 9/1933),
NSLB (10/1933 bis 9/1939)

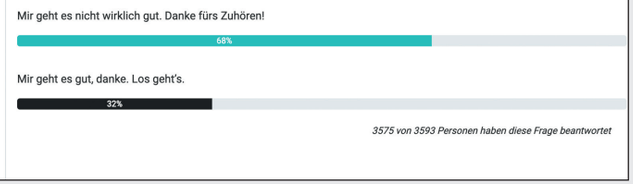
Text und Zusammenstellung MANNI HEEDE / Layout JASON TSIAKAS

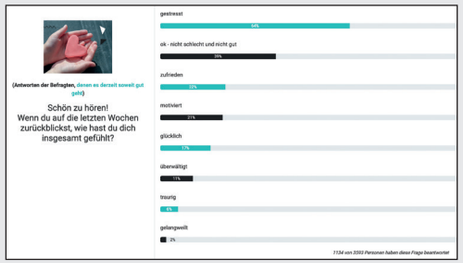
Zwei von drei Lehrer_innen geht es nicht gut

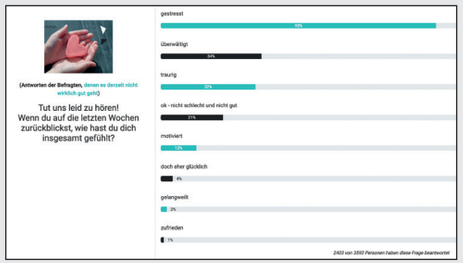
Eine Online-Umfrage zeichnet ein Bild von gestressten und erschöpften Lehrkräften

Mehr als 3500 Lehrer_innen haben an einer 7-tägigen Online Umfrage des Anbieters von Lehrmaterialien, eduki, im Januar d. J. zu ihrer Befindlichkeit in Zeiten der Pandemie teilgenommen. Die Umfrage ist zwar – bezogen auf die Grundgesamtheit der Lehrer_innen im deutschen Sprachraum – nicht repräsentativ. Frauen, eine junge Altersgruppe und Grundschullehrer_innen sind überrepräsentiert. Die Ergebnisse sind trotzdem erschreckend!

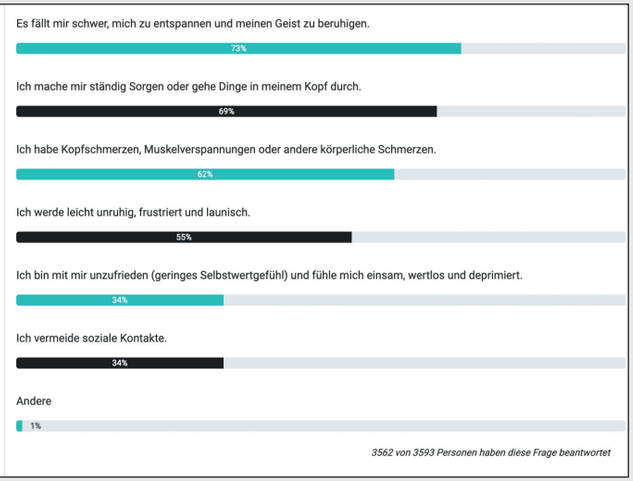
Schön, dass du da bist.
Geht's dir gut?



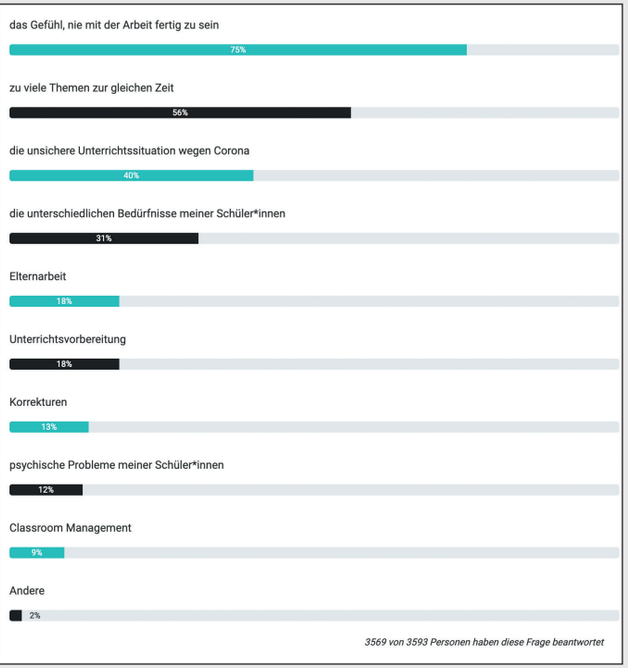




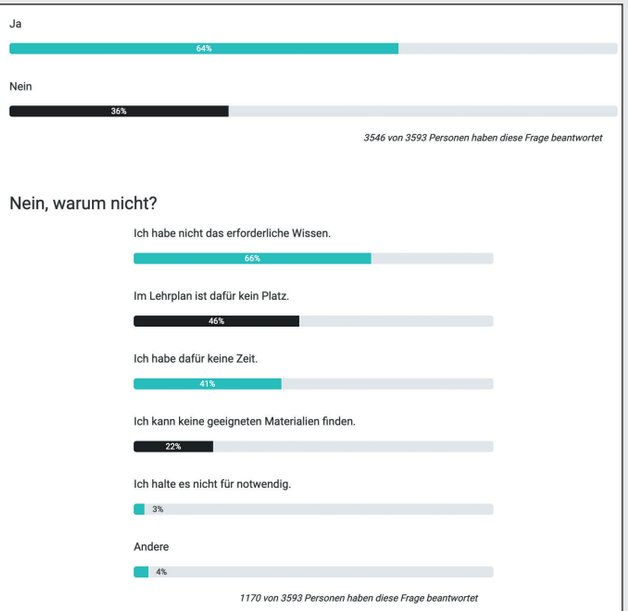
Wie merkst du, dass du gestresst bist?



Welche Faktoren verursachen bei dir den meisten Stress?



Versuchst du als Lehrer*in, die psychische Gesundheit auch im Unterricht zu behandeln?



Abdruck mit freundlicher Genehmigung von eduki; der Einblick in die gesamte Studie ist möglich unter https://eduki.com/de/are-you-ok/umfrageergebnisse

Kein Dschungelcamp

Rechtliche Spielräume werden von der BSB genutzt, um sich ihrer Verantwortung zu entziehen

Die Schulbehörde wird sich beim Arbeitsschutz schon an die Vorgaben halten – sollte man meinen. So einfach ist es leider nicht. Auf Basis der nachfolgend skizzierten Umstände werden aus Sicht des GPR tausenden Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg im Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) festgeschriebene Rechte vorenthalten und deren Gesundheit durch Missachtung von elementaren Regelungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes gefährdet.

Die Strukturen ermöglichen eine unseres Erachtens gefährliche Verantwortungsdiffusion. So gilt z.B., dass das Amt für Arbeitsschutz (AfA) in Fragen der Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) die Schulbehörde berät und überwacht. Das AfA darf aber gegenüber der BSB keine Weisungen erteilen, sodass die Rückmeldungen dieser Aufsichtsbehörde in der BSB auch folgenlos bleiben (können). Für das Arbeitssicherheitsgesetz erfolgt die Beratung über das Personalamt, zumindest in Bezug auf die Betriebsärzt_innen, während die BSB in Fragen der Fachkräfte für Arbeitssicherheit (FaSi) für die eigene Beaufsichtigung zuständig ist.

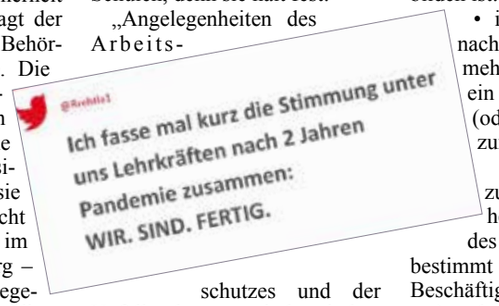
Während der GPR Rechtstexte zitiert und Belege anführt, antworten die Verantwortlichen in der Schulbehörde wiederholt ausschließlich mit ihrem Rechtsgefühl.

Die Schulbehörde delegiert die Verantwortung in Fragen des Gesundheitsschutzes an die Schulleitungen, die sich wiederum ohne ausreichende Arbeitszeit und nach kürzester Information im Zuge ihrer „Neu im Amt“-Fortbildung auf die BSB verlassen. Diese aber stattet sie nicht einmal mit den gesetzlich vorgeschriebenen Strukturen aus. In der Folge sind beispielsweise an zu vielen Schulen noch nie psychische Gefährdungsbeurteilungen (GBU) durchgeführt worden. Die Durchführung einer GBU können Personalräte nicht mitbestimmen, aber an der Ausgestaltung sind sie im Rahmen des Steuergremiums nach § 94-er Vereinbarung zu beteiligen. Sie sind nach § 80 HmbPersVG in der Mitbestimmung bei Maßnahmen, die sich aus der GBU ergeben. Wird sie aber wie so oft gar nicht durchgeführt, wäre die Schulaufsicht in der Pflicht. Die BSB aber setzt die gesetzlichen Vorgaben nicht durch und ignoriert dabei auch die jahrelange Beratung des AfA. Das LI, das viele in Fragen der psychischen GBU in der Verantwortung wähnen, begleitet wiederum lediglich den Prozess und berät die Schulen. Die breite Kritik an dem Verfahren ist sicher auch hier zumindest in Teilen auf die strukturelle Unterversorgung des Bereichs zurückzuführen.

Anstatt die örtlichen Akteure, also zumindest Schulleitungen und Personalräte, auch mit lokalen Arbeitsschutzausschüssen (ASA) unter Beteiligung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit (FaSi) zu unterstützen, tagt der ASA nur zentral in der Behörde, ohne lokalen Bezug. Die Anzahl der FaSi unterschreitet die Vorgaben der DGUV V2 (Deutsche gesetzliche Unfallversicherung, Vorschrift 2) – sie gilt deutschlandweit, nicht aber für die Beschäftigten im Dienst der Stadt Hamburg – und die der Hamburger Regelung, der „Richtlinien über die Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes in der hamburgischen Verwaltung vom 30. Mai 1978“.

Während dem GPR vielfach die Mitbestimmung mit Verweis auf die Verantwortung der örtlichen Personalräte entzogen ist, wird durch diese Praxis auch den örtlichen Personalräten entgegen der genannten Personalamtsrichtlinie die Beratung durch einen schulischen ASA versagt. Die Rechtslage ist hierbei eindeutig (s. zahlreiche Beiträge hierzu in den GPR-Infos der Vergangenheit). Die BSB behauptet dennoch, sich nicht an das ASiG halten zu müssen und verweist stattdessen auf ihre Interpretation der Richtlinie von 1978. Aber selbst diese Richtlinie bestärkt unsere Forderung nach ASA an Schulen, denn sie hält fest:

„Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung sind mindestens einmal vierteljährlich in gemeinsamen Besprechungen von den dafür Verantwortlichen, Betriebsärzten, Fachkräften für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragten nach § 719 RVO und den jeweils zuständigen Personalräten oder den von diesen beauftragten Mitgliedern zu beraten.“



Auch der Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik gibt unter Hamburger Beteiligung vor:

„Der Arbeitgeber hat nach § 11 ASiG in Betrieben mit mehr als zwanzig Beschäftigten einen Arbeitsschutzausschuss zu bilden. Wie ist der in Satz 1 genannte Betrieb“ definiert?

Antwort:

[…]

Folgende Regeln verdeutlichen, wann i.d.R. ein ASA zu bilden ist:

- ist bei einem Betrieb nach dem BetrVG mit mehr als 20 Beschäftigten ein Betriebsrat vorhanden (oder wäre seine Bildung zumindest möglich) und
- übt die Leitung der zu überprüfenden Einheit Weisungsrechte des Arbeitgebers aus, bestimmt über den Einsatz der Beschäftigten (z.B. Arbeitszeiten) und erteilt arbeitstechnische Weisungen (§ 4 Abs. 1 S. 1 BetrVG).“

An dieser Stelle ist aus Sicht des GPR das Personalamt aufgefordert, seine Vorgaben auch durchzusetzen. Der GPR hat sich an das Personalamt gewendet und dieses wiederum hat den Verantwortlichen in der BSB ein Gesprächsangebot unterbreitet. Die Vertreter_innen der BSB erbaten sich aber ausdrücklich, das Gespräch ohne den GPR zu führen. Diesen Umstand bedauert der GPR, ist aber zuversichtlich, dass sich im Nachgang der behördeninternen Gespräche wieder konstruktive gemeinsame

© eduki

Wie oft hast du dich ... gefühlt?

gestresst	deprimiert	erschöpft	überwältigt	glücklich	zufrieden	ausgeglichen
1% sehr selten (nie)	11% sehr selten (nie)	1% sehr selten (nie)	12% sehr selten (nie)	3% sehr selten (nie)	5% sehr selten (nie)	15% sehr selten (nie)
3% selten	20% selten	5% selten	21% selten	20% selten	24% selten	43% selten
18% manchmal	37% manchmal	21% manchmal	35% manchmal	47% manchmal	46% manchmal	31% manchmal
40% häufig (wöchentlich)	25% häufig (wöchentlich)	37% häufig (wöchentlich)	24% häufig (wöchentlich)	25% häufig (wöchentlich)	21% häufig (wöchentlich)	9% häufig (wöchentlich)
38% sehr häufig (täglich)	7% sehr häufig (täglich)	36% sehr häufig (täglich)	8% sehr häufig (täglich)	5% sehr häufig (täglich)	5% sehr häufig (täglich)	1% sehr häufig (täglich)

3543 von 3593 Personen haben diese Frage beantwortet

Gesprächssituationen herstellen lassen.

Die Schulen, also Leitungen und Personalräte, erreichen zusätzlich nicht alle Schreiben aus dem Personalamt, vielmehr übernimmt die BSB den Service, die Mitteilungen an die schulischen Gegebenheiten anzupassen. In Anbetracht der strukturellen Überfrachtung der Schulen und Schulleitungen mit Verantwortung und Arbeit ein vielleicht lohnender Gedanke - nicht immer bleiben dabei aber alle wichtigen Informationen erhalten.

In Folge dieser Struktur ist zwar unstreitig und offenkundig, dass die Vorgaben des ArbSchG vielfach nicht eingehalten werden, die Verantwortlichen haben aber offensichtlich keinen ausreichenden Druck, sich an die Vorgaben zu halten und verweisen innerhalb der BSB aufeinander. Der GPR hat wiederholt auf die nicht gesetzeskonformen Bedingungen (ASiG und ArbSchG) im Arbeits- und Gesundheitsschutz der BSB hingewiesen und die Einrichtung schulischer ASA gefordert. Ein direktes Klagerecht besteht nicht, anders als in Fragen der Mitbestimmung, in denen der GPR zuletzt vor dem Verwaltungsgericht recht bekam. Während der GPR Rechtstexte zitiert und Belege anführt, antworten die Verantwortlichen in der Schulbehörde wiederholt ausschließlich mit ihrem Rechtsgefühl. Komplett wird diese Desavouierung dadurch, dass die BSB bei der Beantwortung von Anfragen von Schulleitungen die von uns massiv kritisierte Position lediglich reproduziert und sie dafür juristisch unvollständig einordnet. Das hat zur Folge, dass engagierte Schulleitungen, die sich bei der Behörde informieren, irreführende Antworten erhalten.

Der GPR arbeitet auf vielen Ebenen daran, dass die BSB rechtskonforme Zustände herstellt und wird dafür ggf. auch juristische Umwege in Kauf nehmen. Wir appellieren an die Schulen, einen schulischen ASA zu installieren und die gesetzlich vorgeschriebenen Teilnehmer_innen einzufordern. Trotz der umfassenden Verantwortungsdiffusion sind die Schulleitungen dringend aufgefordert, ihrerseits den Anforderungen an den Gesundheitsschutz der Beschäftigten nachzukommen. An den Schulen können die Personalräte initiativ aktiv werden und aktuell beispielsweise eine Ausstattung von Aufenthaltsräumen für Beschäftigte oder Schulbüros mit Luftfiltergräten beantragen. Von der BSB ist eine Ausstattung dieser Räume bislang nicht vorgesehen.

Der GPR ermuntert schulische Personalräte und Kollegien, die Schulleitungen in die ihnen von der BSB übertragene Verantwortung zu nehmen und zu unterstützen. Den Schulleitungen kann von Seiten des GPR nur geraten werden, sich rechtskundig dem leichtfertigen Vorgehen der BSB zu erwehren. Einige wenige sind hier schon jetzt richtungsweisend tätig: auch und gerade Schulleitungen können sich vom AfA, der UK-Nord und ggf. den Rechtsberatungen der Gewerkschaften beraten lassen. Dies scheint bitter nötig.

OLE WALDMANN
GPR

TechUcation@school

Ohne Konzept und Arbeitszeitressource

Zum Ende des Jahres stellte die BSB ein neues Bildungsprogramm vor, dass in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulentwicklung (LI) und der „Otto Group“ entwickelt wurde. Dieses Programm besteht aus Filmen und Zusatzmaterial, die über die Moodle-Plattform „LMS Lernen Hamburg“ von den Kolleg_innen (wobei die BSB hier nur von den Lehrkräften spricht) abgerufen werden können. Das Ganze geschieht anonym, freiwillig und in Eigenorganisation.

Natürlich ist es notwendig, die Digitalisierung an den Schulen weiter voran zu bringen und so ist prinzipiell ein solches Angebot sinnvoll.

Umso ärgerlicher ist es, dass es (mal wieder) nicht mit einer Arbeitszeitressource hinterlegt ist. Die Kolleg_innen sollen sich halt „irgendwann“ fortbilden, das benötigte Wissen für einen digitalen Schulalltag aber sofort parat haben. Gerade nach den inzwischen 2 Jahren „Spontan-Digitalisierung“ in der Pandemie ist es nicht nachvollziehbar, dass so ein Programm irgendwie stattfinden soll, anstatt es fest in einen Fortbildungsplan zu integrieren und mit Ressourcen auszustatten. Stattdessen wird es als Informationsangebot für die Kolleg_innen vorgestellt, bei dem völlig unklar ist, wie hoch der Erwartungsdruck zur Nutzung an den einzelnen Schulen sein wird.

„Die BSB braucht endlich eine transparente Gesamtstrategie zur Weiterentwicklung der digitalen Kompetenz aller pädagogisch Beschäftigten an den Hamburger Schulen. Dies muss mit Fortbildungszeiten für die Kolleg_innen hinterlegt und natürlich von den Personalräten mitbestimmt werden“, so Bodo Haß, stellvertretender Vorsitzender der GEW-Hamburg.

PE 24.1.2022

Die Offene Liste
ZUSAMMEN Gestalten Einmischen Wegweisen
Im Betriebsrat der elbkinder-Vereinigung + EKSG

Stell dir vor, es ist GBS und keiner ist da

Die **O**ffene **L**iste lädt ein:

Kommt zum 2. Vernetzungstreffen „Zukunft der GBS“ am 16. Februar 2022 um 19 Uhr

Zoom Meeting von Sabine Lafrentz

https://elbkinder-kitas-de.zoom.us/j/88298384039?pwd=ME5MQVhLSTF5dm5laDVWQ05SUHdwZz09. Meeting-ID: 882 9838 4039 Kenncode: 060732

Schnelleinwahl mobil +496938079884,,88298384039#,,,,*060732# Deutschland +496950500951,,88298384039#,,,,*060732# Deutschland
Das Treffen wird als Online Treffen stattfinden. Die aktuelle Corona Infektionslage lässt leider kein Präsenztreffen zu. Kontakt: info@dol-vereinigung.de

Am 23.11.2021 haben sich auf unserem ersten Vernetzungstreffen zur „Zukunft der GBS“ Kolleg_innen verschiedener GBS-Träger getroffen und verabredet, sich weiter zu treffen und weitere Kolleg_innen von GBS-Trägern und Bündnispartner zu mobilisieren.
Die Kolleg_innen erwarten, dass sich auch der Schulsenator Rabe für die Situation in der GBS verantwortlich fühlt. Es kann nicht sein, dass die Ganztagsbetreuung an Schulen weiterhin zu Lasten der Erzieher_innen und Kinder ausgebaut wird, ohne dass über eine ausreichende Ausstattung mit Stunden und Ressourcen nachgedacht wird. In der Pflege lässt sich gut beobachten, zu welchen Zuständen das führt. Wir erwarten von Schulsenator und Sozialsenatorin, dass sie in der Lage sind, Ressort übergreifende Lösungen zu finden. Der Blick über den Schüsselrand kann da helfen.

Stundenerhöhungen jetzt oder wir sind weg!

Wir brauchen eine Stundenerhöhung auf mindestens 32 Stunden, damit wir in den Schulen Kleingruppenarbeit machen, Ausflüge begleiten und/oder am Nachmittag Projektarbeit wie Stadtteilexkursionen, Eltern-Kind Projekte etc. durchführen können und auch, damit Ferienreisen wieder stattfinden.
• Wenn die Stadt den Fachkräftemangel im Erziehungsbereich beheben will, muss sie auch im GBS Bereich attraktive Arbeitsplätze anbieten.
• Schon jetzt verlassen Kolleginnen die GBS und Stellen können nicht nachbesetzt werden.
• Hamburg wird mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein um diese Fachkräfte für die Versorgung im Ganztag ringen müssen.
• Kein GBS-Träger ohne tarifliche Bindung.

Die überschüssigen 47 Millionen der Warburg Bank sind nicht vergessen, das Geld ist da!

Euer Kollege Manfred Gedai, GBS Erzieher, Mitglied der Betriebsgruppe **Die Offene Liste** der Elbkinder Vereinigung

Warten auf den 2. Stich, damit man, mit der Hoffnung auf einen milden Verlauf, endlich mal Ruhe hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn das pädagogische Personal sich mal wieder von der Politik alleingelassen fühlt, dann sind das keine leeren Worthülsen, sondern es ist leider gängige Praxis. Das müssen wir nicht erst seit der andauernden Corona-Pandemie erfahren, aber gerade in dieser zeigen sich die bestehenden Probleme noch einmal schonungslos. Es ist mittlerweile kein Einzelfall mehr, dass aus Bereichen, in denen eigentlich 10 Erzieher_innen arbeiten, nur noch eine pädagogische Fachkraft vor Ort ist.

Resignation macht sich breit

Kolleg_innen resignieren, weil sie nicht geschützt werden, weil ihr Klagen und ihr Frust kein Gehör finden, weil die schon jetzt Unmengen an Aufgaben nicht mehr zu bewältigen sind und weil sie schlichtweg keine Anerkennung für ihre aufopfernde Arbeit bekommen.

Als wäre das nicht schon schlimm genug, gibt es auch keine öffentliche Wahrnehmung eurer systemrelevanten Arbeit. Viele Berufsgruppen erfahren medialen und materiellen Applaus und das natürlich zu recht. Aber wo wird von den pädagogischen Fachkräften gesprochen, die es den Eltern ermöglichen, ihren Tätigkeiten nachzugehen?
Die traurige Antwort: praktisch nirgends.

Die Beschäftigten kümmern sich um die Kinder

Dabei seid ihr es, die an der Basis in den Kitas arbeiten.
Ihr seid diejenigen, die trotz aller widrigen Umstände Trost spenden, den Kindern ein Lächeln auf die Lippen zaubern und dafür sorgt, dass die Kinder in den Einrichtungen Geborgenheit erfahren.

Die Politik reagiert endlich

Nun, endlich, wenn auch viel zu spät, kann die Politik die Augen nicht mehr vor den hohen Zahlen verschließen. Das Ammenmärchen der „sicheren Orte“ zieht nicht mehr.
Die neuen Quarantäneregelungen sind eine wichtige Entscheidung in die richtige Richtung, um das Personal und die Kinder, die noch nicht infiziert sind, zu schützen. Inwiefern der Tsunami – als Welle kann man dies wohl kaum mehr bezeichnen – noch aufzuhalten oder abzubremsen ist, wird sich für uns zeigen.

Die **O**ffene **L**iste erwartet eine klare Handhabung sowie eine konsequente Umsetzung der neuen Regeln. Es wäre maximal kontraproduktiv, würde versucht werden, entgegen den neuen Verordnungen zu handeln. Dies würde lediglich dazu führen, dass die Einrichtungen dann aufgrund nicht vorhandener Fachkräfte schließen müssten.

Gemeinsam mit der GEW fordert **D**ie **O**ffene **L**iste die Wiedereinführung des eingeschränkten Regelbetriebes zur Absicherung der Kolleg_innen, der Kitas, der Kinder und der Eltern.
Für Beschäftigte der Elbkinder muss es eine Priorisierung für PCR Tests geben. Es kann nicht sein, dass es durch Wartezeiten zu Personalausfall kommt. Die bisherigen Schnelltests sind nicht verlässlich genug, um damit eine Arbeitsaufnahme zu begründen.

Liebe Kolleg_innen, die Mitglieder **D**er **O**ffenen **L**iste sind sehr daran interessiert von euch zu erfahren, ob die nun geltenden Regeln umgesetzt werden. Setzt euch mit uns in Verbindung. Nur gemeinsam kommen wir aus dieser Lage heraus.

DOL Ansprechpartner_innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

CORONA-VIRUS: KINDERKRANKENTAGE UND ENTSCHÄDIGUNG NACH IfSG

INFORMATIONSBLATT (Stand: 01. Februar 2022)

Kinderkrankentage
Als berufstätige Eltern können Sie zu Ihrer Entlastung während der Corona-Pandemie (auch im Homeoffice) für die Betreuung Ihres Kindes, das noch nicht zwölf Jahre alt ist, im Jahr 2022 Kinderkrankentage bzw. Kinderkrankengeld bei Ihrer Krankenkasse beantragen. Für Kinder mit Behinderung, die auf Hilfe angewiesen sind, gibt es keine Altersgrenze. Voraussetzung ist unter anderem, dass Sie und Ihr Kind *gesetzlich* krankenversichert sind und es im Haushalt keine andere Person gibt, die Ihr Kind betreuen kann.

Sie können im gesamten Kalenderjahr 2022 als Elternpaar je Elternteil und je Kind bis zu 30 Tage, als Alleinerziehende bis zu 60 Tage je Kind und als Elternpaar und Alleinerziehende mit zwei Kindern maximal 120 Kinderkrankentage beantragen. Bei mehr als zwei Kindern erhöht sich der Anspruch auf höchstens 130 Tage je Elternpaar (maximal 65 Tage je Elternteil) oder Alleinerziehender/m. Die Höhe des Kinderkrankengeldes beträgt i.d.R. 90 Prozent des ausgefallenen Netto-Arbeitsentgelts, jedoch maximal 112,88 Euro je Tag.

Die Kinderkrankentage können Sie grundsätzlich bei Erkrankung Ihres Kindes in Anspruch nehmen. Pandemiebedingt können Sie diese bis einschließlich 19. März 2022 auch dann in Anspruch nehmen, wenn Ihr Kind nicht krank ist, sondern zu Hause betreut werden muss, weil

- die Kita/die Gruppe/die Klasse oder die Kindertagespflegestelle pandemiebedingt geschlossen wurde,
- der Zugang zur Kita oder die Betreuungszeiten seitens des Kita-Trägers bzw. das Ganztagsangebot an der Schule eingeschränkt wurden,
- das Kind in Isolation oder Quarantäne muss und der Besuch der Kita, der Kindertagespflegestelle oder der Schule untersagt ist.

Bitte halten Sie Rücksprache mit Ihrer Krankenkasse, um alles abzuklären!

Weitere Informationen rund um Kinderkrankentage erhalten Sie hier:
https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/corona-pandemie/kinderbetreuung-bei-schul-und-kitaschliessungen.

Die Krankenkassen *können* für die Beantragung des Kinderkrankengelds die Vorlage einer Bescheinigung der Kita / Schule / Kindertagespflegeperson verlangen. Bitte wenden Sie sich bei Bedarf hierfür an Ihre Kita / Schule / Kindertagespflegeperson.

Sonderurlaub für Kinderbetreuung für Beamtinnen/Beamte
Wenn Sie in Hamburg verbeamtet sind und Ihre Besoldung die Jahresarbeitsentgeltgrenze in der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht überschreitet, haben Sie grundsätzlich Anspruch auf Sonderurlaub unter Fortzahlung der Bezüge in demselben (erhöhtem) Umfang wie gesetzlich Versicherte (Kinderkrankentage, s.o.). Ausnahmen können in relevanten Verwaltungsbereichen wie Polizei, Feuerwehr etc. gelten. Bitte wenden Sie sich bei Bedarf an Ihre Personalabteilung.

Entschädigung nach § 56 IfSG
Wenn Sie und Ihr Kind privat krankenversichert sind, besteht kein Anspruch auf Kinderkrankentage. Jedoch können Sie in diesen Fällen einen Entschädigungsanspruch nach § 56 Abs. 1a Infektionsschutzgesetz (IfSG) geltend machen. Dies gilt auch, wenn Sie gesetzlich versichert und Ihr Anspruch auf Kinderkrankentage (s.o.) aufgebraucht ist.

Den Anspruch auf Entschädigung gem. § 56 Abs.1a IfSG können Sie bei Verdienstausfall ebenfalls bis einschließlich 19. März 2022 geltend machen, wenn

- die Kita / Schule / Kindertagespflegestelle behördlich geschlossen wurde,
- ein Betretungsverbot besteht (Absonderungspflicht des Kindes z.B. nach positivem Schnelltest).

Bei gemeinsamer Betreuung erhalten Eltern eine Entschädigung für bis zu 10 Wochen Verdienstausfall, bei Alleinerziehenden bis zu 20 Wochen (unabhängig von der Anzahl der Kinder). Die Entschädigung beträgt 67 Prozent des entstandenen Verdienstausfalls, höchstens 2.016 Euro für den vollen Monat. Wenn Sie in Kurzarbeit „Null“ sind, haben Sie keinen Entschädigungsanspruch.

Genauere Informationen - auch zum digitalen Antragsverfahren in Hamburg - erhalten Sie unter folgendem Link: Corona: FAQ Entschädigung für Kinderbetreuung - hamburg.de.

Gezwungen sich zu infizieren….

Trotz faktisch eingeschränktem Regelbetrieb ist der volle Elternbeitrag zu leisten

„Ich bin drei Jahre alt, gehe gerne in meine Kita und werde nun gezwungen, krank zu werden.

Die Erzieherin, die auf mich aufpassen soll, kann mich nicht beschützen. Sie kann sich nicht mal selber schützen und wird auch gezwungen, sich zu infizieren. Ich bin klein und werde nicht so doll krank, die Erzieher_in ist dreimal geimpft und wird deshalb nicht so doll krank."

Dies ist die Logik des Hamburger Senats, besonders der Sozialsenatorin, die auch gleichzeitig das Amt der Gesundheitssenatorin ausübt. Frau Dr. Melanie Leonhardt hält am Regelbetrieb der Kitas fest; sie will nicht zum eingeschränkten Regelbetrieb (dies ist die schwächste Form der fünf Stufen bis hin zur Schließung aller Kindertagesstätten) wechseln.

Corona ist mehr als nur ein Schnupfen – und gänzlich unbekannt ist, wie hoch der Anteil derjenigen sein wird, die nach erfolgter Infektion und Durchlaufen der Krankheit, mit Langzeitfolgen zu kämpfen haben werden. Ebenfalls unbekannt ist, wann Langzeitfolgen auftreten und welche Altersgruppen mehr oder weniger gefährdet sind.

De facto herrscht eingeschränkter Regelbetrieb

Wöchentlich müssen alle Kita-Leitungen gegenüber der Behörde melden, wie viele Kolleg_innen und wie viele Kinder erkrankt sind, so dass die zuständige Behörde immer in Kenntnis der aktuellen Situation ist. Es ist dem Senat bekannt, dass längst nicht mehr vom Regelbetrieb gesprochen werden kann. Die bei Drucklegung aktuellen Zahlen (vorletzte Januarwoche) wiesen aus, dass ein Viertel aller Kitas weniger als 50 Prozent der angemeldeten Kinder betreuen und nur zwei Prozent der Kitas ihre Betreuungsverträge ohne Einschränkung zu 100 Prozent erfüllen.

Real ist der eingeschränkte Regelbetrieb vorhanden, aber weil der Senat sich weigert, das Kind beim Namen zu nennen, sind die Eltern verpflichtet, weiter den vollen Elternteilnahmebeitrag zu bezahlen. Und es wird ihnen erschwert, ihr Kind zuhause zu betreuen.

Der Senat weigert sich, den Regelbetrieb der Kitas einzuschränken und die Behörde weigert sich, die Empfehlung auszusprechen, vom Besuch der Kita abzusehen

Die Bedingungen, für die Leistung Kinderkrankengeld oder Zahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz zu bekommen, sehen vor, dass die Behörde zumindest den eingeschränkten Regelbetrieb angeordnet hat (ähnlich auch das Infektionsschutzgesetz).

FAQ der Technikerkrankenkasse

Dies sind die Kinderkrankengeld-Regelungen aufgrund der Corona-Pandemie 2021 und 2022:

Jeder gesetzlich versicherte Elternteil kann pro Kind 30 Tage Kinderkrankengeld beantragen, insgesamt bei mehreren Kindern maximal 65 Tage. Für Alleinerziehende erhöht sich der Anspruch auf 60 Tage pro Kind, maximal bei mehreren Kindern auf 130 Tage.

Der Anspruch gilt auch, wenn pandemiebedingt

- Kinderbetreuungs-Einrichtungen (Kinder-Tageseinrichtung, Horte, Kinder-Tagespflegestelle), Schulen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen geschlossen wurden oder
- für die Klasse oder Gruppe ein Betretungsverbot ausgesprochen wurde (auch aufgrund einer Absonderung) oder
- Schul- oder Betriebsferien angeordnet oder verlängert wurden oder
- die Präsenzpflicht in einer Schule aufgehoben oder der Zugang zum Kinder-Betreuungsangebot eingeschränkt wurde oder
- von der zuständigen Behörde empfohlen wurde, vom Besuch des Kindes in einer der genannten Einrichtungen abzusehen.

Der Senat weigert sich, den Regelbetrieb der Kitas einzuschränken und die Behörde weigert sich, die Empfehlung auszusprechen, vom Besuch der Kita abzusehen.

Eltern und Kitapersonal arbeiten in der Regel gut zusammen. Selbstverständlich geben die Kolleg_innen in den Kitas den jeweiligen Eltern auch die Information, dass in der Gruppe des Kindes ein Corona-Verdachtsfall aufgetreten ist oder teilen den Erziehungsberechtigten mit, wenn die zuständige Erzieher_in ausgefallen ist. Und selbstverständlich überlegen Eltern auch, wie sie ihre Kinder vor Ansteckung schützen können und wie sie die Kita bzw. das Kita-Personal entlasten können.

Diese gute Zusammenarbeit ist aber durch das Behördenverhalten gefährdet. Eltern benötigen einen Nachweis darüber, dass ihr Kind wegen der pandemiebedingten Einschränkungen in der Kita zu Hause betreut werden muss, um Kinderkrankengeld zu erhalten. Außerdem laufen die Eltern Gefahr, den Betreuungsumfang ihrer Kita-Platz-Bewilligung reduziert zu bekommen, wenn sie ihren Elternbeitragskostenanteil von der Behörde zurückfordern, wenn sie zur Entlastung der Kita ihr Kind zeitweise selber zuhause betreut haben, ohne dass das Kind erkrankt gewesen ist. Denn solange der Regelbetrieb nicht durch die Behörde aufgehoben ist, verpflichtet dies die Eltern, den festgesetzten Elternteilnahmebeitrag an die Stadt zu entrichten.

Ich bin nicht mehr drei Jahre alt, sondern altersmäßig in der Nähe meines zukünftigen Rentnerdaseins. Ich hoffe, gesund in den Ruhestand zu kommen, was ich auch allen meinen Kolleg_innen wünsche, die nach mir in Rente gehen.

JENS KASTNER
Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe, LV Hamburg

§ Rechtliche Regelung auf Kinderkrankengeld

Eltern können bis einschließlich 19. März 2022 Kinderkrankengeld auch dann in Anspruch nehmen, wenn ihr Kind nicht krank ist, aber zu Hause betreut werden muss, weil eine Einrichtung zur Betreuung von Kindern (Kindertageseinrichtung, Hort oder Kindertagespflegestelle), Schule oder eine Einrichtung für Menschen mit Behinderungen geschlossen ist oder eingeschränkten Zugang hat. Das heißt: Eine Einrichtung zur Kinderbetreuung oder eine Schule ist pandemiebedingt behördlich geschlossen, der Zugang zur Einrichtung oder Zeiten sind eingeschränkt oder die Präsenzpflicht im Unterricht wurde ausgesetzt (zum Beispiel bei Homeschooling oder Distanzlernen). Das gilt auch, wenn einem Kind aufgrund eines Schnelltestergebnisses der Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung oder Schule untersagt ist. Kinderkrankengeld kann auch beantragt werden, wenn das Kind eine Einrichtung auf Empfehlung von behördlicher Seite nicht besucht.

Gesetzlich krankenversicherte Eltern können im Jahr 2021 und auch im Jahr 2022 je gesetzlich krankenversichertem Kind für 30 Arbeitstage (Alleinerziehende für 60 Arbeitstage) Kinderkrankengeld beantragen. Bei mehreren Kindern besteht der Anspruch je Elternteil für nicht mehr als 65 Arbeitstage, für Alleinerziehende für nicht mehr als 130 Arbeitstage. Die Sonderregelung zum Kinderkrankengeld aus dem Jahr 2021 wurde in das Jahr 2022 hinein verlängert.

Neben den erweiterten Kinderkrankentagen haben berufstätige Eltern und Selbstständige – unabhängig von ihrer Versicherungsform – auch einen Anspruch auf Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz, wenn sie ihre Kinder zu Hause betreuen müssen. Voraussetzung ist auch hier, dass das Kind das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder aufgrund einer Behinderung auf Hilfe angewiesen ist. Außerdem darf keine anderweitige zumutbare Betreuungsmöglichkeit bestehen.

Der Anspruch besteht, wenn die Schule oder der Einrichtung zur Kinderbetreuung behördlich geschlossen ist, wenn Schul- oder Betriebsferien angeordnet oder verlängert werden, die Präsenzpflicht in einer Schule aufgehoben oder der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot eingeschränkt wird. Auch wenn eine behördliche Empfehlung vorliegt, vom Besuch der Schule oder Kinderbetreuungseinrichtung abzusehen, besteht ein Anspruch.

Eltern erhalten in diesen Fällen eine Entschädigung von 67 Prozent des entstandenen Verdienstausfalls (maximal 2016 Euro) für längstens zehn Wochen pro erwerbstätigem Elternteil beziehungsweise 20 Wochen für Alleinerziehende im Jahr. Der Maximalzeitraum von zehn beziehungsweise 20 Wochen muss nicht an einem Stück in Anspruch genommen werden, sondern kann über mehrere Monate verteilt werden.

Die Auszahlung der Entschädigung übernimmt der Arbeitgeber, der bei der zuständigen Landesbehörde einen Erstattungsantrag stellen kann. Es besteht für Arbeitgeber auch die Möglichkeit, einen Vorschuss bei der Behörde zu beantragen. Weitere Informationen zur Anspruchsstellung stehen unter www.ifsg-online.de zur Verfügung.

Dieser Anspruch auf Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz gilt bis zum 19. März 2022.

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/pressemitteilungen/2021/1-quartal/anspruch-auf-kinderkrankengeld/faqs-kinderkrankengeld.html

…und raus bist du!

Die heutige Spielart von Schwarzer Pädagogik mit schickem englischen Begriff getarnt: Social Scoring

Lukas schaut finster. Gerade hat der Erstklässler vom Lehrer mitgeteilt bekommen, dass er seinen fünften traurigen Smiley erhalten hat. Dieses rote Stecksymbol wird nun sichtbar für alle Schüler_innen an einer Wand neben der Tafel unter seinem Namen angebracht. Erhalten hat Lukas den Tadel, weil er während des Unterrichts mit seinem Nachbarn geredet hat, was er nicht tun soll. Der 5. rote Punkt hat eine besondere Bedeutung: Tobias darf nun nicht mehr beim lange geplanten Ausflug der Klasse in der nächsten Woche mitkommen. „Mensch, Lukas, schade, aber das hast du dir ganz alleine zuzuschreiben“ sagt der Lehrer. Lukas tritt daraufhin wütend mit dem Fuß gegen den Tisch. „Pass auf“, ermahnt ihn der Pädagoge: „Sonst bekommst du gleich noch den nächsten roten Smiley“ Der Junge murmelt mürrisch: „Ist doch eh schon egal….“.

So oder so ähnlich geht es in vielen Klassenräumen und auch Kitas zu, wenn sogenannte „Social-Scoring“ Bewertungssysteme zur Anwendung kommen, wo jedem Kind ein Status zugewiesen wird, der das Level seiner Fähigkeiten markiert, das persönliche Verhalten den Anforderungen der sozialen Umwelt anzupassen. Dahinter steht die pädagogische Absicht, mit Gruppen relativ schnell und einfach eine störungsfreie Arbeitsatmosphäre herzustellen. Der Weg, der dafür eingeschlagen wird, birgt jedoch einige Risiken und Nebenwirkungen, die es zu kennen gilt. Denn um die erwünschte Disziplin zu erreichen, wird das individuelle Verhalten von Kindern registriert, vergleichend eingeordnet und in Form einer Statistik öffentlich dokumentiert. Dabei wird aber nicht nur eine Rangfolge erstellt, sondern es werden meistens auch positive oder negative Sanktionen für Störenfriede oder (um den sozialen Druck zu erhöhen) für die gesamte Gruppe verhängt. Die Kinder werden also auf der einen Seite vereinzelt und auf der anderen Seite untereinander künstlich in eine Situation des Wettbewerbs gesetzt, wodurch das Prinzip der gegenseitigen Hilfe oder der Solidarität ausgehebelt wird, nicht aber das Konkurrenzdenken und die damit verbundene Gefahr von Ausgrenzung.

Das eigene Verhalten wird für die Kinder zur Währung und am Ende wie Treuepunkte im Supermarkt eingelöst

Die Gruppe fungiert im schlechtesten Fall dann nur noch als faszinierte, aber distanzierte und damit tendenziell mitleidlose Agentin eines Systems, dessen Bewertungslogik sie unterworfen ist. Das eigene Verhalten wird für die Kinder zur Währung und so werden – bezogen auf die Kategorien „gutes“ oder „schlechtes“ Benehmen – eifrig standardisierte „Token“-Symbole (Stempel/Sonne/Regen/Smileys/Murmeln) gesammelt und am Ende wie Treuepunkte im Supermarkt eingelöst, allerdings mit höchst unterschiedlichen Folgen: Während es diejenigen, denen der erwünschte Grad an Emotionsregulation, Impulskontrolle und Handlungssteuerung bereits gut gelingt, darin bestärkt, noch besser zu werden, wird durch die drohende Bestrafung der Druck auf diejenigen erhöht, die damit (aus verschiedenen Gründen) noch Probleme haben - bei zehn traurigen Smileys darf dann das betreffende Kind z.B. nicht mit auf Klassenreise! Der Druck, der durch diesen Ausschluss aus der Gemeinschaft aufgebaut wird, wirkt somit auch noch auf die anderen sozialen Systeme, in denen sich das Kind befindet und wird z.B. von den Sorgeberechtigten aufgrund von Ärger oder Enttäuschung eventuell noch verstärkt. Das Problem, das dadurch angezeigt ist, betrifft zwar nur einzelne, was es aber für die Struktur des Sozialen bedeuten kann, lässt sich durch einen Wechsel auf die politische Ebene illustrieren: In China werden bereits auf Grundlage von durch Überwachung erhobenen Daten bestimmten Menschen Vergünstigungen, wie z.B. das Reisen ins Ausland, verwehrt als Strafe für als negativ bewertetes Verhalten.

Das Ganze firmiert unter dem Label „Motivations- bzw. Anreizsysteme“, die in Form einer bunten Produktpalette von Tafeln, Symbolen oder Ampeln das individuelle Benehmen durch Belohnung und Bestrafung von außen regulieren sollen. Die Gründe oder Umstände, die dazu führen, dass einige Kinder das Einhalten von Regeln besser schaffen als andere, interessieren dabei nicht, denn der Fokus ist darauf gerichtet, Menschen durch den gezielten Einsatz von Sanktionen als sogenannte „verstärkende“ Effekte so zu beeinflussen, dass sie das erwünschte Verhalten irgendwann auch ohne den Verstärker zeigen, weil er erfolgreich antrainiert worden ist: „Wer oft genug einen Smiley bekommen hat, um fleißig zu arbeiten, wird irgendwann auch ohne Smiley fleißig arbeiten.“ (Dietz 2017, S. 2) Diese Idee ist nicht neu, sie wurde aus der Tierdressur in das Repertoire der Verhaltenspsychologie übernommen und ist dort unter dem Namen „Operantes Konditionieren“ ein lerntheoretisches Standardwissen. Dabei wird eine Aktion mit einer bestimmten Art der Reaktion verbunden und diese Kopplung dann bei ständiger Wiederholung vom Organismus als selbstverständliche Kausalität übernommen. Das eigene Verhalten wird also nicht aufgrund eines selbstständigen Urteils über dessen Zweck, Mittel und Folgen reguliert, sondern anhand eines extern organisierten Systems von negativen oder positiven Effekten ausgerichtet. So wird z.B. das Prinzip der Ampel in pädagogischen Gruppen dafür benutzt, um dem Kind mit Hilfe der Farben Rot, Gelb und Grün anzuzeigen, auf welcher Skala sich dieser Aneignungsprozess nach Meinung des Erwachsenen aktuell befindet. Doch lassen sich soziale Regeln ähnlich simpel wie Verkehrsregeln beibringen und verstehen? Zweifel sind angebracht:

„Es macht einen Unterschied, ob das Kind gehorcht weil es nicht “auf Rot“ kommen möchte, oder ob es gehorcht, weil es versteht, dass soziales Verhalten gewinnbringender ist als egoistisches und verständnisvolle Begegnungen befriedigender sind als Aggression.“ (Campana 2017, 34)

Während im ersten Fall das Lernziel des Gehorsams quasi „blind“ ist, weil dieser als generelles Prinzip zur Vermeidung von negativen Effekten eingeübt worden ist, so wird der Gehorsam im zweiten Fall durch die Kopplung an die Sinndimension zur subjektiven Entscheidung, die es zu treffen oder zu verweigern gilt. Ungehorsam wird so zur Option auf Grundlage eines Urteils über Sinn oder Unsinn hinsichtlich der Forderung, gehorchen zu sollen. Das ist der Unterschied zwischen Mündigkeit und Anpassung und er kann auf alle möglichen Inhalte bezogen werden, die in der Pädagogik als legitime Ziele formuliert werden können.

© Wikimedia

Gefährliche Analogien

Dabei wirkt der Vorgang des Lernens durch Aktion und Reaktion doppelt: Bei denjenigen, die von der Norm abweichen, funktioniert er durch das Vermeidung-Wollen von Strafen und bei denjenigen, die andauernd dafür gelobt werden, weil sie etwas können, was andere noch nicht schaffen, führt er zur Gewöhnung an das Schema der Belohnung. Doch diese nutzt sich schnell ab und entwertet die Sache, um die es geht. Eine Motivation wird nur dann entwickelt, wenn ein entsprechender Gegenwert in Aussicht steht, nach dem Motto: „Wofür ich nichts erhalte, das ist dann wohl auch weniger wert“. Zum anderen hat das einen negativen Einfluss auf den eigenen Umgang mit Fehlern:

„Belohnungen verführen die Belohnten dazu, Probleme zu verstecken, sich als kompetent und erfolgreich zu inszenieren, um die Belohnung zu bekommen, obwohl eine produktive Lern- und Arbeitsumgebung eigentlich eine sein sollte, in der Fehler offen zugegeben werden können, in der sich Schüler und Mitarbeiter bereitwillig helfen und um Hilfe bitten.“ (Dietz 2021, 4)

Es ist somit stark begründungsbedürftig, warum das „Social Scoring“ in pädagogischen Institutionen so beliebt ist, denn es kann ja nicht darum gehen, Kinder zu erziehen, indem man künstlich Angst erzeugt oder sie systematisch korrumpiert. Wenn zusätzlich dann noch so getan wird, als seien die Kinder selber schuld, wenn sie aufgrund unbotmäßigen Benehmens z.B. vom sozialen Leben (Morgenkreis/Angebote/Ausflüge/Klassenreisen) ausgeschlossen werden, dann findet dadurch eine unzulässige Umlenkung der pädagogischen Verantwortung statt: Die Schuld für getroffene Entscheidungen wird nicht dort übernommen, wo sie ihren Ursprung hat, d.h. beim zuständigen Erwachsenen, sondern an das Kind delegiert, wo das „falsche“ oder „richtige“ Verhalten als bewusstes Antizipieren für oder gegen die Inkaufnahme der Sanktion reduziert wird:

„Die Strafe wird zur ‚logi-

schen Konsequenz‘ deklariert, die unmittelbar und natürlich aus dem Fehlverhalten folgt. Zudem wird das Verhalten als bewusst gewähltes interpretiert. Demzufolge tragen die Schüler_innen auch die Verantwortung dafür.“ (Rauh/Welter, u.a. 2020, S. 14/15.)

Der Begriff der „Konsequenz“ erfährt dabei eine eigentümliche Verschiebung, weil das, was damit normalerweise gemeint ist, nur bedingt stattfindet: Es handelt sich ja beim Verhängen von Sanktionen nicht um eine unmittelbare Auswirkung, die ein Verhalten auf andere Menschen hat, z.B wenn ein Kind weint, weil es zuvor von einem anderen Kind geschlagen wurde, sondern die Konsequenz entsteht als Wirkung auf den Urheber erst durch die Intervention einer übergeordneten Instanz. Diese Art der Folge ist damit aber nicht „logisch“ aus einer Handlung abgeleitet, sondern sie ist bezogen auf den künstlicher Akt der Setzung eben der externen Macht, die im Hinblick darauf lobend oder strafend eingreift. Das scheinbar nüchterne „Wenn-Dann“ entpuppt sich als autoritäres „Wehe-Sonst“, denn die Möglichkeiten der Beeinflussung oder der Veränderung durch die Kinder sind dabei begrenzt.

Für die Ich-Entwicklung besteht hierbei die Gefahr, dass die rigide Logik der Fremdbeurteilung, die dem binären Code der Unterscheidung von „belohnt=gut“ und „bestraft=schlecht“ folgt, als unbedingte Gültigkeit einer herrschenden Norm ins Selbstkonzept übernommen wird. Wie soll sich daraus eine differenzierte und kritische Beurteilungskompetenz auf Seiten des Subjekts ergeben? Was geschieht mit der Beziehung zu sich selber, zu den anderen und mit der pädagogischen Beziehung, wenn das Interesse für die Genese von Problemen zugunsten der Orientierung auf die Herstellung von Konformität aufgegeben wird?

Das soll ein Beispiel aus der Praxis illustrieren: Ein Kind in der Kita hatte oft das Problem, in Konflikten mit anderen Kindern handgreiflich zu werden. Ermahnungen halfen wenig, das pädagogische Personal war ratlos. Schließlich einigten sich die Erzieher_innen darauf, dem Kind jedes Mal, wenn es ein anderes schlug, eine sogenannte „Auszeit“ zu verabreichen, wo es für eine bestimmte Zeit alleine sein musste und von den anderen separiert wurde. Langsam „besserte“ sich das aggressive Verhalten, bis es schließlich kaum

Das scheinbar nüchterne „Wenn-Dann“ entpuppt sich als autoritäres „Wehe-Sonst“

noch auftrat. Die Pädagog_innen waren sehr zufrieden mit ihrer Strategie. Eines Tages saß das Kind mit einem anderen Kind friedlich ins Spiel mit Eimer und Schaufel vertieft, als es plötzlich die Schaufel nahm und sie dem/der Spielpartner_in über den Kopf zog. Geistesgegenwärtig fragte die anwesende Praktikantin: „Warum hast du das getan?“ Die Antwort lautete: „Och, ich bin müde, ich brauche eine Auszeit.“

Das Kind hatte also nur gelernt, was mit ihm passiert, wenn ein bestimmtes Verhalten auftritt, nicht aber, worin der eigentliche Zusammenhang dabei besteht. Es hatte verstanden, dass es bei der Entscheidung für oder gegen eine Handlung darauf ankommt abzuschätzen, wie das jemand findet, der mächtiger ist und bestimmte Sanktionen verhängen kann.

Gelernt wird beim „Social Scoring“ also unter Umständen nur das Prinzip von Macht, Belohnung und Bestrafung sowie Strategien, sich damit abzufinden und anzupassen. Die Motivationspsychologen Deci und Ryan (vgl. Deci/Ryan 1993) haben das als Effekt einer sogenannten „extrinsischen Motivation“ bezeichnet und sie qualitativ von der „intrinsischen Motivation“ unterschieden, die sich an den menschlichen Grundbedürfnissen von Kompetenz, sozialer Teilhabe und Autonomie orientiert. Lerne ich bei letzterem selbstbestimmt etwas aus einem eigenen, begründeten Interesse heraus, so ist das Lernen bei ersterem fremdbestimmt von äußeren Impulsen, d.h. auch in Abhängigkeit von Kriterien, die eventuell nicht meine eigenen sind. Die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen wird dadurch erschwert.

Es geschieht dabei zweierlei: Zum einen werden pädagogische Entscheidungen nicht als das deutlich, was sie in diesem Fall sind, nämlich eine Manipulation zur möglichst einfachen Hervorbringung von „erwünschtem Sozialverhalten“, weil der Vorgang, die lachenden oder weinenden Smileys zu vergeben, wie ein neutrales Feststellungsverfahren angesehen und kommuniziert wird: Der oder die Pädagog_in vollzieht quasi „objektiv“ eine Art Datenerhebung mit gleichzeitiger Evaluation, die sich aus einem bestimmten Umstand (Wohl- oder Fehlverhalten) auf Seiten des Kindes ergibt. Er wird damit nicht als Person sichtbar, sondern erscheint als kontrollierende Messinstanz, die unter der Last eines scheinbaren Sachzwangs („Lukas zeigt schlechtes Verhalten“) eine Konsequenz ausspricht, deren Autorität sie sich bis zum bitteren Ende unterwirft. Der Sadismus, der sich hinter dieser Neuauflage von „Wer-nicht-hören-will-muss-fühlen“ versteckt, kann sich dann auch noch als Mitleid maskieren: „Mensch Lukas, wie doof, leider hast du jetzt den 10. traurigen Smiley bekommen. Es tut mir ja auch leid, dass du dadurch jetzt nicht mit auf Klassenreise darfst, aber so ist das nun einmal.“ Das eigene Urteil muss sich somit nicht einmal kritisch hinterfragen lassen, weil es zuvor durch die Systemlogik unkenntlich gemacht worden ist, obwohl es ja ohne eine persönliche Entscheidung überhaupt nicht funktioniert.

Dass unter Umständen die emotionale Verfassung der/s Beobachter_in seine/ihre Vorerfahrungen inklusive Vorlieben und Vorurteile sowie Sympathie und Antipathie die Wahrnehmung von Personen und Situationen stark beeinflussen kann, wird dabei ignoriert. Eine mögliche Folge könnte sein, sich als Fachkraft nicht als Urheber von eventuell fehlerhaften Interpretationen anzusehen, sondern diese für objektive Fakten zu halten. Für die Gestaltung von pädagogischen Beziehungen ist das kontraproduktiv, weil dadurch ein „Mentalisieren“, also ein Verstehen der inneren Welt des/der anderen, seiner/ihrer Gefühle, Absichten und Gründe, nicht erfolgen kann. Wenn Pädagogik aber bedeutet, sich auf den/die andere/n im Rahmen einer professionellen Beziehung einzulassen, dann reicht es nicht aus, sich als richterliche Instanz zu inszenieren, weil ich dadurch zum Teil des Problems werde, zu dessen Bearbeitung Pädagogik eigentlich einen Beitrag liefern möchte, da davon ausgegangen werden kann, dass „Bestrafungen andere unerwünschte Emotionen wie z.B. Ärger oder Frustration auslösen, was wiederum aggressives Verhalten begünstigen kann. (…) Die strafende Person wirkt auch als Modell für die bestrafte Person. Demzufolge können ungünstige Verhaltensweisen gelernt werden, die wiederum Bestrafung und Aggression nach sich ziehen. Schließlich ist nicht zu vergessen, dass sich Bestrafung auch negativ auf die Beziehung zwischen Strafendem und Bestraftem auswirkt.“ (Werner/Trunk 2017, 28)

Wie soll ein vertrauensvolles und wertschätzendes Arbeitsbündnis entstehen, wenn die Aufmerksamkeit des Erwachsenen sich nicht in verstehender, sondern in bewertender Absicht auf die kindliche Fähigkeit zum

Der Sadismus, der sich hinter dieser Neuauflage von „Wer-nicht-hören-will-muss-fühlen“ versteckt, kann sich dann auch noch als Mitleid maskieren

Wohlverhalten fokussiert? Zudem lösen Messverfahren und Rückmeldungen noch nicht das Problem, was damit erhoben wird: Vom Wiegen wird die Sau nicht fett, d.h., bestimmte Kinder sammeln einfach ständig traurige Smileys oder Regenwolken, ohne eine Idee davon zu haben, warum das immer wieder geschieht oder wie sie das ändern können. Wenn das auch sonst niemanden interessiert, greift das Prinzip der negativen Sanktion dann immer weniger, weil diese Kinder resignieren und sich eine „Ist ja eh schon alles egal“-Haltung zulegen. Als Folge sinkt die Motivation und das Selbstwertgefühl ist dauerhaft angeschlagen, weil das Nicht-Erfüllen der Erwartungen die Abwehr von Frustration, Scham und Selbstzweifeln erforderlich macht. Der Philosoph Michel Foucault hat das als Nebeneffekt einer „Disziplinarmacht“ analysiert:

„Die Individuen werden untereinander und im Hinblick auf diese Gesamtregel differenziert, wobei diese sich als Mindestmaß, als Durchschnitt oder als optimaler Annäherungswert darstellen kann. Die Fähigkeiten, das Niveau, die ‚Natur‘ der Individuen werden quantifiziert und in Werten hierarchisiert. Hand

Literatur:

Hehn-Oldiges, M./Ostermann, B. (2020): Ampeln und andere Ermahnungssysteme – problematische Strategien zur Erziehung. Abrufbar unter http://paedagogische-beziehungen.eu/ampeln-und-andere-ermahnungssysteme-problematische-strategien-zur-erziehung/

Deci, E./Ryan, R (1993): Die Selbstbestimmungstheorie der Motivation und ihre Bedeutung für die Pädagogik. In: Zeitschrift für Pädagogik, Heft 2/1993; S. 224-238. Beltz.

Campana, S. (2017): ROT für die Ampel im Klassenzimmer. In: „4 bis 8“, Ausgabe 2/2017, S. 34-35. Schulverlag plus AG.

Dietz, H. (2017): Belohnen ist das neue Bestrafen. Aus: „!0 nach 8“, S. 1-6, Abrufbar unter https://zeit.de/Kultur/2017-03/erziehung-belohnung-pschologie/. Zeit Online. Bucerius Verlag

Rauh, B./Welter, N. u.a. (2020) : Emotion, Emotionsregulation und psychoanalytische Pädagogik. In: Emotion – Disziplinierung – Professionalisierung. Schriftenreihe der DGfE, Band 10, S. 9-28. Verlag Barbara Budrich.

Foucault, M (1976) Überwachen und Strafen. Suhrkamp. Frankfurt a.M

Winkler, M (2006) Kritik der Pädagogik. Kohlhammer, Stuttgart

Werner, N./Trunk, J. (2017) Operante Verfahren. Techniken der Verhaltenstherapie. Beltz Verlag.

Wir veröffentlichen ausnahmsweise die verwendete Literatur, weil wir keine Zeit mehr fanden, den Text umzuformulieren. Wir bitten zukünftige Autor_innen, dies zu berücksichtigen, weil wir uns nicht als wissenschaftliches Medium verstehen. Die Redaktion

in Hand mit dieser ‚wertenden' Messung geht der Zwang zur Einhaltung einer Konformität." (Foucault 1976, 236)

Das erklärt, warum das „Social Scoring" auf die Beteiligung und Mitwirkung der Öffentlichkeit angewiesen ist, denn der Vergleich und die dadurch entstehende Scham und Frustration auf Seiten derjenigen, die den Anforderungen nicht genügen, aber auch die Erleichterung, der Triumph und die Schadenfreude auf Seiten der Kinder, welche die Standards erreichen, werden bewusst mit einkalkuliert. Das wertende und urteilende Herabschauen auf andere wird dadurch eingeübt und funktioniert im Grunde genauso wie der Pranger auf einem Marktplatz am Ende des 13. Jahrhunderts:

„Die öffentliche Darstellung der Unzulänglichkeit (…) ist als Beschämung anzusehen. Die Betroffenen werden bloßgestellt, ihr Augenmerk ist auf die Ampel oder die Sammelskala gerichtet, durch die sie offensichtlich als negativ bewertet werden. In der jeweiligen Gruppe werden sie als auf problematisches Verhalten reduziert dargestellt. Die so Hervorgehobenen erleben sich als abgelehnt, wertlos und unzulänglich." (Hen-Oldiges/Ostermann 2020, S. 5)

Neben dieser wenig ressourcenorientierten und datenschutzrechtlich bedenklichen Art und Weise der „Brandmarkung" erlangen Pädagog_innen durch die Skalierung von kindlichem Verhalten keinerlei Aufschluss darüber, ob nicht vielleicht die Leistung des Einzelnen darin bestanden hat, es vor der Ermahnung so gut wie möglich versucht zu haben? Dieses zu wissen, wäre aber durchaus wichtig, wenn es um Würdigung des Einzelnen und um mögliche Formen der pädagogischen Unterstützung von individueller Entwicklung gehen soll: „Anerkennung benötigt Leistungen, die man vielleicht nicht versteht." (Winkler 2006, S. 289) Um diese erkennen zu können, müsste ich den Kontext der inneren und äußeren Situation miteinbeziehen, in dem sich die Menschen befinden.

Es gibt für komplexe Herausforderungen keine einfachen Lösungen, auch nicht für das Erlernen von sozialen Kompetenzen in institutionell geprägten Schicksalsgemeinschaften wie Klassen oder Kita-Gruppen. Wer glaubt, das mit Hilfe von Verfahren wie „Social Scoring" erreichen zu können, muss sich mindestens fragen lassen, ob die damit verbundenen Gefahren den Einsatz rechtfertigen, denn der pädagogische Zweck heiligt die Mittel nicht, im Gegenteil, er limitiert sie. Wenn der Aufbau einer stabilen und solidarischen sozialen Architektur eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer Gegenwart ist, dann ist es nicht ausreichend, das mit Bauplänen aus dem Mittelalter versuchen zu wollen.

STEFAN DIERBACH
Fachschule für Sozialpädagogik Altona
(FSP2/BS 21)

Schulmuseum sammelt Dokumente zum Unterricht in der Coronazeit

Das Hamburger Schulmuseum interessiert sich für Unterrichtseinheiten und Unterrichtsergebnisse aus der Coronazeit. Bitte senden Sie uns speziell für die Pandemiezeit entworfene Unterrichtseinheiten und Schüler_innenarbeiten zu, die sich auf die Pandemie, den Fern- und Hybridunterricht und das Erleben der Schüler_innen beziehen.

Wir möchten die Arbeit und das Leben in dieser Zeit in vielen unterschiedlichen Schulen darstellen können, da wir hoffen, in Zukunft eine Ausstellung damit zu gestalten. Daher ist unser Interesse an kreativen Arbeiten groß. Vielleicht ist es später auch für Sie interessant, diese in unserem Museum anzusehen. Zudem möchten wir die Arbeit während der Corona-Zeit dokumentieren.

Auf den Schüler_innenarbeiten muss folgendes verzeichnet sein: Vorname, Klasse, Schule und Titel. Senden Sie uns bitte die Arbeiten per Behördenpost oder, bei digitalen Produkten, per Email oder WeTransfer zu.

Alle Arbeiten, die Sie einsenden, müssen dem Museum geschenkt werden. Das Formular dazu finden sie hier:

Haben Sie noch Fragen? Dann schreiben Sie bitte an:
silke.urbanski@li-hamburg.de

Hamburger Schulmuseum
LIF 14
Dr. Silke Urbanski
Ausstellungsgestaltung
Seilerstraße 42
20359 Hamburg
Telefon: 0 40 / 31794819
Telefax: 0 40 / 3179 5107

LZ 161/5115

THOR HEYERDAHL (2)

Fliegende Fische

Unsere stellvertretende Vorsitzende, Yvonne Heimbüchel, antwortet auch in dieser Ausgabe auf die Fragen der hlz zum Abenteuer, mit Schüler_innen den Atlantik zu überqueren

hlz: *Bevor du loslegst, erzähl doch bitte, was aus den Geflüchteten geworden ist, die ihr aus dem Meer gerettet habt. (s. hlz 12/2021, S. 44f)*

Yvonne: Die Geflüchteten wurden noch auf See von einem Liveboat der britischen RNLI übernommen und wir setzten unsere Reise zu den Kanaren fort. Später haben wir erfahren, dass in den britischen Nachrichten direkt nach dem Geschehen von der Rettung zweier Geflüchteter berichtet wurde. Deren weiteres Schicksal und auch unsere Beteiligung wurden jedoch nicht erwähnt. Für uns ist dies einerseits schwer auszuhalten, da wir vor Augen hatten, was diese Menschen auf sich nehmen, um ihre Ziele und ihr vermeintliches Glück zu erreichen. Andererseits sind wir glücklich, dass wir Menschen vor dem schier sicheren Tod gerettet haben und somit ein Teil von ihrem Glück sind.

An Bord ist dieses Erlebnis auch weiterhin immer wieder Thema. Ich habe z.B. gerade eine Einheit zu Reiselyrik mit einer Klassenarbeit abgeschlossen. Ein Gedicht von Bernhard Viertel mit dem Titel „Gekritzel auf der Rückseite eines Reisepasses" (1956 veröffentlicht) hat einige Schüler und Schülerinnen angeregt, nochmals das Erlebte zu reflektieren und in der Arbeit als weiterführenden Gedanken anzubringen. Ich denke, wir alle werden immer wieder daran zurückdenken und unser eigenes Handeln und unser Denken ist ab diesem Zeitpunkt davon beeinflusst.

hlz: *Von wo genau ging's dann los?*

Yvonne: Die Atlantiküberquerung starteten wir in Praia auf den Kap Verden. Die letzten Ausrüstungen fanden dort an der Pier des Hafens statt: Frisches Obst und Gemüse sowie zusätzliches Wasser waren die wichtigsten Dinge, die wir nochmals in großen Mengen einstauten. Die Thor Heyerdahl ist zwar mit einer Osmose-Anlage ausgestattet, die uns mit dem nötigen Trinkwasser versorgt. Natürlich wird sorgsam und sparsam damit umgegangen. Doch für den

Fotos: Projekt Thoer Heyerdahl

Das muss auch sein...

Wohl nix über Bord gegangen

Notfall müssen Wasservorräte an Bord sein.

Dann das letzte Mal festen Boden, das letzte Mal andere Menschen: Man winkt, setzt die Segel und begibt sich in die Abläufe an Bord.

hlz: *Ist es eigentlich etwas Besonderes, wenn man irgendwann gar kein Festland mehr sieht?*

Yvonne: Zunächst nicht, da wir ja bereits schon solche Strecken hinter uns hatten. Etwas Besonderes ist jedoch der „Point of no Return", der aufgrund der kräftigen Passatwinde nach wenigen Tagen erreicht war. Das Schiff hat ab einem gewissen Abstand zum Land keine Möglichkeit mehr, aus eigenem Antrieb gegen diese Winde zurückzukommen. Ab dann heißt es nur noch „Voraus!". Und die See unter dem Bug wird sehr schnell sehr tief… bis um die 6000 Meter. Dieses Wissen lässt alle ein wenig ehrfürchtig werden.

Für uns alle hieß es ab diesem Punkt besondere Vorsicht und Rücksichtnahme auf uns selbst und die anderen: keine Verletzungen oder schwere Erkrankungen! Denn auch unsere Bordärztin hat nur begrenzte Möglichkeiten.

hlz: *Und auf hoher See, sind da die Wellen anders als in Küstennähe?*

Yvonne: Die Wellen ziehen sich lang und hoch – das Schiff liegt insgesamt ruhiger und hebt und senkt sich gleichmäßig über die teils meterhohen Wellen. Die Seekrankheit ließ schnell alle in Ruhe, die Seemannsbeine sind gewachsen und man weiß, wie der Rhythmus der See gestaltet ist. Anti-Rutschdecken und angebundene Dinge sind nun Alltag und jeder entwickelt eine hohe Achtsamkeit für die Dinge, für sich und andere.

hlz: *Wie viel Tage seid ihr längstens unterwegs gewesen, ohne Land zu sehen?*

Yvonne: Insgesamt hat die Überfahrt in die Karibik 17 Tage gedauert - ca. 2200 Seemeilen. Da man zu Beginn noch Land hinter sich sieht bzw. wir die Inselgruppe der Kap Verden noch ein wenig durchquert haben, kann man von ca. 15 Tagen ohne Land in Sicht sprechen.

Dominica haben wir nachmittags als kleinen grauen Streifen am Horizont gesichtet. Ein tolles Gefühl, daher gibt es auch traditionell einen goldenen Taler für die erste Landsichtung! Abends um 23 Uhr fiel dann der Anker in der Bucht vor Portsmouth, wo wir zurzeit noch liegen.

Interessant und für alle spannend wird die 31-tägige Überfahrt zurück über den Nordatlantik zu den Azoren. Ab den Kleinen Antillen also kein geplanter Zwischenstopp mehr!

hlz: *War das schnell, langsam oder die übliche Zeit, die man mit einem Boot eurer Klasse für diese Strecke braucht?*

Yvonne: Wir segeln recht bedächtig, auch wenn wir unsere Segelfläche mit einem zusätzlichem Leesegel nochmals um 80 qm erweitert hatten. Damit schafften wir in guten Zeiten 8 Knoten, also ein flottes Radfahren. Uns überholten Yachten dagegen mit 35 Knoten, seltene Begegnungen, die schnell vorüberziehen.

hlz: *Im Film sieht man immer, wie Delphine aus Neugier oder warum auch immer Schiffe begleiten. Hattet ihr diese Art von Reisebegleiter_innen?*

Yvonne: Oh, ja - und es waren mit die schönsten Momente, wenn die aktuelle Fahrwache durch Schiff rief: „Wale an Backbord!" oder „Delfine voraus!"

An Deck wird es sofort wuselig, alle folgen den Begleitern von Backbord nach Steuerbord, lassen sie teilweise stundenlang nicht aus den Augen. Bestimmungsbücher werden direkt gewälzt, um herauszufinden, ob dies nun ein Finnwal oder eine andere Walart war.

hlz: *Sind die Passatwinde so konstant, wie man immer wieder liest oder braucht man auch manchmal den Motor?*

Yvonne: Wir waren sehr froh, dass wir nur für eine kurze Zeit die Maschine als Unterstützung brauchten, um den Zeitplan einzuhalten. Letztendlich waren wir dann doch schneller als geplant.

Die Winde wehen wirklich sehr konstant, das macht den Alltag an Bord recht übersichtlich. Daher konnte auch gut Unterricht stattfinden: Die Wachen, die sonst ca. aus acht Kids bestehen (plus natürlich Erwachsene) wurden geteilt, so dass für eine Teilgruppe immer tageweise abwechselnd Unterricht oder Wache stattfinden konnte.

hlz: *Gab es pädagogische Herausforderungen?*

Yvonne: Am Ende der Etappe haben die Schülerinnen und Schüler das Schiff übernommen und uns alle in die „Neue Welt" gebracht! Die pädagogische Herausforderung lag darin, loszulassen und die Verantwortung auch wirklich vertrauensvoll an die von uns nautisch gut ausgebildeten Kids zu übergeben. Wahnsinn, was von ihnen geleistet wurde! Immer noch laufen tolle Feedbackgespräche, in denen jede/r eine persönliche Rückmeldung erhält.

Und auf jeden Fall ist Unterricht an Bord etwas Besonderes: In Physik wird die Geschwindigkeit nach traditioneller Seemannsart mit einer Logge gemessen. Die sich an Bord verirrenden Fliegenden Fische oder die geangelte Dorade werden zum aktuellen Unterrichtsthema und auch fix seziert. Reiselyrik entsteht und der Landaufenthalt wird in Geographie vor- und nachbereitet.

Dann kommen die Klassenarbeiten und unter den Schülern und Schülerinnen herrscht reger Austausch. In den Wachzeiten spricht man über rhetorische Stilmittel und dichtet mal eben selbst ein kleines Reisegedicht, welches dann ggf. abends als kultureller Beitrag allen stolz vorgetragen wird.

Der Unterrichtsraum war auf dieser Etappe das ganze Deck bei Wind und Sonne! Lernzeiten waren nicht allein auf die Unterrichtszeiten begrenzt, was für

Kunst kennt keine Grenzen

die Kids auch bedeutete, sich die Zeiten gut einzuteilen und auch an notwendige Ruhephasen zu denken, um bei den Wachtagen fit und konzentriert zu sein.

hlz: *Und jetzt an Land – was macht ihr da?*

Yvonne: Dominica wurde 2017 vom Hurricane „Maria“ stark zerstört. Die Regenwälder und auch die Häuser und die Infrastruktur sind noch in der Regenerations- und Wiederaufbauphase. In Vorträgen und Referaten haben wir hierzu bereits auf See viel Vorbereitendes gehört. Es jetzt auch zu sehen und mit den Menschen zu sprechen und sie in ihrem Alltag zu erleben, erweitert den Respekt gegenüber ihren Leistungen und den Wunsch sie zu unterstützen ungemein.

Wir haben viele Spenden mitgebracht, die an eine Musikschule, ein Altenheim und ein Hausbauprojekt gehen. In letzteres bringen wir auch unsere Arbeitskraft ein: Drei Tage hilft jede/r, ein Haus für eine vielköpfige Familie aufzubauen, die alles während des Hurricanes verloren haben.

Weitere drei Tage wandern wir durch den Nationalpark, um den Regenwald in Flora und Fauna hautnah zu erleben und zu erkunden. Ein Guide erklärt uns das, was uns fremd und ggf. feindlich ist.

Durchweg versuchen wir in die Küchen und kulinarischen Besonderheiten Einblick zu bekommen. Sternfrüchte und Brotfrüchte, Maniok und Maih-Maih, Guave und creolische Gewürze. Gerne mit viel Musik, die uns den ganzen Tag begleitet und die Freundlichkeit und Offenheit der Dominicaner_innen unterstreicht das noch.

hlz: *Denkt ihr bei 30 Grad im T-Shirt auch mal an uns, die wir frierend am Ofen sitzen?*

Yvonne: Wir denken viel an zu Hause und versuchen trotz großer Zeitunterschiede (fünf Stunden), immer wieder den Kontakt herzustellen. Die Handy-Zeiten der Kids sind hieran angepasst, damit nicht zu Hause um 24 Uhr das Telefon klingelt.

Aber wir genießen auch das „digitale Detox“, gehen schwimmen und schnorcheln.

Auch Corona beschäftigt uns. Die Situation zu Hause finden wir gruselig und wir sind froh und dankbar, dass wir diese Reise gut starten und bislang sicher durchführen konnten (toitoitoi)!

hlz: *Und wie geht's weiter?*

Yvonne: Als nächstes geht es noch nach Antigua. Bevor wir die Rückreise antreten noch ein Blick in die besondere Welt eines Riffs.

Die 31-tägige Überquerung des Nordatlantik füllt sich wieder mit Wach- und Unterrichtsbetrieb. Die Kids erhalten die Möglichkeit, Praktika bei Bootsmann, Maschinist und Proviantmeisterei zu machen. Es wird sicher viel gewerkelt, musiziert und Tagebuch geschrieben. Alle Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke wollen festgehalten werden!

hlz: *Wir wünschen weiter gutes Gelingen und senden viele Grüße von der Redaktion! JG*

Name scheint Programm

NEU GEGRÜNDET

Arbeitskreis Philosophie und Religion

Erstes virtuelles Treffen am Nikolaustag zur Zukunft des Religionsunterrichts der Klassen 1 bis 6 in Hamburg

Der Arbeitskreis ist über die Gruppe der Antragsteller_innen beim Gewerkschaftstag hinaus angewachsen (s. hlz 11/21, S. 33). Er kann noch weitere Mitglieder aufnehmen.

Die umfangreiche todo-Liste:

• Über die Geschäftsstelle wurden die Vertrauenspersonen der Schulen abgefragt, wie die neue Vokatio (kirchliche Unterrichtserlaubnis im Religionsunterricht) sich auswirkt. Bekanntlich verlieren zahlreiche Kolleg_innen dieses Recht, weil sie in der Zeit nach Staatsexamen bzw. Fortbildung die Kirche verlassen haben. Das wurde früher nicht besonders erhoben, war also folgenlos. Ab Sommer 2022 muss diese Vokatio (bzw. andere Dokumente der beteiligten Religionsgemeinschaften) vorgelegt werden. Der Rücklauf ist noch ausbaufähig, sicherlich der Zeit um die Weihnachtspause geschuldet. (Die Auswertung in der GEW wird nur quantitativ erhoben, also nicht mit den Schulnamen in Verbindung gebracht!)

• Das erste Informations-Flugblatt ist soeben an die Vertrauenspersonen der allgemeinbildenden Schulen verschickt worden und wird hier abgedruckt (s. S. 31).

• Gespräche unseres Vorsitzenden mit Verantwortlichen in Politik und Verwaltung haben begonnen. Mitglieder des AK PuR begleiten diese bzw. werten sie aus.

• Der Landesschulbeirat, ein wichtiges Beratungsgremium der BSB in schulischen Grundsatzfragen, hatte das Thema auf seiner Tagesordnung und wird Anfang Februar entscheiden, ob dazu eine Stellungnahme erarbeitet werden soll. Wir wollen in der hlz regelmäßig berichten.

Wer mehr wissen will, wende sich gerne an den Arbeitskreis. Wir freuen uns über eine Kontaktaufnahme unter akpur@gew-hamburg.de.

Das nächste virtuelle Treffen ist am 1.3., 17 Uhr.

KARIN HUFERT, GERHARD LEIN
Sprecher_innen des AK PuR

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine finden am Dienstag, 29.03.2022, 15-17 Uhr statt.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Hamburger Religionsunterricht in Klassen 1-6 – nicht mehr zeitgemäß!

Seit den 1970er Jahren versucht Hamburg einen „Religionsunterricht für alle“ (Rufa) umzusetzen, in dem Schüler*innen nicht mehr konfessionell getrennt, sondern gemeinsam unterrichtet werden sollen. 2012 wurden Verträge abgeschlossen, um über die evangelische Kirche hinaus weitere Religionsgemeinschaften (islamisch, alevitisch, jüdisch) in den Rufa einzubeziehen. Aber über die Hälfte der Stadtbevölkerung gehört – im Gegensatz zu den 1970er Jahren - heute keiner Religionsgemeinschaft an, aktuell nur 24 Prozent der Evangelischen Kirche und 10 Prozent der Katholischen Kirche.

Wussten Sie,

- dass Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, entweder für die Zeit in anderen Klassen betreut, zur Eigenbeschäftigung z.B. in die Pausenhalle geschickt oder – bei Randstunden – früher nach Hause geschickt werden?
- dass es in den Klassen 1-6 für Konfessionsfreie und Familien ohne Religionsbindung kein Alternativangebot (Ethik, Werte, Philosophie) zum Religionsunterricht gibt?
- dass das Fach Religion zwar ein ordentliches Unterrichtsfach ist, aber eine Teilnahme nicht verpflichtend ist?
- dass die Eltern – obwohl gesetzlich vorgeschrieben – von ihrem Recht, das Fach Religion nicht zu wählen (negative Religionsfreiheit), nicht informiert werden?
- dass erst in den Klassen 7-13 Schüler*innen das Fach Philosophie wählen können und davon rund 50 Prozent der Jugendlichen Gebrauch machen?
- dass in sehr vielen Hamburger Schulen Fachlehrkräfte Religion unterrichten, auch wenn sie keiner Glaubensgemeinschaft angehören?
- dass ab August 2022 nur noch berufene Lehrkräfte nach Vorschrift der Kirchen und Religionsgemeinschaften das Fach Religion unterrichten dürfen?
- dass folglich alle Lehrkräfte, die keiner beteiligten Glaubensgemeinschaft angehören oder aus der Kirche ausgetreten sind, faktisch ein Unterrichtsverbot für ihr studiertes Fach erhalten?
- dass die Bildungsgewerkschaft GEW ein Alternativangebot für das Fach Religion fordert und sich gegen das Unterrichtsverbot für examinierte Lehrer*innen „ohne Beauftragung durch Religionsgemeinschaften“ einsetzt?

Was sagen Sie dazu?

Ihre Meinung ist uns wichtig. Kontaktieren Sie uns: akpur@gew-hamburg.de
Diskutieren Sie über dieses Thema mit anderen. Wir unterstützen Sie gerne!

GEW-Arbeitskreis „Philosophie und Religion“: Dora Heyenn, Karin Hufert, Kathrin Jänner, Prof. Dr. Josef Keuffer, Gerhard Lein, Prof. Dr. Kerstin Michalik, Helmuth Sturmhoebel, Dr. Stefan Volke, Stephanie Wazinski.

V.i.S.d.P.: GEW Hamburg, Sven Quiring, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg

gb@-SEMINARE 2021

Fang im Netz

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Sicherheit im Netz

In diesem Seminar können die Teilnehmenden praktisch lernen, wie sie Daten auf ihrem Computer und im Internet schützen. Im Workshop werden erstens Grundlagen zur Computersicherheit vermittelt, d.h. Fragen zu Betriebssystemen, Schutz vor Schadsoftware sowie sinnvollen Antivirenprogrammen beantwortet. Zweitens wird praktisch angeleitet, wie das Surfen im Internet funktionieren kann, ohne ungewollt Daten zu hinterlassen.

Samstag, 12.3.2022, 10-17 Uhr
Kiek In!, Gartenstraße 32, 24534 Neumünster, www.kiek-in-nms.de
Leitung: Dr. Björn Tylkowski
Kostenlos für GEW-Mitglieder inkl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder: 20 €)

Seminar für Pädagogisch-Therapeutische Fachkräfte (PTF) an Schulen

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Pädagogisch-Therapeutische Fachkräfte an Schulen? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit / zu den Lehrer_innen aus? Welche Unterstützung (der GEW) brauchen wir? Wie können wir uns besser vernetzen? Wie sichern wir die Standards bzw. die Qualität unserer Arbeit?

Ausgehend von eigenen Erfahrungen werden aktuelle Themen und Probleme der PTF an Schulen diskutiert und anhand von Fallbeispielen vertieft.

Do., 24.3.2022, 9.30-16.30 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Ima Drolshagen
Kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder: 20 €)

55 Plus – Die besten Jahre kommen noch?!

Dieses Seminar ist für alle Kolleg_innen, bei denen der berufliche Ausstieg bzw. der Übergang in den Ruhestand/ die Rente mehr und mehr in Sichtweite kommt. Gemeinsam werden wir uns in diesem Seminar an den beruflichen Ausstieg herantasten, aber auch die letzte Berufsphase betrachten: „Was darf so bleiben?“, „Was will ich nicht mehr?“ und „Wo geht vielleicht noch etwas völlig Neues?“

Fr. 25.3.2022, 15 Uhr
Sa. 26.3.2022, 16 Uhr
Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente
Leitung: Simone Friedrich
Kostenanteil: 40 € inkl. Verpflegung/Unterkunft (ermäßigt: 20 €, Nicht-Mitglieder: 150 €)

Stimmtraining für pädagogische Berufe

Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Wir arbeiten an grundlegenden Zusammenhängen zwischen Körperhaltung, Atmung, Resonanz und Artikulation. So werden das Fundament der Stimme gestärkt, die Stimmpotenziale entwickelt und die Ausdrucksmöglichkeiten erweitert.

Samstag, 26.3.2022, 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Eva Niethammer
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Elterngespräche leicht gemacht

In vielen pädagogischen Berufen sind zahlreiche Gespräche mit Eltern und Angehörigen zu führen. Scheinbar „ungelernt“ stehen Lehrer_innen und Erzieher_innen vor der Aufgabe, die Eltern und Angehörigen hinsichtlich unterschiedlichster Fragestellungen und Anliegen zu beraten. Im Seminar geht es darum, die eigene Gesprächs- und Beratungskompetenz zu erweitern und Sicherheit im Umgang mit den Eltern zu erlangen. Eigenes Gesprächsverhalten wird erkannt, reflektiert und somit steuerbar.

Freitag, 1.4.2022, 9-16.30 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Andrea Landschof
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Gesprächs- und Verhandlungsführung

Wer Gespräche gekonnt führen kann, hat bessere Chancen, seine Vorstellungen durchzusetzen. Die Teilnehmenden lernen die Tools professioneller Gesprächsführung kennen und probieren sie an praktischen Beispielen aus. Darüber hinaus gibt es die Gelegenheit, Konzepte und Strategien für die eigenen Gesprächssituationen – auch im Kontext gewerkschaftlichen Handelns – zu entwickeln oder zu erproben.

Samstag, 2.4.2022, 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Wolf-Peter Szepansky
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Ein anderer Umgang mit Druck: Aus der Anspannung in die Entspannung

Nicht erst seit Corona nimmt der gefühlte Druck im Arbeitsalltag zu: Wir sind unter Zeitdruck, es gibt hohe Erwartungen und Ansprüche von allen Seiten und das Problem ist – zuhause und in der Freizeit hört es nicht auf, auch in Beziehungen gibt es alle Arten von Druck. Im Seminar werden wir uns mit den Mechanismen und Ursachen auseinandersetzen, warum wir uns unter Druck fühlen und was unsere eigenen Anteile daran sind. Wir machen Übungen, lernen Entspannungstechniken kennen und erarbeiten Strategien, wie wir persönliche Grenzen erkennen und sie absichern können und wie wir so mit dem Druck umgehen, dass wir ihn durch Handlungen auflösen oder als Antrieb für Veränderungen nutzen können!

Fr. 22.4.2022, 16 Uhr
Sa. 23.4.2022 16 Uhr
Villa Ulenspegel, Schülp bei Nortorf
Leitung: Frank Hasenbein, Jessica Niemann
Kostenanteil: 40 € inklusive Verpflegung/Unterkunft (ermäßigt: 20 €, Nicht-Mitglieder: 150 €)

Selbstmanagement – bei sich selbst ankommen

In diesem Seminar geht es um die persönliche Entwicklung eines ganzheitlichen Selbstmanagements, das alle wichtigen Lebensbereiche dauerhaft in Balance bringt. Wir klären, wie wir unseren Arbeitsalltag bewusster in die Hand nehmen können, so dass wir uns nicht mehr so oft als Getriebene empfinden. Wir erfahren, wie wir für uns mittels spezieller Atem-, Achtsamkeits- und Bewegungsübungen Freiräume schaffen können, aus denen wir erfrischt und inspiriert hervorgehen. Schließlich erarbeiten wir uns Strategien, um Ressourcen für Veränderungsprozesse dauerhaft im Alltag zu integrieren und zu verankern.

Fr. 22.4.2022, 15 Uhr
Sa. 23.4.2022, 15 Uhr
Nordkolleg in Rendsburg, www.nordkolleg.de
Leitung: Iris Natorp
Kostenanteil: 40 € inkl. Verpflegung/Unterkunft (ermäßigt: 20 €, Nicht-Mitglieder: 150 €)

Achtsamkeit und Anerkennung im Arbeitsalltag

Wie können wir es schaffen, unseren pädagogischen Alltag zu meistern und aufmerksam für unsere Belastungen und für die Anderer zu sein? Während des Seminars geht es darum, in die geistige und körperliche Entspannung zu kommen und unsere täglichen Aktivitäten aus der Vogelperspektive anzuschauen. Über die Wahrnehmung von Körpersignalen in Bezug auf die alltäglichen und besonderen Herausforderungen im Lehr- und Lernalltag ergeben sich mögliche Handlungsspielräume: Was tut mir gut? Was tut mir nicht gut? Was braucht es, um missliebige Situationen zu verändern? Und: Was kann ich dafür allein anstoßen und wo lohnt es sich, sich mit anderen zusammenzuschließen?

Samstag 23.4.2022, 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Christina Castillon
Kostenanteil: 10 € inklusive Verpflegung (ermäßigt: 5 €, Nicht-Mitglieder: 40 €)

Kita-Fachtag: Gesundheit und Selbstfürsorge

Alle reden von Stress und von Selbstfürsorge, Resilienz und Achtsamkeit sind in aller Munde, trotzdem wird der Job nicht entspannter, die Kinder und Eltern bleiben herausfordernd und an allen Ecken und Enden braucht es kreative Lösungen. Dieser Fachtag möchte die Teilnehmenden dabei unterstützen, Vorstellungen von wertschätzender und gesunderhaltender Arbeit in die Einrichtungen einbringen zu können. Die Workshops sollen dazu neue Impulse geben; wir möchten aber auch einen Ort für Austausch, Innehalten und Vernetzung in entspannter Atmosphäre schaffen und den Weg für Veränderungen bereiten.

Freitag, 29.4.2022, 9-16 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Frank Hasenbein u.a.
Kostenanteil: 60,- inklusive Verpflegung (Nicht-Mitglieder: 80 €), für Selbstzahler_innen gibt es eine Ermäßigung (wenn der Arbeitgeber nicht die Kosten übernimmt)

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Ein hoffnungsloser Fall? (2)

Dank des Engagements Hamburger Kolleg_innen und mit finanzieller Unterstützung der GEW konnte wichtige Hilfe geleistet werden

Ich bin sehr froh, euch heute etwas mehr über die Entwicklung bei unseren Projekten berichten zu können.

Aber zunächst einmal: Ganz herzlichen Dank der GEW Hamburg, die unserem Verein 5000 Euro überwiesen hat[1]. Das ist ein schönes Zeichen der Solidarität mit den afghanischen Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrkräften!

Mit diesem Spendengeld wird unser Verein für ein oder sogar zwei Jahre zwei weitere Lehrer_innen in einer von uns im letzten Jahr errichteten kleinen Schule einstellen können, bis der Staat dann hoffentlich die Gehälter übernimmt. Diese Schule steht in einem Flüchtlingslager mitten in der Wüste nahe bei Mazar-e-Sharif. Sechs Lehrer_innen sollten in vier Klassenräumen in zwei Schichten eigentlich nur Kinder der 1.bis 3. Klasse unterrichten. Aber schnell sprach sich das im Lager herum. In Windeseile füllten sich die Räume auch mit älteren Schülerinnen. Und sie bestanden darauf, die Winterferien (Mitte Dezember bis Mitte März) weiter zum Lernen zu nutzen. Gerade haben sie ihre Halbjahreszeugnisse bekommen – für manche das erste Schulzeugnis ihres Lebens! Auch die Lehrer_innen sind stolz auf ihre Leistungen!

Wie ich im letzten Bericht schrieb (s. hlz 12/2012, S. 50ff), haben wir großes Glück mit unseren Projekten. In Mazar-e-Sharif wird seitens der Taliban toleriert, dass die Computerkurse für Jungen und auch Mädchen weiterlaufen, selbst in den Ferien. Auch die Treffen mit den Schulleitungen zur Kapazitätserweiterung sind wieder angelaufen. Ein Netzwerk zwischen den von uns gebauten Schulen soll ihnen helfen, bessere Strukturen gemeinsam mit Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern und Hausarbeitern zu entwickeln, um die teils sehr großen Schulen mit 2000 bis 4000 Schüler_innen erfolgreicher zu machen.

Auch in Andkhoi laufen alle Projekte zur großen Freude aller Beteiligten weiter. Sogar das Fitnesscenter im Keller unseres ersten Frauenzentrums in Andkhoi darf nun wieder offiziell öffnen.

Im Ausbildungszentrum sind mehr als 1000 Mädchen und Jungen in den verschiedenen Kursen registriert – für Schulzusatzkurse 7. bis 12.Klasse, Kalligrafie-, Englisch- und Computerkurse, kulturelle Treffen und verschiedene Aktionen. Die ehemaligen Teilnehmerinnen der Nähkurse in den drei Frauenzentren nähen eifrig warme Kleidung zur Verteilung an bedürftige Kinder und Frauen und erhalten dafür die Stoffe und einen Lohn von uns.

Wir sind froh, dass wir zumindest in diesem kleinen Teil des Landes weiterhin helfen können. Unsere jungen Leiter_innen beweisen viel Mut und Durchsetzungsvermögen und schaffen es,

"Bildung ist die mächtigste Waffe, um die Welt zu verändern!" Nelson Mandela (2003) *Afghanische Kalligrafie einer Schülerin*

[1] Einstimmiger Beschluss des Landesvorstands am 7. Dezember 2021

Fotos: Afghanistan-Schulen e.V.

Halbjahresexamen im Ausbildungszentrum Andkhoi

Nicht nur Grundschülerinnen wollen lernen

Unsere Spende wärmt – in doppeltem Wortsinn

Holz für die Öfen

so auch die örtlichen Taliban von der positiven Wirkung der Projekte zu überzeugen.

Die Regierung in Kabul hat dagegen keinerlei Interesse und keine Fähigkeiten, an der immer bedrohlicher werdenden Situation des Landes etwas zu ändern. Sie bemerkt nicht einmal, dass ohne die Kraft der Frauen kein Überleben des Staates möglich ist. Für sie tragen die vorherige Regierung und natürlich das böse Ausland die Schuld daran, wenn inzwischen Menschen verhungern, vor allem die Kinder. Das ist eine düstere Aussicht für die Zukunft.

Da ist die Solidarität von uns allen weiterhin gefragt. An mehreren Schulen haben die „Patenschulen“, die unsere Arbeit seit Jahren unterstützen, trotz Corona sehr fantasievolle Aktionen gemacht. Zum Beispiel einen „Vokabellauf“ organisiert, der von den selbst gesuchten Sponsoren mit einer Geldsumme für jede gelernte Vokabel honoriert wurde. Oder Schüler_innen gestalteten in Kreativwochen schöne Dinge, die sie an Verwandte und Bekannte verkauften. Andere Schüler_innen sammeln seit Jahren immer wieder Altpapier und bekommen dafür Geld, das sie an uns weiterleiten. Auch im Sportunterricht werden mit Brennball-Spielen Spenden eingenommen. An Ideen mangelt es den Schulen jedenfalls nicht. Danke ihnen allen!

Ich weiß, dass es noch unendlich viele Orte auf der Welt gibt, die genauso wie Afghanistan Hilfe benötigen. Und es ist großartig, dass gerade Schulen sich überall engagieren.

Mein Dank heute geht an die GEW, die sich so unbürokratisch und schnell für ihre großzügige Spende entschieden hat! Und Dank auch an die eine oder den anderen Leser_in der HLZ, die ebenfalls gespendet haben.

Taschakor – Danke!

TANJA KHORRAMI

تشـــــكر

Bitte spendet – auch der kleinste Betrag hilft!

Vereinsadresse: Deefenallee 21, 22113 Oststeinbek/Hamburg, Marga Flader (Vorsitzende), Tel. 040 712 24 67, 0160 581 3473, Flader@Afghanistan-Schulen.de; Tanja Khorrami (Stellvertretende Vorsitzende), Tel. 040 643 23 11, Khorrami@Afghanistan-Schulen.de
Internet: www.Afghanistan-Schulen.de, www.Facebook.com/AfghanistanSchulen www.instagram.com/afghanistanschulen
Spendenkonto: Afghanistan-Schulen e.V. **EthikBank IBAN DE71 8309 4495 0103 0410 50**
Damit wir eine Spendenbescheinigung ausstellen können, schreiben Sie bitte Ihre Adresse in das Betreff-Feld des Überweisungsträgers.

RASSISMUS

Sprache als Prügelknabe

Verändert politisch korrekte Sprache etwas oder schafft sie nur ein gutes Gewissen?

Zum 10. Jahrestag des Bekanntwerdens der NSU-Mordserie kritisierte der Bundespräsident den „hemmungslosen[n] Rassismus“ (ARD-Text, 4.11.) in dieser Republik, der längst in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen sei. Darin zeige sich eine „Fremdenfeindlichkeit, die niemals geduldet werde“.

Auch in unserem Landesverband ist das Thema „Rassismus und Antirassismus“ (gew-hamburg.de) ein Schwerpunkt. Vor etwa einem Jahr wurde der „Bleiberechtsausschuss“ in „LAMBDA“, den Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus, umbenannt. Die Namensänderung zielt u. a. auf den „Kampf gegen Rassismus und Rechtsentwicklung“ ab. Die hlz hat sich aus verschiedenen Blickwinkeln (Identität, Cancel Culture, Gendern) mit ähnlichen Themen befasst.

Die Akteur_innen der „Political Correctness“ sind in Sachen saubere Sprache seit Jahren unterwegs. Auch die politischen Akteur_innen, so die Damen und Herren Noch-Koalitionär_innen, diskutierten über den Verbleib des Wortes „Rasse“ im GG (hlz 9-10/20, 48). Antidiskriminierungsstellen wurden geöffnet und bieten, so das ADB in Köln, unter dem Motto „Sprache schafft Wirklichkeit“ ein „Glossar für einen antirassistischen Sprachgebrauch“ an. Auch in der Sprachwissenschaft nimmt die Themenstellung mittlerweile einen gewissen Raum ein. Das Reden soll *Macht* ausüben, so war in einem „Seminarprojekt der TU Dresden“ die „Macht der Sprache“ Thema. Sprache soll gar als „Gewaltmittel funktionieren“ (Hornscheidt 2009, 7). Da verblassen fast die vielen Toten, die der außenpolitischen Gewalt zuzurechnen sind.

Schafft die „Macht der Sprache“ „Wirklichkeit“?

Der Projektbericht „Sprache und Diskriminierung“ (TU Dresden 2019, 9) will durch „Nachdenken über Sprache“ deren Veränderung bewirken. Unbestritten: Mit Worten wird auch gepöbelt, beschimpft, folglich diskriminiert. Einerseits geht das N-Wort auf das lateinische „niger“ – übersetzt: schwarz - zurück, trägt also nichts Beleidigendes in sich. Andererseits ist es, Überbleibsel aus der heute inkriminierten Sklaven- und Kolonialzeit, bis dato als Schimpfwort in erniedrigender Weise in Gebrauch. Im Projekt wird nun die gewagte These aufgestellt, dass das Ersetzen von Schimpfwörtern durch neutrale Begriffe zur „Bewältigung von Rassismus“ – so die „Wunschvorstellung“ – beitragen soll. Das bedeute auch, „gesellschaftliche Bedingungen [zu] verändern“,

© Amnesty International, Foto: Jarek Godlewski

Aktivist_innen setzen ein Zeichen gegen Rassismus bei der #unteilbar-Demo in Dresden im August 2019

was eine „Kritik an den gesellschaftlichen Umständen“ voraussetzt.

Wird dieser Anspruch eingelöst? Eine universitäre Befassung sollte mit der Fragestellung „Warum?“ der Sache auf den Grund gehen. Leider kaprizieren sich die Verfasser_innen fast verbissen auf Sprachkritik. Nachfolgend der Einstieg in eine mögliche Diskussion.

Die Wertvollen und die Minderwertigen

Die demokratische Marktwirtschaft funktioniert ja nur über ein großes Regelwerk. Dafür ist die Politik mit ihrer Amtssprache verantwortlich, die Gesetze fixiert und über behördliche und weitere Institutionen durchgesetzt wird. Eine der vielen Regeln ist das Ausländerrecht, darin steht, was diese Menschen dürfen und was nicht. Daraus lässt sich ein Vergleich zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen herleiten, der von etlichen Menschen angestellt wird und dazu führt, dass die Gesellschaft sich in Originaldeutsche und Minderberechtigte scheidet. Die Sortierung in wertvolle und minderwertige Menschengruppen, die hier anklingt, steht für Rassismus.

Der Alltag der Bürger_innen ist durch die hoheitliche Gewalt vorgegeben: In der Schule haben die Zöglinge zu lernen, dazu gesellt sich eine weitere Anforderung, besser und schneller zu sein als die Mitschüler_innen. Auf dem Arbeitsmarkt muss man, weil man über keine andere Geldquelle verfügt, einen der viel beworbenen Arbeitsplätze zu ergattern versuchen, wozu man wie in der anderen Schule einem Leistungsvergleich mit anderen unterzogen wird.

Was dabei herauskommt, muss sich letztendlich auf dem Markt für Konsumgüter und dem für Wohnungen bewähren; davon hängt ab, was zu kaufen ist und wovon man zu leben hat. Alternativen sind nicht vorgesehen.

Das Eigentum, der große Markt, die staatlichen Einrichtungen wie das Ausbildungswesen, das Eheinstitut und Sozialversicherungen sind Hinweise für einen dauerhaften Überlebenskampf. Allerorten begegnen einer/m Konkurrent_innen, die dem eigenen Interesse entgegenstehen. Das führt zu wenigen Erfolgen, meist zu vielen Niederlagen. Ins System der Geldvermehrung ist man bedingungslos eingespannt: Jede/r ist seines/ihres „Glückes Schmied“ in den vorgegebenen Bahnen. Die Mehrheit in dieser Gesellschaft muss sich beim Geldverdienen mit ihrer Qualifikation/

Die im Sinne der Sprachaktivisten geführten Umbennungsaktionen haben an den tatsächlichen sozialen Zuständen, in denen weiterhin Rassismus herrscht, nichts geändert

Fähigkeit brauchbar für eine Firma oder eine Verwaltung machen, dabei ist viel Arbeitsaufwand und Zurückhaltung bei der Entlohnung gefragt. Man erwirtschaftet ja mit seiner Arbeitskraft den Reichtum, der in anderen Händen landet.

Der Versuch, über politisch korrekte Regeln zu einem Verbot fraglicher Ausdrücke zu kommen, um diese Welt etwas erträglicher zu gestalten, ist verfehlt. Also ist die beschriebene Ordnung dieser Gesellschaft genauer in den Focus zu nehmen. Die Politik äußert hin und wieder, dass ihre Ordnung nichts mit Rassismus zu tun habe. Das Phänomen ist jedoch allgegenwärtig, sonst hätte der Bundespräsident nicht das Wort dazu ergreifen müssen. Warum sonst hat man die Sprache zum Prügelknaben gemacht? Im Folgenden soll dem Tun der Sprachhygieniker_innen weiter nachgegangen werden, dazu werden einige Beispiele angeführt.

Die Vergangenheit – und ihre ‚Sünden‘

Klar ist: Die Praxis des „Kolonialismus“ mit der Jagd auf Afrikaner_innen, die wie `Stücke Vieh´ als Sklav_innen nach Amerika verfrachtet wurden, ist Vergangenheit. Der Grund für die damalige Praxis lag in dem unersättlichen Hunger nach Arbeitskräften, den es im aufstrebenden Kapitalismus auf dem amerikanischen Kontinent, in den Gruben zum Abbau von Bodenschätzen und auf den großen Flächen der Plantagenbesitzer gab. So entstand die Importware Sklave und Sklavin, heutige Begriffe wie „Gastarbeiter_in“, „Migrant_in“ oder „Flüchtling“ waren damals noch unbekannt. So machen sich die aus ihrer persönlichen Abhängigkeit in die heutige Freiheit Entlassenen, aber in ihrer Existenz durch Hunger und Elend bedrohten Menschen ganz freiwillig auf den Weg in die Metropolen. Sklavenhändler sind out! Sklavenarbeit aber ist, wie die UN-Berichte dokumentieren, nicht ausgestorben.

Die Entstehung des „Weltmarkts“, heute auch Globalisierung genannt, war gekennzeichnet durch die Zurichtung ganzer Kontinente als Kolonien für die aufstrebenden kapitalistischen Mächte. Eingeschlossen darin waren Vertreibung und Terror bis hin zu Massakern an der eingeborenen Bevölkerung. Der Stempel „wertlos“ wurde ihr aufgedrückt, amtlich und aus wissenschaftlicher Sicht waren es „Untermenschen“ oder „Wilde“. Auch das ist Vergangenheit! Die Kolonien sind in die Unabhängigkeit `entlassen´ worden, was durch viel, manchmal auch weniger Gewalt vollzogen wurde.

Die oft gepriesene „nationale Unabhängigkeit“ verhieß nichts Gutes, Teile der sonst nicht brauchbaren Völker werden jetzt zum Abtransport der Bodenschätze für die herrschenden Weltmarktmächte eingesetzt. Das Gros vegetiert vor sich hin, die Millionen von Hungertoten sprechen für sich. Diejenigen, die nicht verhungern und trotz ihrer Unbrauchbarkeit das Geld und den Willen aufbringen, machen sich auf den Weg in `das gelobte Land´ des Westens.

Einige Jahre nach dem 1. Weltkrieg waren für die deutsche Nation die Drangsale durch den „Schandvertrag von Versailles“ nicht mehr auszuhalten. An die Macht gelangt, entdeckte ein gewisser GröFaz in „seinem Volk“ die Bedrängnis durch ein feindliches Volk, das der Juden und anderer „Volksfeinde“ wie Sinti und Roma, Sozialdemokrat_innen, Kommunisten_innen und Gewerkschafter_innen eingeschlossen. Diese Erfindung, mit der der Nationalsozialismus den industriellen Massenmord von sechs Millionen Juden recht-fertigte und die kriegerische Eroberung des „Lebensraum im Osten“ folgen ließ, ist ebenfalls passé. Der Gewaltakt wird als unpolitischer „Bruch“ der deutschen Geschichte eingeordnet. Singulär, die Tat eines Verbrechers, er und seine Mannschaft als hinterlistige Volksverführer, so die offizielle Einordnungen. „Die bis heute geltende deutsche Rechtsprechung zum Holocaust kennt nur drei Täter.“ (sueddeutsche.de, 11/21)

Die Jetztzeit – Ungarn und die Roma …

Mit dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen stellten sich im Land der Magyaren für die Minderheit der Roma bald die bekannten Formen von Arbeitslosigkeit und Verarmung ein. Der Antiziganismus-Forscher M. End beschreibt sie als eine vor der Abschaffung der Staatsökonomie als „verhältnismäßig gut integrierte Mittelschicht, häufig mit Immobilienbesitz“ (Pester Lloyd, 09). Damals gab es eine Roma-Quote in den Betrieben, 85 Prozent standen in Lohn und Brot, davon „waren ca. 70 Prozent in der Bauindustrie beschäftigt“ (FAZ, 3/2011). Sie bereichern nach der „Wende“ die Arbeitslosenstatistik um ca. 300.000 Fälle, leben nun unter erbärmlichen Verhältnissen vom Sozialstaat und von „Beschaffungskriminalität.“ Forscher wie M. End und K.- M. Bogdal „gehen davon aus, dass die meisten [feindseligen] Menschen, die Sinti und Roma ablehnen“, diese gar nicht kennen.

Kostenloser Download unter: https://www.oegg.de/sprache-schafft-wirklichkeit-glossar-und-checkliste-zum-leitfaden-fuer-einen-rassismuskritischen-sprachgebrauch/

Der Antiziganismus, diese Form des Rassismus, hat rein gar nichts mit persönlichen Erfahrungen zu tun, beruht dort „auf Projektionen der Mehrheitsgesellschaft“ (dw.com 7/14). Bekannt ist dieses Phänomen aus den neuen Bundesländern – dort, wo kaum Flüchtlinge untergebracht sind, gibt es eine große Zahl ausländerfeindlich gesonnener Menschen. Nicht nur mit Orbans regierender Fidesz Partei sind Regierungen am Werk, die auf ihre Agenda die Verhinderung „Ungarns [zum] Einwanderungsland“ (balatonzeitung.info, 11/21) gesetzt haben. Wie üblich ist die Berufungsinstanz der „Wille des ungarischen Volkes“, dem sie ja nur zu Diensten sind.

Dazu braucht’s keine mörderischen Rassengesetze, die Arbeit nur für das wahre Volkstum vorsahen, Minderheiten ins KZ sperrten und umbrachten. Wenn das in der demokratisch betreuten Marktwirtschaft vorkommt, mit all den darin offenkundigen, nicht ausgestorbenen völkischen Abneigungen und Mordtaten, dann ist das doch keine Randerscheinung, sondern gedeiht in diesen Verhältnissen.

… und das „Massengrab Mittelmeer“

Das aufgeführte Beispiel ist mit einem „Volk“, „Staatsvolk“, ehemals einer „Volksgemeinschaft“, befasst. Die Menschen scheiden sich in die, die dazu gehören und die, die davon ausgeschlossen sind. Auch hier die Sortierung nach Wertvollen, die diese Sorte Mensch, die Anderen, partout nicht aushalten wollen! Die weniger Wertvollen bringen keinen Nutzen. Ausnahmen richten sich nach den Be-

darfen der Wirtschaft, auf diese Weise kamen die Fremdarbeiter_innen ins Land und wurden mittels Prämien zur Rückkehr angehalten, heute sollen Geflüchtete den in Zahlen festgelegten Fachkräftemangel beheben. Nach acht Jahren mit einigen Schikanen können sie dann durch einen Pass zu Deutschen mit Migrationshintergrund werden.

Wenn ein Mitglied der politischen Klasse, so der Bundespräsident, sich gegen Rassismus und den darin enthaltenen Terror gegen Fremde positioniert, mangelt es da nicht an inhaltliche Kritik? War nicht die SPD Teilhaber der Macht, als das Asylgesetz reformiert wurde? Hat sie nicht die Grenzüberwachungsagentur Frontex mit geschaffen, die jetzt mit „Push-Backs“ von Flüchtlingen für Negativschlagzeilen sorgt? Außerdem werden Drittstaaten mit Millionen dazu zu bewegt, Flüchtlingsrouten zu kappen und die Flüchtenden in Lagern zu konzentrieren.

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Kurz hatte sich zu den Seenotrettungsaktionen im Mittelmeer in der Weise geäußert: „`Sophia´ war vor allem eine Rettungsaktion [ja was denn sonst?], die für Tausende illegale Migranten zum Ticket nach Europa wurde“ und damit zu zusätzlichen Toten im Mittelmeer geführt habe, weil noch mehr von ihnen dadurch angezogen wurden (t-online.de, 2/20). Eine Argumentation, die darauf hinausläuft, dass man sie hätte ertrinken lassen sollen! Das hätte ja dann auf weitere Menschen, die vor unerträglichen Lebensumständen fliehen wollen, abschreckend gewirkt.

Das fürs Nationale nötige „Wir“ ist dann schnell bei Weiterem angelangt: Die Lasten wollen wir uns nicht aufbürden, die haben hier sowieso nichts zu suchen. Wenn die sich trotzdem auf den Weg machen, sind sie an ihrem Tod selbst schuld.

Resümee

Die im Sinne der Sprachaktivisten geführten Umbennungsaktionen haben – auch wenn es auf der Sprachebene einige Erfolge gibt – an den tatsächlichen sozialen Zuständen, in denen weiterhin Rassismus herrscht, nichts geändert. Was sind denn die Änderungen? Als erfolgreicher Antirassismus soll etwa die nach Protesten in den sozialen Medien erfolgte Umbenennung von „Zigeunersauce“ in „Paprikasoße ungarischer Art“ durch den Konzern Unilever gelten. Auch in den Kinderbüchern von A. Lindgren hat die Sprachhygiene einen Sieg davon getragen: Der „N-Wort-König“ wurde nämlich in „Südseekönig“ umgeändert. Ob Schüler_innen wegen der umbenannten Lektüre mit ihrem gemeinen Arsenal an Beschimpfungen Schluss machen, ist allerdings fraglich.

Bogdal kommt in seinem Buch „Europa erfindet die Zigeuner – Eine Geschichte von Faszination und Verachtung“ zu folgendem Schluss: Das Ankommen der ersten Roma-Gruppen in Europa war die „Zeit, als sich Nationalstaaten bildeten“, in der Minderheiten als „Zugewanderte und Fremde ausgegrenzt und verfolgt wurden“ (dw.com 7/14). Mit der Bildung von Nationalstaaten ging die Grenzziehung und -befestigung einher; nicht willkommene Eindringlinge wurden getötet oder verjagt.

Kriege wurden damals wie heute noch um den Raum mit seinen natürlichen Ressourcen geführt. Geopolitik der US-Weltmacht mit ihren Kriegskoalitionen hat in den zu befriedenden Staaten vielfach für Tod, Flucht und Vertreibung gesorgt.

Der Freizügigkeit der offenen Grenzen im EU-Raum steht an den EU-Außengrenzen die „Festung Europa“ als Schutzwall gegenüber. Die menschlichen Dramen, die sich brandaktuell an der polnisch-belarussischen Grenze abspielen, werden mit noch höheren Grenzzäunen beantwortet. Das ausgewählte Volk steht wie sein Gemeinwesen wehrbereit gegen die Anderen.

In dem dadurch angerichteten Elend finden heute wie früher unzählige Menschen den Tod. Diesen Rassismus der Wertvollen im eigenen Nationalstaat, der die Minderwertigen ausgrenzt, als ein Problem des „Rassismus in der Sprache“ vorzuführen, kommt – um das Mindeste zu sagen – einer Verharmlosung gleich.

F. BERNHARDT,
im unruhigen Ruhestand

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: Foto: privat. Die Datei ist lizensiert unter Creative Commons Attribution ShareAlike 3.0 / Layout Jason Tsiakas

Rückseite: hlz

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 3-4/2022: 30.3.2022

hlz

99. Jahrgang 2021

Verfasser_innenverzeichnis 2021

Abrams, Rudolf/Koch, Gerd:
Ein Nachruf auf Harm Prior 11/56

Amnesty International:
Freiheit für Zeynab Jalalian! 3-4/54

Annika: Hilfsbereitschaft – Zusammenhalt 12/45

Arnheim, Carsten:
Mikro an, Mikro aus … 1-2/14

Arthus, Monika*:
„Sie sollten sich schämen!“

Bartels, Willi: Kein Geschäft mit dem Tod 5-6/54
- Wie konnte das Inferno überlebt werden? 7-8/76

Beiderwieden, Kay: Rote Laterne für Hamburg 3-4/24
- Taschenspielertricks 12/24

Bensinger-Stolze, Anja: Blinde Flecken in der Pandemie 1-2/23
Bensinger-Stolze, Anja/Dehnerdt, Fredrik:
Gemeinsam stark 5-6/3
Bensinger-Stolze, Anja/Dehnerdt, Fredrik/Quiring, Sven:
Mehr Zeit und mehr Demokratie 3-4/3

Berg, Susanne:
Aus dem Sprachfluss… 7-8/81

Berlin, Jörg: Richtigstellung „Gleichschaltung“ 1-2/78
- Nichts wurde verdrängt oder verschwiegen 3-4/75

Bernhardt, F.:
Heiliger Schein 3-4/46
- Ist das Verfallsdatum des Kapitalismus abgelaufen? 3-4/67
- Auseinandersetzung notwendig 5-6/56
- Wirtschaftskrise – unabhängig von Corona 7-8/70
- „Über den Tellerrand hinaus“ allerdings auf neuen Wegen 9-10/48

Betriebsgruppe der Abendschule vor dem Holstentor: In nomine patris et filii et spiritus Martini. Amen. 12/26

Betriebsgruppe der Fritz-Schumacher-Stadtteilschule:
Für uns zureichend 5-6/10

Beyer, Anke/Wunder, Justin:
Kinder nicht allein zu Haus 1-2/26

BfS, Bundesamt für Strahlenschutz: Strahlenbelastung senken 1-2/38

Birnbaum-Crowson, Julia/Zillmer, Hartwig: „Wie finden Sie Angela Merkel“? 7-8/58

Blanck, Britta:
s. Quiring, Sven 12/36

Bordes, Cläre:
Plastik war gestern 3-4/27

Bullan, Klaus/Stoeck, Kay:
Schwarz auf weiß 5-6/30
- Lesen in der digitalen Welt 7-8/37

Coch, Karin: Keine zufälligen Modewörter 5-6/35

Daschner, Peter:
s. Lemke, Dietrich 12/68

Dehnerdt, Fredrik: Offensiv gegen Verschwörungsmythen 3-4/62
- s. Bensinger-Stolze, Anja 3-4/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 5-6/3

De Lorent, Hans-Peter:
„Typ des Nazis übelster Sorte » 5-6/58
- „Typ des Nazis übelster Sorte“ 7-8/72
- NS-Aktivist auf vielen Feldern 9-10/52
- NS-Aktivist auf vielen Feldern 11/58

Denk, Larissa: Alles so schön entspannt hier 9-10/38

Die Initiative „Flexible Oberstufe“ 11/31

Die Redaktion:
Perspektivwechsel
- Die Abwicklung 7-8/42

Donat, Helmut/ Mannewitz, Cornelia:
Hans Paasche gedenken! 7-8/78

Dressler-Quade, Petra:
s. Luthardt, Marie 12/54

Enzensberger, Hans Magnus:
Die große Wanderung: 12/46

Friebel, Harry: Im Finsterreich des Männlichkeitswahns 12/62

Fučik, Julius:
„Um eins bitte ich … 1-2/71

Geffers, Joachim:
Wir haben es geschafft 1-2/11
- Digitale Begegnung 1-2/18
- Gefährdet 1-2/33
- Mehr als Löcher buddeln 1-2/58
- Aus dem Hundertsten … 1-2/81
- Download statt Upload 3-4/16
- Seltsame Blüten 3-4/47
- Apokalyptische Reiter wieder unterwegs 3-4/63
- Aus dem gesunden Menschenverstand… 3-4/81
- Fehler passieren überall, aber… 5-6/18
- Bemüht reicht nicht 5-6/28
- Schule ist kein Reparaturbetrieb 5-6/34
- Aus der Zauberflöte… 5-6/65
- Wenn ich mir was wünschen dürfte 7-8/3
- „Alles auf Chinesisch hier!“ 7-8/8
- Hand gegen Koje 7-8/46
- Toastbrot reicht nicht 9-10/18
- Spucke weg! 9-10/19
- Die Gründe liegen tiefer 9-10/28
- Zunahme von Essstörungen 9-10/31
- Aus dem Furor… 9-10/63
- Klare Positionierung 11/13
- Heraus aus dem Jammertal 11/14
- Kein Picasso, aber… 11/24
- Unbequeme Wahrheiten 11/41
- Moin Holger 11/45
- Aus dem Gesamtkunstwerk 11/63
- The answer my friend… 12/14
- Von Hamburg lernen? 12/30
- Aus dem Systemwechsel… 12/81

Geier, Barbara:
Bewusstseinswandel einleiten 12/60

Gesamtpersonalrat:
Schule, die krank macht 9-10/17

GEW-Betriebsgruppe Altona:
Lehrerarbeitszeitverordnung 7-8/24

GEW-Betriebsgruppe Brehmweg:
Aufstieg in den Keller 7-8/23

GEW-Betriebsgruppe Stadtteilschule Lohbrügge:
Enorme Belastungssituation 1-2/17

GEW-Betriebsgruppe der Grundschule Eenstock:
Zeitfenster aufsperren 3-4/8

GEW Bund, Homepage:
Sechs Forderungen zur Stärkung des Bildungssystems 7-8/20
- Geschäftsführender Vorstand komplett 7-8/21
- Website: Pflicht zur Auskunft über Impfung abgelehnt 9-10/34

GEW-Webredaktion:
Erster Aufschlag 11/10

GGG Hamburg:
Endlich zurück 7-8/40

Gipser, Dietlinde/ Haubner, Angela:
Zum 100. Geburtstag 7-8/60

Goll, Jörn-Michael:
Keine Geschichte von Helden und Schurken 1-2/76

GPR-Info: 7-8/36

Griep, Rainer: Weiter so 3-4/59

Gützkow, Frauke: Die Hauptlast tragen Frauen 1-2/48

Haas, Karin: Von Hamburg bis zum Mittelmeer 11/38
- Ihr gehört zu uns! 12/48

Hansen, Marianne:
Gemeinsam mehr 12/73
- /Sohns, Christel:
Vielfalt eingeschränkt 1-2/72
- s. Sohns, Christel 12/73

Haß, Bodo:
Diesmal muss es klappen! 7-8/27
- „Zu kurz gesprungen“ 9-10/33
- Aufwertung jetzt 11/12
- Moin Holger 11/46
- s. Quiring 9-10/3
- s. Quiring 11/3
- s. Quiring 12/3

Haubner, Angela:
s. Gipser, Dietlinde 7-8/60

Heede, Manni: China verbietet Handys an Schulen 3-4/15
- BSB verspricht 21 000 Luftfilter 9-10/31
- Stillstand 11/30
- Grenzwerte hundertfach zu hoch 11/30

Heimbüchel, Yvonne:
Ganz nah dran 7-8/19
- Besser als ihr Ruf 12/20
- s. Quiring 9-10/3
- s. Quiring 11/3
- s. Quiring 12/3

Henke, Astrid:
Die Wahlkommission informiert 1-2/28

Heyenn, Dora:
s. Lein, Gerhard 3-4/32

Hickel, Jason: Mehr als ein Gedankenexperiment 1-2/65

Hoch, Uli:
Worauf warten wir? 1-2/19
- s. Quiring, Sven 12/36

Höchst, Thomas:
Rettung möglich? 5-6/38

Hufert, Karin:
Gesund in den Ruhestand 1-2/82
- Gesund in den Ruhestand 3-4/79
- Gesund in den Ruhestand 5-6/62
- Gesund in den Ruhestand 7-8/79
- RELI – nein danke! 9-10/45
- Gesund in den Ruhestand 9-10/60
- Gesund in den Ruhestand 11/65
- Gesund in den Ruhestand 12/33
- s. Lein, Gerhard 3-4/32

Jagow, Finn/Schoepe, Bernd:
Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie…?!? 3-4/12

Jaworski, Jascha:
Auch unsere Heldin 9-10/37

Joachim alias Jochen/Utermöhlen, Annika/Wulf, Janine*/ Fünfsinn, Bärbel/Kohl, Karsten/ Schrader, Barbara/ Engel, Susanne: „Der ganz normale Wahnsinn“ 11/20

Josephine: Ein Schlauchboot im Atlantik 12/44

Kalwies, Hannelore: Papa Haydns kleine Tierschau 11/52

Kastner, Jens: Mickriges Angebot trotz Systemrelevanz 1-2/20
- Wer will’s wissen und warum? 3-4/20
- Was mich so richtig nervt… 7-8/29
- „Lerne leiden ohne zu klagen!“.. 9-10/24
- Längst überfällig 11/28

Kavounis, Zahide:
Endlich gesehen werden 3-4/40

Keuffer, Josef: Vielfalt und Perspektivenwechsel nötig 9-10/46

Khorrami, Tanja:
Ein hoffnungsloser Fall 12/50

Klingele, Manfred: Resignation und Widerstand 12/58

Koch, Gerd:
s. Abrams, Rudolf 11/56

Köpcke, Monika:
Seit 50 Jahren 9-10/42

Korn, Birgit/Krohn, Benjamin:
Wollen wir die Spaltung? 1-2/50

Krohn, Benjamin:
s. Korn, Birgit 1-2/50
- Leben ist Begegnung 5-6/42

Kübel, Barbara: Gutes Öl für einen guten Zweck 1-2/73

Kuzu, Dijan: Hilferuf 12/54

Lafrentz, Sabine: Nachruf 11/55

Landeck, Ilka: Kinder und die ganz großen Fragen 5-6/43

Laug-Woldringh, Joachim:
‚Einfache Sprache‘ 3-4/30

Lauter, Anna:
Extrem einseitig 1-2/56

Lein, Gerhard:
Starkes Echo 3-4/33
- Dreist oder hilflos? 9-10/44
- Hamburger Modell umgestalten 11/32
- /Michalik, Kerstin/ Hufert, Karin/Heyenn, Dora/ Volke,Stefan: Ein neuer Anlauf 3-4/32

Lemke, Dietrich/Daschner, Peter:
Erich Frister – Verdienst und Kritik 12/68

Lührs, Christian:
Etikettenschwindel 3-4/35

Luthardt, Marie/Dressler-Quade, Petra: Hilferuf 12/54

Martin, Uwe:
Religionsunterricht als demokratiebildende Kraft 1-2/54

Martini, Thomas: Opa W – eine Volksschulkarriere 1-2/74
- Strukturveränderungen verschlafen 9-10/26

Meister, Ulrich:
s. Stöcker, Stephan 3-4/29
s. Stöcker, Stephan 12/37

Michalek, Kerstin:
s. Lein, Gerhard 3-4/32
- Sich im Anderen spiegeln 11/34

Milz, Arwed: Dokumentation zu den 68ern 3-4/65
- 68er und die Folgen 11/47

Mögle, Kerstin:
Anpassung auch für uns 7-8/26
- Spurensicherung 9-10/20
- Wir sind keine Exotinnen 11/10

Mohnke, Ernst:
stutzig gemacht 3-4/38

Mußmann, Frank: Ungleiche digitale Ausstattung verhindert gleichberechtigte Teilhabe 7-8/32

Nette, Bernhard/Romey, Stefan:
Prof. Dr. Ulrich Bauche 1-2/69
- Zukunft heißt erinnern 1-2/70
- In der Relativierungsfalle 3-4/72

Newsletter BSB: Aus schlecht wird schlechter 11/26

Nurk, Laurenz:
Ins Abseits geschossen 12/12

Patzelt, Fritz:
Rote Linie überschritten 1-2/68

Petersen, Jörg: Aufwühlende Autobiographie 12/78

Pressemitteilung der GEW Hamburg: Schwieriger Abschluss in schwieriger Corona-Zeit 12/10

Quiring, Sven: Erfolge in schwierigen Zeiten 1-2/3
- /Blanck, Britta; Hoch, Uli: Hier drückt der Schuh 12/34
- /Heimbüchel, Yvonne; Haß, Bodo: Aufschlagwechsel 9-10/3
- Angehen, Rangehen… 11/3
- Besinnliche Wochen … sind es gerade nicht 12/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 3-4//3

Rettmer, Birgit:
In den Startlöchern 5-6/22
- Forderungen sind gestellt 9-10/8

Reuter, Angelika: Hemmschuhe über Bord werfen 1-2/45
- Hintergrundinformation 12/54

Römer, Bruni:
Gemeinsam stark 3-4/70
- Alles so schön bunt und günstig 5-6/45
- Kampf gegen Kinderarbeit in Zeiten der Pandemie 5-6/52
- Dramatischer Anstieg der Kinderarbeit 9-10/56
- Gemeinsam für eine Zukunft ohne Kinderarbeit 11/48
- Spendet für eine bessere Zukunft! 12/56

Roemer, Klaus:
Wenig romantisch 11/50

Rohrbach, Holger:
„Natur des Virus-Geschehens“ verkannt 11/44

Roloff, Carola: Wir müssen draußen bleiben 3-4/35

Romey, Stefan:
s. Nette, Bernhard 1-2/69

Saxer, Lina Peppine: Abgehängt oder angedockt? 9-10/33

Schoepe, Bernd:
s. Jagow, Finn 3-4/12

Schütze, Christian:
s. Volke, Stefan 3-4/39

Schumann, Brigitte:
Immer mehr Schüler_innen bleiben auf der Strecke 1-2/34

Schwanke, Christoph:
s. Volke, Stefan 3-4/39

Sohns, Christel:
- /Hansen, Marianne: verschoben 1-2/72
- /Hansen, Marianne: Willkommenskaffee für Neue 12/73
- s. Hansen, Marianne 1-2/72

Stoeck, Kay:
s. Bullan, Klaus 5-6/30

Stöcker, Stephan/Meister, Ulrich:
Zieldifferent ohne Benachteiligung 3-4/29
- Schwer wegzukommen 12/37

Sußebach, Henning: Deutschland ab vom Wege 7-8/52

Svensson, Wolfgang:
Dumpfe Träume 5-6/24

Trojanow, Illja: Wie viel Hölle verträgt das Paradies? 5-6/46
Tsiakas, Jason: Über den Tellerrand hinaus 3-4/56

Uwis, Thomas:
Aus gewerkschaftlicher Sicht nicht unproblematisch 11/42
- Falsche Konfliktlinien vermeiden 12/64

Verlag SPASS AM LESEN 11/37

Vieluf, Ulrich: „KESS-Index“ oder „Sozialindex“? 5-6/31

Vitzhum, Kathrin/Henke, Astrid:
Die Wahlkommission informiert 1-2/28

Volke, Stefan/Schütze, Christian/ Schwanke, Christoph:
Wir wollen die Pluralität 3-4/39
Volke, Stefan: s. Lein, Gerhard 3-4/32

Waldmann, Ole: Verantwortung übernehmen 3-4/11
- Wo bleibt die Verantwortung 5-6/15

Web-Redaktion:
Tafeltext am Curiohaus soll geändert werden 12/75

Weis, Florian:
Grenzen der Toleranz 12/65

Wettig, Hannah: …und schon bist du eine Feindin 7-8/63

Wunder, Justin:
s. Beyer, Anke 1-2/26

Zierer, Klaus:
Bitte den Stecker ziehen! 1-2/36

Zieske, Lothar: Die Methoden waren überall die gleichen 7-8/68

Zillmer, Hartwig:
- Wer ist das? 7-8/61
- Generationen-Gespräche ein Gewinn 12/70
- s. Birnbaum-Crowson, Julia 7-8/58

Zunker, Detlef: Rakete erreicht Umlaufbahn 1-2/12
- Wir sind sichtbar, wir sind laut… 5-6/20

Sachverzeichnis 2021

1. Mai 5-6/8
50 Jahre Berufsverbote 11/47
8. Mai 3-4/60
8. März 1-2/48
Abitur 5-6/18
Abschiebung 12/48
Abschied 12/76
Afghanistan 12/50
Anthropozän 5-6/46

Arbeitsbelastung 9-10/17
Arbeitszeit 11/14, 11/20, 12/14
Aufruf 7-8/78
Aus dem Furor… 9-10/63
Aus dem gesunden Menschenverstand… 3-4/81
Aus dem Hundertsten… 1-2/81
Aus dem Sprachfluss… 7-8/81
Aus dem Systemwechsel 12/81
Aus der Zauberflöte 5-6/65
Auschwitz-Komitee 3-4/78
Ausstellung 7-8/75

Benachteiligung 9-10/35
Beratung 3-4/62
Berufsverbote 7-8/68, 12/65
Beschluss des Gewerkschaftstags der GEW Hamburg am 20.9.21 12/55
Buchvorstellung 1-2/76, 11/31, 12/68
Bundesgewerkschaftstag 1-2/28, 7-8/19
Bundestagswahl 9-10/10

Chancen 3-4/30
China 3-4/15
Corona 1-2/14, 3-4/8, 5-6/10; 11/26

Debatte 12/64
Debatten 11/40
Decolonize 3-4/52
Dienstcomputer 9-10/33
Dienstgeräte 7-8/36
Digitale Bildung 11/30
Digitaler Austausch 7-8/58
Dramatische Wende 12/44

Ehrenmitgliedschaft 12/72
E-Lerning 3-4/12
Entscheidung 12/75
Erlebnispädagogik 7-8/46

Fachtagung 11/46
Fair Childhood 3-4/70, 9-10/56; 11/48, 12/56
Film 5-6/45
Freiheit und Asyl 9-10/55

Gefährdungsbeurteilung (GBU) 1-2/29, 12/20
Geflüchtete 12/46
Gesund in den Ruhestand! 1-2/82, 5-6/62
Gesundheit 1-2/38, 7-8/79, 9-10/31, 9-10/60, 11/65, 12/33
Gewalt an Schulen 9-10/28
GEW-Bund 9-10/34
Gewerkschaftstag 5-6/63, 11/13
GGG 7-8/40
Goll-Rezension 3-4/72, 75
Griechenland 12/58

Hamburger Appell 3-4/28
Hamburger Gewerkschaftstag 1-2/27, 3-4/19, 7-8/8
Hilferuf 12/54

hlz-Rätsel 1-2/80, 3-4/80, 5-6/64, 7-8/80, 9-10/62, 11/62, 12/79

Identitätspolitik 3-4/47, 7-8/63
Impfgegner_innen 9-10/38
Inklusion 5-6/38, 12/37
Internationales 12/60

JA 13 1-2/8

KESS 5-6/28, 5-6/34, 7-8/23
Kiju 1-2/20, 9-10/24; 11/28
Kita 3-4/20

Lehrerarbeitszeitverordnung 7-8/24, 11/24
Lehrstellen 3-4/24, 12/24
Leichte Sprache 11/37
Lesespaß 7-8/52
Letzte Nachricht 9-10/37

Migration 11/38
Migration und Bildung 1-2/45
MMT 1-2/65
Mobilfunk 11/30

Nachruf 1-2/69; 11/55, 56
Nazi-Biographien 5-6/58, 7-8/72, 9-10/52, 11/58

Offene Liste 1-2/22, 3-4/22, 5-6/17, 7-8/31, 9-10/21; 11/27, 12/23
Ökonomie 1-2/58, 3-4/63, 67
Ombudsstelle 1-2/33
Onlinekonferenz 3-4/16
Online-Unterricht 1-2/36

Pädagogik 3-4/56
Pandemie 7-8/29, 9-10/31
Partizipation 3-4/11
Paulo Freire 7-8/60
PISA 7-8/37
Post-Corona 7-8/32
Presseinformation 3-4/26
Projektvorstellung 12/70
PTF 7-8/27

ReBBZ/Inklusion 3-4/29
Religionsfreiheit 11/34
Religionsunterricht 1-2/50, 3-4/32, 5-6/42, 9-10/44, 11/32
Resilienz und Eutonie 5-6/35
Rezension 1-2/70, 5-6/56, 7-8/70, 76, 12/62
Ruheständler_innen 1-2/72, 12/73
Rüstungsexporte 5-6/54

Schulbau 12/30
Schule nach Corona 7-8/22
Schüler_innenkonzerte 11/52
Schulstruktur 1-2/34
Senior_innenpolitik 9-10/18
Service 1-2/26
Solidarität 11/50
Sonderschulen 12/34
Soziale Bewegung 11/47

Staatliche Studienförderung 9-10/42
Systemkritik 9-10/48

Tarifergebnisse 12/12
Tarifrunde (TV-L) 9-10/8, 11/8
Tarifverhandlungen 5-6/22
Test 12/18
Thor Heyerdahl 12/42
TVL 12/10

Veranstaltungsbericht 12/78
Vor 125 Jahren 1-2/74
Vorschule 9-10/20
Vorschulklassen 1-2/23
Vorschullehrer_innen 7-8/26
Vorsitzende 7-8/14
VVN 3-4/61

Wahlkampf 5-6/24
Warnstreik 11/10
Weiterbildung 1-2/12, 5-6/20
Weltkindertag 5-6/52
Woche des Gedenkens in Bergedorf 9-10/60

Zweiter Bildungsweg 7-8/42, 9-10/26, 12/26

Schwerpunkt/Titel 2021

Sozialindex als Heilsbringer? 5-6/8
Wahlversprechen 9-10/10
Arbeitszeit 11/14
Solidarität 12/46

Gespräch mit

- Personalrät_innen Yvonne Heimbüchel und Thorsten Gehlsen
- Roland Stolze 1-2/33
- Ulrich Vieluf 5-6/34
- Yvonne Heimbüchel/Bodo Haß/Sven Quiring 7-8/14
- Mitgliedern des Schulsprecher_innenteams und der Betriebsgruppe der „Abendschule Vor dem Holstentor“ 7-8/42
- Yvonne Heimbüchel 7-8/46
- Yvonne Heimbüchel, stellvertretende Vorsitzende 12/42
- Katja Karger 12/76

hlz
99. Jahrgang 2021

PROJEKTFÖRDERUNG

Fonds gegen Diskriminierung

Der einstmals unter dem Namen „Fonds gegen Rassimus“ eingerichtete Spendentopf unseres Landesverbandes wurde umbenannt

Seit 2007 vergibt die GEW-Hamburg Gelder – jährlich 10.000 Euro – für Projekte, die sich gegen Rassismus wenden. Vor diesem Hintergrund ist der „Fonds gegen Rassismus“ eingerichtet worden. Ebenfalls wurde eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, eingehende Anträge zu beurteilen und jeweils eine Empfehlung zur Förderung und Höhe der zu bewilligenden Gelder zu erarbeiten. Im weiteren Verlauf werden die Empfehlungen der Arbeitsgruppe im Landesvorstand der GEW-Hamburg beraten und je nach Diskussionsergebnis dort beschlossen. Dieser Ablauf wird auch in Zukunft so bleiben.

Anhand der Anträge auf Fördergelder wurde jedoch immer deutlicher, dass die bisherige Klassifikation nicht zufriedenstellt. Die gelebte Praxis der Förderkultur des Fonds ging deshalb sehr bald über das anfängliche Verständnis des Beschlusses von 2007 von Rassismus hinaus.

Der Landesvorstand hat nun dieser Entwicklung Rechnung getragen und den Antrag der Arbeitsgruppe auf Umbenennung des Antirassismusfonds in „Fonds gegen Diskriminierung“ einstimmig angenommen.

Rassismus ist nur eine von vielen möglichen Diskriminierungsformen, weitere sind beispielsweise Sexismus, Antisemitismus und Homophobie. Dieses erweiterte Verständnis von Rassismus und Diskriminierung im Allgemeinen ist die Grundlage unserer Arbeit in der Fonds-AG. In Anlehnung an aktuelle gesellschaftliche und akademische Debatten wollen wir vor allem solche Aktivitäten unterstützen und fördern, die ein intersektionales Verständnis von Diskriminierung haben. Es geht in erster Linie darum, die Verwobenheit und Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungsformen aufzuzeigen und zu bekämpfen.

Solche Projekte und Initiativen möchten wir mit dem Fonds unterstützen.

Um Interessierten mehr Sicherheit und Transparenz bei der Antragsstellung zu bieten, haben wir unsere Förderkriterien etwas nachgeschärft. Wir werden die Kriterien auch auf der GEW-Homepage veröffentlichen.

Unsere Kriterien an einen gestellten Antrag beziehen sich z.B. auf eine ausführliche und prägnante Darstellung und Begründung des Vorhabens, einen Finanzierungsplan, inklusiv möglicher anderer Finanzquellen und einer nachvollziehbaren und realistischen Kostenaufstellung. Anträge müssen fristgemäß bis zum 1.5. bzw. 1.11. eines Kalenderjahres in der GEW-Geschäftsstelle eingehen.

Darüber hinaus beurteilen wir, ob die Aktivitäten aus dem Regelbetrieb der Bildungseinrichtungen finanzierbar sind. Wir wollen nicht Ersatzinvestor_in der BSB oder anderer Träger_innen werden. Es muss deutlich bleiben, dass die Finanzierung von denen wahrzunehmen ist, die dafür die Verantwortung tragen. Diese Verpflichtung soll dort bleiben, wo sie ursprünglich hingehört.

Die Fondsmittel werden zuvorderst zur Anschubfinanzierung gewährt und sollen dabei helfen, Strukturen aufzubauen, die über die Fondsfinanzierung hinaus Bestand haben. Die Frage der Nachhaltigkeit ist für uns ein tragendes Kriterium. Wir möchten mithelfen, gesellschaftliche Aufklärung zu leisten sowie dabei unterstützen, den Weg für ein friedliches soziales Miteinander besser zu gestalten. Deshalb können auch Aktivitäten lokaler Projekte gefördert werden. Begreiflicherweise legen wir als Arbeitsgruppe der GEW Wert darauf, dass Lehrende und Lernende verschiedener Bildungseinrichtungen in die jeweiligen Projekte und Aktivitäten einbezogen werden und – nicht zu vergessen – die GEW als Förder- bzw. Kooperationspartnerin sichtbar ist.

Wir sind gespannt, welche Förderanträge eingereicht werden und freuen uns auf die Arbeit.

ROLAND STOLZE (für den Fonds gegen Diskriminierung)

Der Fall Assange betrifft uns alle

Führende Journalisten- und Pressefreiheitsorganisationen in Deutschland, Österreich und der Schweiz fordern gemeinsam die sofortige Freilassung des Wikileaks-Gründers Julian Assange aus seiner Haft in Großbritannien und seine Nichtauslieferung an die USA.

Reporter ohne Grenzen, der Deutsche Journalisten-Verband, die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di und Netzwerk Recherche haben am 31.1. in Berlin in einer Solidaritäts-Pressekonferenz an die deutsche Bundesregierung appelliert, dass die die Tragweite des Falls anerkennt und sich dafür einsetzt, Julian Assange unverzüglich freizubekommen.

Anti-Feminismus stoppen!

Für frauenfeindliche Positionen und Stereotype bei der Diskriminierung von Minderheiten zeigt sich rechte Ideologie besonders offen

Dass Feminismus und Feminist_innen angegriffen werden, ist nichts Neues. Neu ist jedoch, dass die nicht nur verbalen Attacken im Kontext einer (neu)rechten Ideologie zu verorten sind. Antifeminismus richtet sich als „(zumeist organisierter) Widerstand [...] gegen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit und/oder gegen Frauenbewegungen, Feminismus und/oder vielfältige Lebens- und Liebensformen“, so Judith Rahner. Antifeminismus ist damit im Kern antidemokratisch und richtet sich gegen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Antifeministische Argumentationen sind nicht nur bei AfD-Angehörigen/Nazis, sondern bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu finden. Der Transfer antifeministisch-antidemokratischer Gesinnungen funktioniert über den Anschluss an gängige Klischees und Vorurteile – dass bspw. Feministinnen kinder- und männerfeindlich seien und daher die Schuld am demografischen Wandel trügen.

Gender als Aufhänger für rechte Narrative

Ein zentrales Angriffsziel von Antifeminist_innen ist der Begriff Gender. Gender (engl./am.) meint das soziale Geschlecht einer Person, Genderforschung befasst sich mit der Frage, wie soziale Geschlechterunterschiede und Geschlechterungleichheiten hergestellt werden: in der Sprache, in Interaktionen, in Gesetzen, in Kultur, Wirtschaft, Politik oder auch in Gewerkschaften. In der antifeministischen Ideologie fungiert Gender als Aufhänger für die Emotionalisierung und Polarisierung von Debatten. Schlagwörter wie „Genderwahn“ und „Genderideologie“ leiten rechtsextreme Narrative ein, in denen demokratische Bestrebungen in ihr Gegenteil verkehrt werden. So wird behauptet,

- Antidiskriminierungsmaßnahmen zum Schutz von Frauen oder Minderheiten würden ‚die Mehrheit diskriminieren’,
- die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen sei ein ‚Zwang zur Umerziehung’,
- die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit bedeute die ‚Verweiblichung und Erniedrigung des Mannes’,
- die Einführung geschlechtergerechter Sprache sei eine ‚Vergewaltigung’ der deutschen Sprache,
- Gender zerstöre ‚richtige’ Frauen und Männer und die Familie,
- Gender beschädige das Kindeswohl und führe zu ‚Frühsexualisierung’.

Der Antifeminismus, so Judith Rahner, ist gemeinsamer Nenner verschiedener reaktionärer/rechter Organisationen/Bewegungen und eröffnet den Einstieg in die extreme Rechte.

Antifeministische Akteur_innen

Die Agent_innen des Antifeminismus sind in allen Bereichen der Gesellschaft zu finden. Auch Frauen finden sich in ihren Reihen. Sie finden Anschluss an die rechte Szene über die Mütterideologie, über eine rassistische Abwertung von Nicht-Weiß-Deutschen (Frauen und Männern) sowie über die Ethnisierung sexualisierter Gewalt. Antifeminst_innen melden sich in allen Medien zu Wort: Sie verbreiten Frauenhass in sozialen Medien, greifen Gleichstellungsbeauftragte an, stellen Anträge zum Verbot geschlechtergerechter Sprache in Parlamenten, überziehen Ärzt_innen, die über Abtreibung aufklären, mit Strafanzeigen, treten als sog. Männer- oder Väterrechtsvertreter auf oder fordern als Christ_innen die Wiederherstellung ‚der natürlichen, gottgewollten Ordnung’. Judith Rahner zeigt auf, dass antifeministische Akteur_innen gezielt und systematisch auf verschiedenen Ebenen gegen die demokratische Zivilgesellschaft vorgehen:

1. Gegen einzelne Personen, z.B. durch persönlich-sexistische Beleidigungen bis hin zu Drohungen und körperlichen Angriffe.
2. Gegen Vereine und Organisationen, z.B. durch Ausspähung, Einforderung von Einsichtnahme in Protokolle und Finanzen, Infragestellung der Gemeinnützigkeit, Forderung nach Überprüfung.
3. Gegen demokratische Institutionen z.B. durch Stören parlamentarischer Ordnungen, Überschreiten von Grenzen des Sagbaren und darüber Aushöhlung eines demokratischen Sprach- und Redeverständnisses.

Gegenstrategien

Die verbal gewalttätigen Strategien der Antifeminist_innen, die auch vor körperlichen Angriffen nicht zurückschrecken, setzen auf Isolation der Opfer und Spaltung der Gesellschaft. Daher ist der erste und wichtigste Schritt der Zusammenschluss demokratischer Personen und Organisationen und die Solidarisierung mit Betroffenen antifeministischer, rechter Gewalt. Für die oben aufgezeigten, verschiedenen Ebenen der Angriffe müssen jeweils passende Gegenstrategien entwickelt werden:

1. Um betroffene Einzelpersonen antifeministischer Gewalt besser zu schützen und zu unterstützen, müssen Anlauf- und Beratungsstellen ausgebaut, Polizei und Justiz sensibilisiert und geschult werden; Nachbarn, Freund_innen, Bekannte der Betroffenen können sich solidarisieren, zivilcouragiertes Handeln einüben und ihr jeweiliges Umfeld motivieren, aufmerksam zu sein und Stellung zu beziehen.
2. Betroffene Vereine und Organisationen sollten Angriffe dokumentieren und ggfs. veröffentlichen bzw. zur Anzeige bringen; sie sollten den Austausch und Zusammenschluss mit anderen betroffenen Vereinen und Organisationen suchen, um gemeinsam aktiv zu werden und z.B. Schulungen anzubieten; nicht zuletzt sollten sie das eigene Demokratieverständnis schärfen, z.B. Partizipationspraktiken überdenken und weiterentwickeln sowie die eigene Organisationskultur im Hinblick auf Machtpraktiken reflektieren.
3. Demokratische Institutionen sollten ihre Geschäftsordnungen im Hinblick auf antifeministische und demokratiefeindliche Angriffe verstärken und bspw. Grenzen des Sagbaren sowie das Reden zur Sache als Grundlage des Meinungsaustausches festlegen; einer Leugnung der nach wie vor existierenden, empirisch belegten Benachteiligung von Frauen und der Infragestellung von Gleichstellungsarbeit muss aktiv entgegengetreten werden.

Jede_r Einzelne kann aktiv werden: Auf Veranstaltungen, in den Medien und im beruflichen und persönlichen Umfeld gilt es, Stellung zu beziehen und einer Normalisierung von Frauen- bzw. Menschenfeindlichkeit entgegen- und für eine demokratische Streitkultur einzutreten. Wichtig ist, den Fokus auf eigene Themen zu legen und für sie zu werben: Wie können Care, Arbeit und Entlohnung geschlechtergerecht(er) verteilt werden? Wie sieht eine geschlechterdemokratische Zeit-, Raum- , Digital- und Mobilitätspolitik aus? Demokratischen Gewerkschaften kommt hier eine zentrale Aufgabe zu, die Zukunft mitzugestalten. Die GEW als Bildungsgewerkschaft darf nicht nachlassen in ihrem Einsatz für die Umsetzung von Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit – von der Kita bist zu den Hochschulen.

BARBARA SCHOLAND
AfGG

EINLADUNG

Der „Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik“ (AfGG) der GEW Hamburg lädt ein zu einer Filmveranstaltung während der Programmwoche des „Hamburger Frauenbündnisses 8. März“.

Donnerstag, 3. März 2022, 19.30 Uhr, im ABATON, Oberes Kino (nicht barrierefrei)

„Die Unbeugsamen“ (Deutschland 2020, 104 Min.). Der Film erzählt dokumentarisch die Geschichte der ersten Politikerinnen im Deutschen Bundestag, die sich engagiert und aufrecht insbesondere für die Erreichung gleichstellungspolitischer Ziele eingesetzt haben.

Für die Teilnahme entstehen keine Kosten. Es gilt voraussichtlich 2 G mit Nachweisen.
Anmeldung erforderlich online unter https://www.gew-hamburg.de/termine/film/2022-03-03/die-unbeugsamen

„Mehr Demokratie wagen“

Ein Blick zurück in die Geschichte

Pinanggalingan / Mga karapatan: FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum / Jürgen Henschel [RR-F]

Als mit der Bundestagswahl 1969 die fast 20jährige Vorherrschaft der CDU gebrochen wurde und die SPD und FDP zum ersten Mal eine Regierung bilden konnten, verkündete der neugewählte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 28. September 1969 sein heute fast legendär gewordenes Programm: Wir wollen mehr Demokratie wagen.

Und er setzte hinzu: Wir werden darauf hinwirken, dass jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Dieses Programm hatte eine innen- wie außenpolitische Komponente. Brandt wollte sowohl die unter der CDU-Herrschaft verfestigten konservativen Strukturen im Inneren der Bundesrepublik verändern als auch das Verhältnis zu den Ostblockstaaten, speziell zur Sowjetunion, aus seiner Erstarrung lösen; so verstanden ihn wenigstens viele seiner Zuhörer.

Dass beide Zielsetzungen unmittelbar miteinander zusammenhingen, sollte sich sehr bald erweisen. Willy Brandt hatte nämlich dem sowjetischen Parteichef Breschnew, um seine neue Ostpolitik nicht zu gefährden, bei seinem Besuch auf der Krim 1971 zugesagt, dass die neugegründete DKP in der Bundesrepublik nicht verboten werde. Das aber war das erklärte Ziel der christlichen Unionsparteien, die, um die Erfolge der sozialliberalen Koalition zu kompensieren, ihren jahrzehntelang betriebenen antikommunistischen Kurs weiter vorantrieben. So kam es zu einer Annäherung zwischen Regierung und Opposition in der Ministerpräsidentenkonferenz vom Januar 1972, auf der der sog. Radikalenerlass beschlossen wurde, der den gesamten Öffentlichen Dienst unter Verdacht stellte und mit dem eine Gesinnungsschnüffelei in riesigem Ausmaß begann.

Vergegenwärtigen wir uns, um der Politik der SPD substantiell näherzukommen, in welcher Situation Brandt seinerzeit stand. Auf den ersten Blick – und so gab er es wieder – befand er sich in der Situation einer einfachen Bedrängnis, nämlich seitens der politischen Rechten. In Wirklichkeit stand Brandt zu diesem Zeitpunkt, was er aber nicht anspricht, jedoch auch schon unter Druck von links, der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition (APO), die aus Personen und Gruppen in Gewerkschaft, der SPD und Hochschulen bestand, die mit dem Kurs der Partei seit dem 1959 beschlossenen Godesberger Programm zunehmend in Widerspruch geraten waren und die seit geraumer Zeit kontinuierliche Verstärkung aus den Reihen der Studentenbewegung erhielten.

Die APO

Mit dem Godesberger Programm (GP) hatte die SPD schwergewichtige Teile ihrer Tradition über Bord geworfen. Der Marburger Politologe Wolfgang Abendroth, ein marxistischer Linker, der sehr bald aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, resümierte: Im GP wird jede Klassenanalyse, jeder Klassenstandpunkt, jede Überlegung zu den realen, wenngleich verdeckten Klassengegensätzen in der Gesellschaft und deren politischem Ausdruck aufgegeben. Es enthält allenfalls halblinke CDU-Programmatik, so wie sie von der CDU selbst formuliert worden war. In vielen Fragen steht es weit rechts vom Ahlener Programm der CDU. Im GP werden Werte proklamiert, die beliebig inhaltlich ausgefüllt werden können. Werte, wie sie in jedem bürgerlichen Programm enthalten waren. Daneben finden sich Randbemerkungen gegen irgendwelche Exzesse des Monopolkapitalismus.

Greifen wir nur einige wenige Erklärungen heraus: Das Ziel der Partei ist, so wird in den Grundwerten erklärt, der demokratische Sozialismus. Dafür habe die zweite industrielle Revolution die Voraussetzungen geschaffen, als es ihr gelungen sei, den allgemeinen Lebensstandard stärker als bisher zu erhöhen und die Not und das Elend zu beseitigen, die noch immer viele Menschen bedrücken. Als Bedingungen für die Fortsetzung dieses stetigen Wirtschaftsaufschwungs werden im Abschnitt über die Wirtschafts- und Sozialordnung folgende Aussagen getroffen: Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluss von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil der freiheitlichen Ordnung. Aufgabe des Staates ist es allein, den Konzentrationsprozess in der Wirtschaft zu begrenzen und damit die Macht der Großwirtschaft zu bändigen. Mit solchen Sätzen dekretierte das GP in klassischer Weise die bundesrepublikanische Gesellschaft als eine sozialpartnerschaftliche Ordnung, in der Kapital und Arbeit gleichberechtigt um das Wohl der Menschen streiten – und die Sozialdemokratie in eine Volkspartei. Im Endeffekt lief diese Gleichsetzung jedoch auf eine Versöhnung von Kapitalismus und Demokratie hinaus.

Der erste wichtige Schritt zur Durchsetzung des neuen Programms war die Annahme der Einladung seitens der CDU zur Bildung der Großen Koalition, die am 1. Dezember 1966 geschlossen wurde, mit Kurt-Georg Kiesinger als Kanzler und Willy Brandt als Außenminister.

Der Hintergrund für die Bildung der Großen Koalition war die Wirtschaftskrise, die zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik 1966 ausbrach. Zwar gelang es, die Rezession zu stoppen, aber der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung musste in seinem Jahresbericht für 1968/69 feststellen, dass bis zu diesem Zeitpunkt die Profite der Unternehmen gewaltig gestiegen, während die Reallöhne der

Der „Irrtum“

In einem Interview von 1986 (s. Angabe unten) räumte Willy Brandt ein, dass er sich mit dem Radikalenerlass zwar „geirrt“ habe, um anschließend aber sogleich zu beteuern, alles zur Korrektur dieses Irrtums getan zu haben:

„... bereits auf dem SPD-Parteitag 1973 in Hannover habe ich bekannt gemacht, dass angesichts des unbefriedigenden Ergebnisses dieser Beschluss »durch Korrekturen präzisiert «werden müsse. Hierzu hat die Bundesregierung 1974 einen Gesetzentwurf vorgelegt, der im Parlament keine Mehrheit fand. In den Bereichen, in denen die SPD Regierungsverantwortung trug, ist daraufhin eine Liberalisierung in Gang gesetzt worden, die 1976 in Gestalt eines geänderten Verwaltungsverfahrens zum Erfolg geführt hat.“

Willy Brandt war also zu diesem Zeitpunkt tatsächlich der Meinung, dass der höchst undemokratische Beschluss durch einzelne Korrekturen verbessert und auf dem Verwaltungswege bereinigt werden konnte.

Dem Verdrängungsprozess, der bei Brandt sichtbar wurde, fügte sein Nachfolger Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Bundeskongress der IG Bau-Steine-Erden am 22. Oktober 1979 in Berlin eine weitere besondere Note zu, als er die Delegierten anpflaumte: „Dieser Erlass ist, was die Bundesregierung angeht, längst nicht mehr in Kraft. Ich bitte, das endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen und sich nicht von irgendwelchen Leuten, die ein Interesse daran haben, die Zustände in unserem Lande herabzusetzen, für dumm verkaufen zu lassen.“

Zum 15. Jahrestag des Extremistenbeschlusses 1987 hat sich Willy Brandt noch einmal in der eigenen Presse im „Vorwärts“ zu Wort gemeldet. In diesem Artikel gestand er immerhin ein, dass der Beschluss mehr Schaden als Nutzen angerichtet habe und nannte dafür als Hauptgrund: Statt das dienstliche Verhalten zum Maß der Verfassungstreue zu nehmen, wurde das Toleranzgebot gegenüber Andersdenkenden verletzt.

H.B.-E.; M.A.W.K.

Willy Brandt: „...wir sind nicht zu Helden geboren": Ein Gespräch über Deutschland mit Birgit Kraatz, S. 132

Arbeitnehmer_innen weit hinter ihnen zurückgeblieben, wenn nicht gar gesenkt worden waren.

Die Notstandsgesetze

Ein, wenn nicht der Hauptgrund für die Bildung der Großen Koalition aber war wohl das parlamentarische Durchbringen der Notstandsgesetze, für das, wegen der beabsichtigten Grundgesetzänderungen, eine Dreiviertelmehrheit benötigt wurde. Doch auch der Gesetzentwurf, den die Koalitionsregierung schon bald nach ihrem Amtsantritt vorlegte, stieß auf die empörte Ablehnung der APO, weil er für bestimmte innen- und außenpolitische Situationen nicht nur Gewaltanwendungen gegen elementare Rechte der Arbeiter_innen und der breiten Maße der Bevölkerung, sondern auch die Außerkraftsetzung wesentlicher parlamentarisch-demokratischer Regeln und Prinzipien vorsah. Die Empörung kumulierte in der Gründung des Kuratoriums Notstand der Demokratie, das am 30. Oktober 1966 in Frankfurt einen viel besuchten und beachteten Kongress in der Akadamie der Arbeit durchführte. Organisator der Veranstaltung war in erster Linie der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), dem es gelungen war, die Unterstützung größerer Teile der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, zu gewinnen, besonders über IG-Metall-Stipendiaten und SDS Mitglieder wie Helmut Schauer („Kongress-Schauer“). Doch diese Kooperation hatte eine innere Grenze. Der SDS strebte an, die von ihm befürchtete Notstandsdiktatur durch den gewerkschaftlichen Generalstreik zu verhindern, doch einen politischen Streik wollte die Metall-Gewerkschaftsführung weder gegen die SPD noch gegen das Parlament einsetzen.

1,4 Millionen Regelanfragen

Anfang der 1970er Jahre sahen Politiker_innen aller großen Parteien die demokratische Grundordnung in Gefahr. Deshalb sollte das Beamtentum vor denjenigen geschützt werden, die das politische System der Bundesrepublik untergraben würden. Und so einigten sich die Ministerpräsidenten der Länder und der sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Januar 1972 auf den sogenannten Radikalen-Erlass. Vorreiter war die Freie und Hansestadt Hamburg, die bereits ein halbes Jahr zuvor die Verfassungstreue von Bewerber_innen für den öffentlichen Dienst überprüfen ließ. „Es genügt hinsichtlich der Nicht-Einstellung der ernsthafte Zweifel daran,“ so damals Hamburgs Bürgermeister Peter Schulz (SPD), „dass der Bewerber sich nicht für unsere demokratische Grundordnung einsetzt“.

In der Folge mussten Bewerber_innen für den Öffentlichen Dienst sich Fragen wie diese gefallen lassen: „Waren Sie schon einmal in der DDR? Haben Sie als Student an politischen Versammlungen teilgenommen? Waren Sie schon einmal auf einer Feier der DKP? Haben Sie schon einmal den Begriff Imperialismus in der BRD verwendet?“ Ein „Ja“ als Antwort konnte die Aussichten auf eine Beamtenlaufbahn zunichte machen. Verdächtige wurden zum Teil über Jahre hinweg vom Verfassungsschutz beobachtet.

Insgesamt 1,4 Millionen Regelanfragen an die Verfassungsschutzämter wurden durchgeführt. In etwa 11.000 Fällen kam es wegen vermeintlich verfassungsfeindlicher Aktivitäten oder Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Organisation zu Nichteinstellungen von Bewerbern. In 136 Fällen fanden Entlassungen statt. Dafür wurde Deutschland im In- und Ausland heftig kritisiert. Das Wort vom Berufsverbot und von der Gesinnungsschnüffelei machte die Runde, so Literaturnobelpreisträger Günter Grass: „Der Radikalen-Erlass ist ein Wahnsinnsakt der Demokratie, die sich ihrer eigenen Stärke nicht bewusst ist. Was sie aber nicht verträgt, ist eine verbrämte Aufforderung zur Denunzierung.“

1975 entschied das Bundesverfassungsgericht, die Eignung eines Bewerbers oder einer Bewerberin hänge nicht von der Mitgliedschaft in Organisationen, sondern von dem Verhalten und der Persönlichkeit ab. 1976 legte die Bundesregierung neue Richtlinien zum Radikalen-Erlass fest. Einzelne Regelungen wurden im Sinne der Bewerber_innen verbessert. So hatten diese das Recht, einen Anwalt einzuschalten. In Einzelfällen sollte der zuständige Minister entscheiden. Doch der Radikalen-Erlass blieb umstritten.

Bundeskanzler Helmut Schmidt räumte 1978 ein, man habe „mit Kanonen auf Spatzen“ geschossen. Sein Vorgänger Willy Brandt, der sein Amt einst mit dem Slogan „mehr Demokratie wagen“ angetreten hatte, bewertete den Radikalenerlass rückblickend als Irrtum seiner Regierung. Doch in vielen Bundesländern gingen die Regelanfragen bis in die 1980er Jahre weiter. Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose erklärte 1979: „Sie können mich prügeln, aber das Ergebnis meines Nachdenkens lautet: Ich stelle lieber 20 Kommunisten ein, als dass ich 200.000 junge Leute verunsichere.“ 1979 verabschiedete sich der Bund vom Radikalen-Erlass. Bis alle Bundesländer nachgezogen hatten, vergingen noch Jahre. Das Bundesland Bremen hat den Radikalen-Erlass sogar erst im Januar 2012 abgeschafft.

Text gekürzt: MICHAEL MAREK
Deutsche Welle (Redaktion: Volker Wagener)

Weise?

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) will dafür sorgen, dass Extremist_innen rascher den öffentlichen Dienst (ÖD) verlassen müssen. »Verfassungsfeinde werden wir schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen als bisher«, sagte sie bei der Jahrestagung des Beamtenbundes. Hier gelte es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass »schneller und konsequenter« gehandelt werde – auch wenn es letztlich nur um »sehr, sehr wenige Fälle« gehe. Aktuell gehe die größte Gefahr vom Rechtsextremismus aus.

nach dpa vom 10.1.2022

Ein neuer Akteur

Wie kam der SDS in diese Rolle des Akteurs? Der SDS, ursprünglich ein der SPD nahestehender Studentenverband, war 1961 mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss bedacht worden, weil er den Godesberger Gang nicht mitmachen wollte. Grundlage der Gesellschaftskritik, die er in der Folgezeit entwickelte, war die Wiederentdeckung des Marxismus. Seine Rezeption hatte bisher ein blinder Antikommunismus verhindert. Nunmehr waren Aufarbeitungen des dialektischen und historischen Materialismus, mit ihm verbundene Gedankengänge des Existenzialismus (Sartre), der Psychologie Freuds (Marcuse, Reich) und der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer) Gegenstand der Seminare und Diskussionen. Integraler Bestandteil dieser Wiederentdeckung war dabei aber die Ablehnung des dogmatischen Sowjetmarxismus.

Neben den Notstandsgesetzen waren es drei weitere Ereignisse, die die Mobilisierung der APO immens steigerten: die Proteste gegen die Ermordung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 und gegen den Anschlag auf Rudi Dutschke am 11. April 1968, die ebenso spontane wie wütende Demonstrationen gegen die Springer-Presse auslösten sowie der Berliner Anti-Vietnamkongress am 17./18. Februar 1968, der ein unverkennbares Signal setzte für den Befreiungskampf der Dritten Welt wie auch gegen den amerikanischen Imperialismus, wobei auch zunehmend dessen Rolle im Nato-Bündnis ins Blickfeld der Kritik geriet. Wie groß die Oppositionsbewegung, wie groß der Wunsch nach Veränderung, konkret: nach Beendigung der Großen Koalition und nach Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft war, bewies eine Infas-Umfrage im Herbst 1968: Danach forderten 42 Prozent der Bundesbürger_innen grundlegende Reformen, da das politische und gesellschaftliches System in der Bundesrepublik so rückständig ist, dass es mit kleinen Änderungen nicht getan ist.

Vor diesem Hintergrund war auch der Aufruf des damals bekanntesten Studentenführers Rudi Dutschke an seine Kommiliton_innen zu verstehen, nach dem Studium einen langen Marsch durch die Institutionen anzutreten und eine praktisch-kritische Tätigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen aufzunehmen.

Das Kabinett der inneren Reformen

Die Bundestagswahl 1969 stellte die Weichen dafür, dass SPD (mit 42,7 Prozent) und FDP (mit 5,8 Prozent) eine sozialliberale Regierung bilden konnten, mit Willy Brandt als Bundeskanzler und Walter Scheel als Außenminister, während die CDU (mit 36,6 Prozent) zum ersten Mal in die Opposition gedrängt wurde.

Wie konnte es zu einem solch positiven Ergebnis für die SPD kommen, obwohl die Kritik der vergangenen Jahre vielfach auch ihr gegolten hatte? Nur zwei Gründe seien angedeutet: Es war der Opposition nicht gelungen, eine überzeugende Alternativorganisation aufzubauen und der umfangreiche Reformkatalog, mit dem die SPD den Wahlkampf bestritten hatte, machte sie in den Augen auch vieler Kritiker zu dem kleineren Übel, das eine weitere CDU-Herrschaft verhindern konnte. Insbesondere das Versprechen, die Feindschaft gegen den Ostblock abzubauen und auch in dieser Richtung eine Friedenspolitik zu begründen, verschaffte der SPD einen nicht unbedeutenden Zuspruch.

Als Willy Brandt in seiner Regierungserklärung von 1969 von „mehr Demokratie wagen“ sprach, störte sich kaum jemand an der vagen Formulierung, sondern man nahm es als Ankündigung eines umfassenden Reformprogramms. Es sollte anders kommen als gedacht.

MANFRED H.W. KÖHLER
Vom Berufsverbot
Betroffener LV Hessen/Historiker

HARTMUT BARTH-ENGELBART
Vom Berufsverbot
Betroffener LV Hessen/Publizist

Abdruck (gekürzt) mit freundlicher Genehmigung der Autoren, die uns die Genehmigung gaben, ihren Text neu zu strukturieren – d. h. von ihnen stammt auch der Text im Kasten auf S. 49. Der gesamte Text findet sich unter: http://www.barth-engelbart.de/?p=2370

Eine ganze Generation mundtot gemacht

Fall Kroll

Die nachfolgenden Fragen stellte die hlz-Redaktion damals vom Berufsverbot Betroffenen. Wir legten den Fokus auf die persönliche Betroffenheit, die sich allerdings nicht ohne die politischen Überzeugungen beschreiben lässt.

Wie hast du dich gefühlt, als du den Brief erhalten hast, in dem dir mitgeteilt wurde, dass du nach erfolgreich abgeschlossenem Referendariat keine Stelle im Hamburger Schuldienst bekommen würdest?

Nachdem ich im Frühsommer 1974 die Zuweisung zum Studienseminar erhalten hatte, war ich dann doch überrascht, als 14 Tage später die Mitteilung kam, ich dürfe nur „in einem privatrechtlichen Ausbildungsvertrag“ in die 2. Phase der Ausbildung. Begründet mit „Zweifeln an der Verfassungstreue“ aufgrund eines Dossiers des Verfassungsschutzes (als 18-Jähriger Zugehörigkeit zu einer linken Schülergruppe, Tätigkeit für die SDAJ, Mitgliedschaft in der DKP).

Von meinen politischen Auffassungen war ich damals überzeugt. Dass es Berufsverbote gab, wusste ich, einige traf es, einige nicht. Trotzdem habe ich die erste „Anhörung“ am 9. Februar 1976 als Horror in Erinnerung.

Nach der 2. Staatsprüfung wurde ich Sommer 1976 nicht eingestellt – Berufsverbot.

Foto: M. Meyborg

Protest von Betroffenen anlässlich des Besuchs von Willy Brandt in der „Fabrik“ in Altona, 4.9.76, Links Joachim Kroll, ohne Schild – aus Angst, seinen Job an der Privatschule zu verlieren

Foto: M. Meyborg

Joachim Kroll als Verwaltungsangestellter in der Schulbehörde, März 1985

Hast du dich von deinen Mitstreiter_innen ausreichend unterstützt gefühlt?

Es gab ja zahlreiche Initiativen, Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen, auch Einladungen ins Ausland, wo Betroffene über ihren Fall berichteten. Ich war z.B. vom Studentenrat einer PH bei Arhus/Dänemark eingeladen. Das Ganze wurde unterstützt und getragen von der „DKP-nahen Initiative“ um Horst Bethge u.a.

Mir hat das alles sehr geholfen, mich nicht allein gelassen zu fühlen.

Wirklich gelitten habe ich erst, als 1979 mit Klose die Berufsverbote erledigt waren (jedenfalls die aufgrund bloßer Mitgliedschaften), denn ich wurde ja trotzdem nicht eingestellt mit einer Examensnote 3. An einer Privatschule war ich inzwischen entlassen worden. Nach längerer Arbeitslosigkeit vermittelte mir das Arbeitsamt eine Stelle als Verwaltungsangestellter, ausgerechnet in der Personalabteilung der Schulbehörde!

Es war vor allem die „Betriebsgruppe Arbeitslose“ der GEW, die mich in dieser Zeit gestützt hat. In der Öffentlichkeit interessierten die letzten Fälle ja kaum noch, eine sehr belastende Zeit für mich.

Erst 6 Jahre später endete mein Berufsverbot nach fast 10 Jahren mit einem „Vergleich“. Ich durfte Lehrer werden, verzichtete aber auf alle weitergehenden Ansprüche.

Wie siehst du heute deinen Fall?

Natürlich teile ich meine politischen Überzeugungen der damaligen Zeit heute nicht: das weitgehend unkritische Verhältnis zur DDR, die Leugnung der in der Geschichte der Kommunisten begangenen Verbrechen usw.

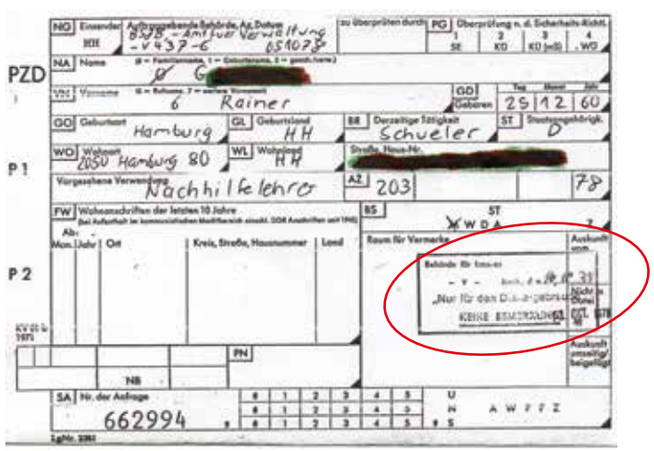
Andererseits: Das Eintreten für demokratische Veränderungen, eine gerechte Gesellschaftsordnung, „Chancengleichheit“, das Auftreten gegen jegliche Diskriminierung, der Kampf gegen alte und neue Nazis war damals wie heute Grundlage unserer Überzeugungen.

Mit dem „Vergleich“ und meiner Einstellung in den Schuldienst habe ich keine materiellen Ansprüche mehr. Berufsverbote sind für mich insofern nicht erledigt, als damit eine ganze Generation mundtot gemacht und von jeglichem kritischen Engagement abgehalten werden sollte. Eine Entschuldigung bei allen (!) Betroffenen wäre angebracht. Der Begriff der „aus heutiger Sicht zu Unrecht Betroffenen“ (Bürgerschaft) langt da nicht.

JOACHIM KROLL

Foto: privat

Joachim Kroll (70) heute


PZD
P1
P2
Rainer
Hamburg
HH
Schueler
2050 Hamburg 80
Nachhilfelehrer
203
78
662994

PZD-Formular. Ein 17-jähriger Schüler bewirbt sich als Nachhilfelehrer in einem Heim des Amtes für Schule. Dies hat bereits eine Nachfrage beim Verfassungsschutz zur Folge. Das Original wurde mir 1979 von einer Personalsachbearbeiterin zur Verfügung gestellt. Rücklauf von der Innenbehörde: „keine Beanstandung“ (s. Markierung Kreis). J.K.

Infame Taktik

Fall Breustedt

Wie hast du dich gefühlt, als du den Brief erhalten hast, in dem dir mitgeteilt wurde, dass du nach erfolgreich abgeschlossenem Referendariat keine Stelle im Hamburger Schuldienst bekommen würdest?

Schlimmer als die existenzielle Notlage habe ich das Gefühl völliger Bloßstellung empfunden: Da wusste jemand offensichtlich genauer als ich selber, wann ich mich in den letzten beiden Jahren auf einer Demonstration oder einer politischen Veranstaltung befunden hatte. Das war sehr schockierend, zumal es sich ausnahmslos um Veranstaltungen handelte, die nicht verboten waren.

Es war außerdem meines Wissens zum ersten Mal, dass in Hamburg jemand betroffen war, der sich politisch links von der DKP verortete. Außerdem gab es viele Lehramtsstudierende und Lehrer_innen, die politisch deutlich mehr im Vordergrund standen als ich. Ich würde mich eher als aktive „Mitläuferin" bezeichnen.

Da die Informationen nur aus meinem unmittelbaren Umfeld stammen konnten, stellte sich auch zwangsläufig die Frage: „Wer war der Spitzel?". In guten Phasen gelang es mir, dieser Frage nicht nachzugehen, aber natürlich gab es Nächte, in denen ich gegrübelt habe: „Wer könnte es gewesen sein?" Natürlich war mir klar, dass solche Gedanken ein beabsichtigtes Spaltungsmanöver waren.

Überhaupt war die Spaltungstaktik der Vertreter der „Freien und Hansestadt Hamburg" schwer zu ertragen. So habe ich zum Beispiel gegenüber der Behörde die Mitgliedschaft im KB bestritten. Als Zeugin für die Mitgliedschaft benannte die Behörde jedoch keinen Spitzel, sondern eine gute Freundin von mir, auch Lehrerin, auch alleinerziehende Mutter, bereits auf Lebenszeit verbeamtet, für die diese Benennung natürlich eine existentielle Bedrohung darstellte.

Diese infame Taktik fand ihren Höhepunkt, als mein Mitbewohner in unserer Wohngemeinschaft, Hans-Werner Schäfer, der nach der erfolgreichen Zeit als „Beamter auf Probe" vorzeitig zum „Beamten auf Lebenszeit" ernannt werden sollte, in seiner Personalakte folgenden Text fand: „Hans- Werner Schäfer ist seit…. in… bei Breustedt wohnhaft gemeldet. Sabine Breustedt ist als Lehrerin durch Beschluss der Senatskommission für die Behandlung von Extremisten in der Verwaltung vom…. wegen aktiver Zugehörigkeit zum KB abgelehnt worden."

Hast du dich von deinen Mitstreiter_innen ausreichend unterstützt gefühlt?

Anfangs gab es eine große Welle der Unterstützung, besonders, als mir die Bundesstelle der GEW keinen Rechtsschutz geben wollte, sondern stattdessen argumentierte , es müsse zuerst geklärt werden, ob ich nicht einer unter den „Unvereinbarkeitsbeschluss der GEW fallenden Organisation" angehöre. In dieser Zeit war es für mich völlig unproblematisch, die anfallenden Gerichtskosten zu sammeln.

Aber je länger sich das Verfahren hinzog – immerhin länger als fünf Jahre – , desto schwieriger war es für mich, schon wieder den Klingelbeutel aufzuhalten.

Foto: privat

Im Sommer 2021

Umso dankbarer war ich, dass die GEW Hamburg beschlossen hatte, mir ab der 2. Instanz Rechtsschutz zu gewähren.

Was ich als anstrengend empfunden habe, ist dieses „Eintreten für mich selber" gewesen. Tatsächlich kann ich mich wohl besser für andere Menschen engagieren.

Außerdem fand ich es schwierig, mir unter Lehrer_innen Unterstützung zu holen, während ich selbst nicht als Lehrerin arbeiten durfte, d.h. nicht mehr täglich mit Lehrer_innen zusammentraf, sondern solche Treffen erst organisieren musste.

Besonders dankbar bin ich Rechtsanwalt Uwe Mäffert, der mich sehr gut beraten hat. Als ich zum ersten Mal die 2. Instanz verloren habe, wollte ich tatsächlich aufgeben und das hat er mir ausgeredet und wollte sogar ohne Honorar, nur der Sache wegen, mein Vertreter vor Gericht sein.

Hamburger Lehrerin gewann vor Bundesarbeitsgericht

Behörde will sie nicht einstellen

Hamburg – Fünf unendlich lange Jahre kämpfte eine junge Hamburgerin um das Recht, ihren erlernten Beruf als Lehrerin ausüben zu können. Die Aussicht auf Erfolg war etwa so groß, wie Don Quichottes vergeblicher Kampf gegen die Windmühlenflügel. Denn: Sabine Breustedt (30) ist ein amtlich und gerichtlich ermittelter und verurteilter „Berufsverbot-Fall."

Was gestern vom Bundesarbeitsgericht aus Kassel kam, ist dann auch mehr als ein Teil Gerechtigkeit – es ist eine Sensation in der „Berufsverbote"-Rechtssprechung. Das oberste Arbeitsgericht fällte eine Entscheidung gegen das Hamburger Landesarbeitsgericht und den Senat. Das Urteil gegen die Lehrerin wurde aufgehoben und an das Landesarbeitsgericht der Hansestadt zurückgewiesen.

Sabine Breustedt war nach erfolgreichem Abschluß ihres Refendariats (Englisch und Französisch) als Bewerberin für das Lehramt abgelehnt worden. Grund: Sabine Breustedt hatte 1975 an Veranstaltungen der „Hamburger Aktionseinheit gegen die reaktionäre Bildungspolitik des Hamburger Senats" teilgenommen.

Darin hatten sich derzeit rund 90 politische Organisationen zusammengeschlossen – eine von ihnen war der „Kommunistische Bund". Weil sich Sabine Breustedt nicht von einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten distanzieren wollte, galt es als erwiesen, daß man an der Verfassungstreue der Jung-Lehrerin Zweifel haben mußte.

Rechtsanwalt Uwe Mäffert rechnet in zwei, drei Monaten mit der Kasseler Urteilsbegründung und einem schnellen Termin beim Hamburger Arbeitsgericht.

Lehrerin Sabine Breustedt (30)

Hamburger Morgenpost 21.3.80

SENAT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
SENATSAMT FÜR DEN VERWALTUNGSDIENST

PERSONALAMT

113.40-10/2.5,11

den 8. 7. 75
Fernsprecher Nr. 507 (Durchwahl)
Schlußziffern 9.21

mit Postzustellungsurkunde

Frau
Sabine Breustedt

2102 Hamburg 93
Führstraße 87

Betr.: Ihre Übernahme in das Beamtenverhältnis

Sehr geehrte Frau Breustedt

Sie haben sich am 10. 5. 75 um Übernahme in den hamburgischen Schuldienst als Studienrätin zur Anstellung im Beamtenverhältnis auf Probe beworben. Nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 des Hamburgischen Beamtengesetzes darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Ob Sie diese Gewähr bieten, erscheint aufgrund der nachstehend aufgeführten Tatsachen zweifelhaft:

Sie sind seit 1972 Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB). Bis in die jüngste Vergangenheit hinein haben Sie an mehreren Vollversammlungen der KB-Bezirksorganisation Harburg-Wilhelmsburg teilgenommen und sich außerdem im Oktober 1974 am Marsch auf das Haus der Jugend, im November 1974 an einer Demonstration "gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Hamburger Senats" und im Dezember 1974 an einer Solidaritätsveranstaltung des KB für italienische revolutionäre Organisationen beteiligt.

Das Senatsamt, dem Ihre Bewerbung vorgelegt worden ist, möchte Ihnen Gelegenheit geben, sich bis zum 18. Juli 1975 zu den entstandenen Zweifeln zu äußern. Für den Fall, daß Sie sich nicht schriftlich, sondern mündlich äußern möchten, wird um telefonische Vereinbarung eines Termins gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Reinert

Immerhin mit Durchwahlnummer

Das Damoklesschwert hing über einem

Fall Schäfer

Foto: GEW

Als Personalrat Anfang der 90er Jahre

Wie hast du dich gefühlt, als du das Papier mit der Absage, nicht in den staatlichen Dienst aufgenommen beziehungsweise aus diesem entlassen zu werden, in den Händen hieltest?

Ich war bereits seit mehreren Jahren im Schuldienst, stand eigentlich vor der Verbeamtung auf Lebenszeit und wurde allgemein als Lehrer geschätzt: Erschrecken, meinen gern ausgeübten Beruf zu verlieren, „Aha, jetzt schlagen sie also zu.“ Meine Mitbewohnerin Sabine Breustedt war bereits ein Jahr vorher nicht in den Schuldienst übernommen worden. „Wie wollen die das begründen? Woher haben die die Informationen?“ Dem ersten Schreiben lagen ja keine „Beweise“, sondern nur Behauptungen bei. Das Gefühl/ die Sorge: Jetzt kann/wird sich mein Leben noch mal grundsätzlich ändern... Das Bewusstsein, dass ich jetzt in eine anstrengende Mühle geraten bin, die einen langen Atem braucht, dass ich aber dabei nicht alleine bin. Kämpfen wollen, wir haben gute Karten, wir werden es denen zeigen....

Hast du dich genügend von deinen Mitkämpfer_innen unterstützt gefühlt?

Die Antwort ist politisch hoch ambivalent: Mein engstes Umfeld hat von Anfang an die Haltung geteilt, dass wir uns mit allen Mitteln wehren werden, obwohl mein drohendes Berufsverbot auch Folgeängste bei anderen ausgelöst hat, aber in den vier Jahren der Abwehr war für mich die wichtigste Erfahrung, dass es zuallererst auf mich selber ankommt, dass ich fast jeden Tag mit diesem Kampf beschäftigt war und ihn immer wieder aufnehmen musste, dass ich aber sehr verlässliche Partner_innen dabei hatte, zunächst die engen Freund_innen, meine Familie, ein Kreis von Kolleg_innen (der in der Schule Unterschriften sammelte und sich dabei z.T. heftigen Diskussionen aussetzte), der zuständige Personalrat, meine beiden super Rechtsanwälte, eine kleine feste Gruppe, die mit mir zusammen politisch gegen die Berufsverbote gekämpft und z.B. bei dem Verfassen unserer Broschüre (s. Quelle zur Grafik S. 58 oben) geholfen hat. Für viele der Genannten galt, dass sie sich durch meinen „Fall“ zum ersten Mal mit der Berufsverbotepolitik auseinandergesetzt haben und so zu deren Gegner_innen wurden.

Diese Unterstützung war umso wichtiger, als dass wir (die zu den sog. K-Gruppen zugerechneten von Berufsverbot Betroffenen bzw. Bedrohten) von der DKP und ihr nahestehenden Organisationen eher nicht als solche gesehen wurden, z.T. etwa nach dem Motto: „So radikal, selber schuld...“. So war auch die Situation in der GEW ambivalent: In Zusammenhängen, die auf persönlicher Bekanntschaft und Vertrauen basierten, gab es große Solidarität (bis dahin, dass ich von meiner Fachgruppe als Delegierter zum Bundesgewerkschaftstag gewählt wurde), doch je weiter die Handelnden entfernt waren, umso dogmatischer (siehe auch UVBs und Verweigerung von Rechtsschutz) gestaltete sich deren Umgang mit dieser Gruppe unliebsamer vom Berufsverbot Betroffenen bzw. Bedrohten. Eine sehr rühmliche Ausnahme bildete dabei die Berufsverbotekommission des Landesvorstands, die von dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden geleitet wurde. In ihr waren alle Berufsverbote“fälle“ willkommen und Thema.

Durch unsere Klein-Klein-Arbeit wurde die Unterstützung langsam immer breiter. So fand sich z.B. eine Gruppe ehemaliger Schüler_innen zusammen, die sich regelmäßig mit mir im „Borchers“ getroffen hat, um Schritte des Kampfes und der Öffentlichkeitsarbeit zu beraten. Als Ergebnis sammelte diese Gruppe selbständig innerhalb weniger Wochen weit über 1000 Unterschriften im Umfeld ehemaliger und aktueller Schüler_innen an ihren Studienorten (vornehmlich der HWP) und anderswo und überreichte diese Sammlung der Senatskanzlei. Einer dieser ehemaligen Schüler schrieb sogar eigenständig einen kleinen Artikel für die hlz. Aber eine Delegation dieser Gruppe, die nach Beschluss der gesamten Gruppe die „Landesinitiative Weg mit den Berufsverboten“ aufsuchte, um sich über weitere mögliche Schritte beraten zu lassen, musste die für sie empörende Erfahrung machen, dass sie als erstes gefragt wurde, ob ich denn auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehe.

Erwähnt werden sollte an dieser Stelle, dass in dem Beschriebenen Solidarität und Unterstützung die eine Triebfeder der Handelnden war, die andere aber ein durchaus eigenes Interesse an und Bereitschaft zu einem gemeinsamen Kampf gegen diese und andere Arten staatlicher Schnüffelei und Repression.

Auch national und selbst international (Frankreich, Dänemark) gewannen wir zunehmend Aufmerksamkeit und z.T. (geringes) mediales Interesse. Die Vorstellung meines „Falls“ bei verschiedenen Gelegenheiten in Frankreich stieß immer wieder auf ungläubiges Staunen und Entsetzen, dass die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen kommunistischen Organisation nicht vereinbar mit der Arbeit als Lehrer_in sein sollte. Als wir Ende der 70-iger Jahre nach Kopenhagen reisten, um auf einem Kongress dort meinen und

Wie siehst du heute deinen Fall?

In den langen Jahren, in denen ich auf eine Entscheidung gewartet habe, gab es viele schwere und belastende Stunden. Wenn ich heute an diese Jahre zurückdenke, habe ich das Gefühl, dass mir jemand einen schweren Stein auf den Oberkörper legt…..

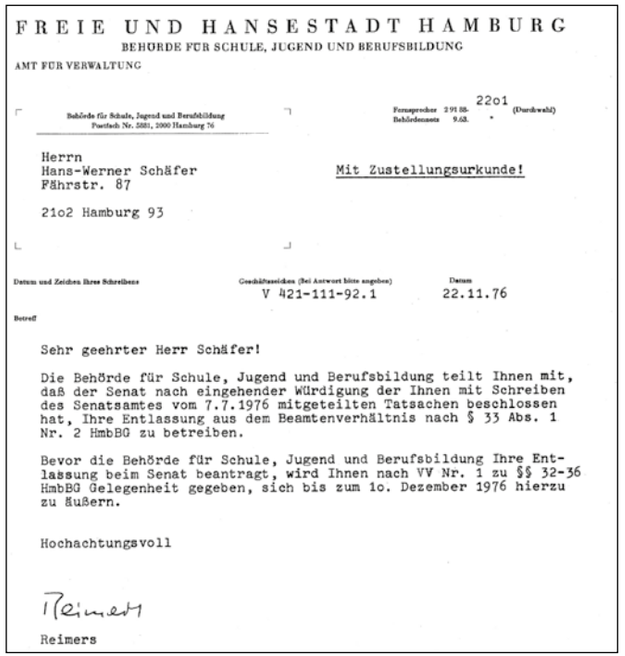
Sechs Jahre sind eine lange Zeit, besonders in diesem Alter. So hatte ich zum Beispiel große Angst, dass ich gar nicht mehr unterrichten könnte; mein Leben an der Schule schien mir sehr lange her zu sein.

Heute sehe ich eher, dass es für mich auch eine gute Gelegenheit war, aus dem Kreislauf „Schule – Uni – und dann wieder der Schule“ herauszukommen und ganz andere Arbeits- und Lebenswelten kennenzulernen. So habe ich zuerst drei Jahre lang in der Reparaturabteilung einer großen Hamburger Werft gearbeitet und habe englische und französische Rechnungen getippt. Die Schreibmaschine konnte ich blind und schnell benutzen. Meine Kollegen dort waren fast nur ältere Männer, denen ich zeigte, dass „Fräulein Breustedt“ nicht automatisch fürs Kaffee-Kochen zuständig war. Aus dieser Zeit habe ich einen guten Freund, mit dem ich noch heute Kontakt habe.

Aber natürlich war meine Arbeit monoton und ziemlich langweilig, deshalb habe ich mich für die Stelle als Gemeindesekretärin in der „Evangelischen Studentengemeinde (ESG)“ beworben und die dann auch bekommen. Die ESG war in diesen Jahren das Zentrum der entwicklungspolitischen Solidaritätsgruppen, so konnte ich z.B. eine Blutspendenaktion für die „Sandinistische Befreiungsfront“ in Nicaragua mit organisieren – ohne zu ahnen, welche Entwicklung der Sandinist Daniel Ortega einmal machen würde.

Unvergessen sind die Auseinandersetzungen mit der Kirchenleitung um „zu viel Politik“ und zu wenig „Kirche“, und die Wegbegleiter_innen von damals sind noch heute wichtige Freunde und Freundinnen für mich.

SABINE BREUSTEDT



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEHÖRDE FÜR SCHULE, JUGEND UND BERUFSBILDUNG
AMT FÜR VERWALTUNG

Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung
Postfach Nr. 5881, 2000 Hamburg 76

Fernsprecher 2 91 88- 22o1 (Durchwahl)
Behördennetz 9.68.

Herrn
Hans-Werner Schäfer
Fährstr. 87

21o2 Hamburg 93

Mit Zustellungsurkunde!

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
Geschäftszeichen (Bei Antwort bitte angeben) V 421-111-92.1
Datum 22.11.76

Betreff

Sehr geehrter Herr Schäfer!

Die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung teilt Ihnen mit, daß der Senat nach eingehender Würdigung der Ihnen mit Schreiben des Senatsamtes vom 7.7.1976 mitgeteilten Tatsachen beschlossen hat, Ihre Entlassung aus dem Beamtenverhältnis nach § 33 Abs. 1 Nr. 2 HmbBG zu betreiben.

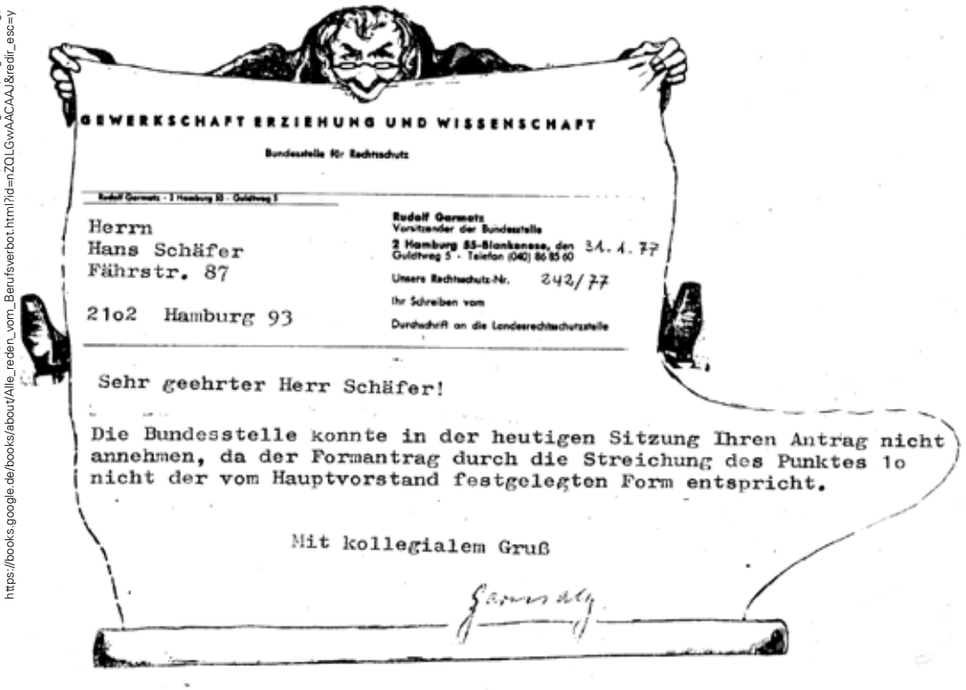
Bevor die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung Ihre Entlassung beim Senat beantragt, wird Ihnen nach VV Nr. 1 zu §§ 32-36 HmbBG Gelegenheit gegeben, sich bis zum 1o. Dezember 1976 hierzu zu äußern.

Hochachtungsvoll

Reimers

Die Entlassung – kurz und knapp

Quelle: Alle reden vom Berufsverbot – Zum Beispiel gegen uns: Hans-Werner Schäfer, Sabine Breustedt; Eine Dokumentation: 57 Seiten, Hamburg 1978; Eigenverlag; https://books.google.de/books/about/Alle_reden_vom_Berufsverbot.html?id=nZOLGwAACAAJ&redir_esc=y



GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Bundesstelle für Rechtsschutz

Rudolf Germats · 2 Hamburg 55 · Gutzkhweg 5

Herrn
Hans Schäfer
Fährstr. 87

21o2 Hamburg 93

Rudolf Germats
Vorsitzender der Bundesstelle
2 Hamburg 55-Blankenese, den 31. 1. 77
Gutzkhweg 5 · Telefon (040) 86 85 60

Unsere Rechtsschutz-Nr. 242/77

Ihr Schreiben vom

Durchschrift an die Landesrechtsschutzstelle

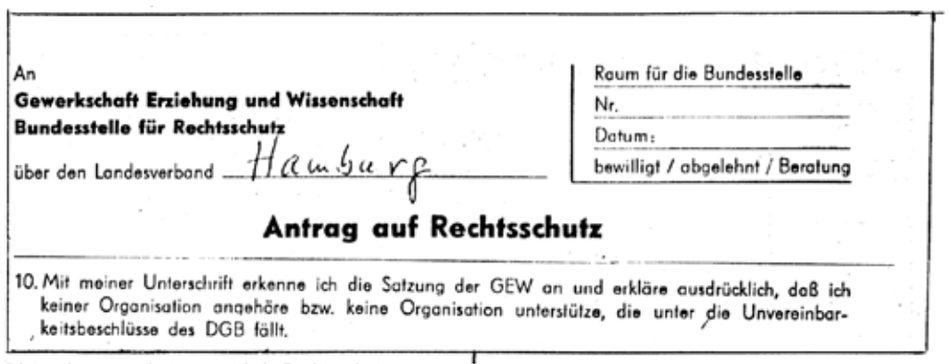
Sehr geehrter Herr Schäfer!

Die Bundesstelle konnte in der heutigen Sitzung Ihren Antrag nicht annehmen, da der Formantrag durch die Streichung des Punktes 1o nicht der vom Hauptvorstand festgelegten Form entspricht.

Mit kollegialem Gruß

andere persönliche „Fälle“ sowie die „german Berufsverbote“ insgesamt vorzustellen, fand das bei einem Abgeordneten des Kopenhagener Stadtparlaments so großes Interesse, dass wir noch den Rest des Abends bis spät in die Nacht darüber diskutierten. Fortan betrieb er in seinem politischen Umfeld Öffentlichkeitsarbeit zu den deutschen „Berufsverboten“ (das Wort ist in verschiedene europäische Sprachen so eingegangen). Aus dieser Begegnung wurde eine bis heute nachhaltige enge Freundschaft.

Als fast am Ende meines Berufsverboteverfahrens der Prozess vor dem Verwaltungsgericht Hamburg stattfinden sollte (er wurde vertagt und schließlich auf Grund der „Klose-Wende“ eingestellt), waren viele meiner ehemaligen Schüler_innen , Schul- und Gewerkschaftskolleg_innen und Freund_innen als Beobachter_innen anwesend. Und als dann endlich im Herbst 1980 mehrere Berufsverbote-



An
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Bundesstelle für Rechtsschutz
über den Landesverband Hamburg

Raum für die Bundesstelle
Nr.
Datum:
bewilligt / abgelehnt / Beratung

Antrag auf Rechtsschutz

10. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Satzung der GEW an und erkläre ausdrücklich, daß ich keiner Organisation angehöre bzw. keine Organisation unterstütze, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB fällt.

Distanzierungsgebot – sonst kein Rechtsschutz

Foto: Stefan Gierlich

Als Oberschulrat in der Projektgruppe Schulreform der BSB im Jahr 2009

verfahren (ich meine mich zu erinnern, dass es ca. 1 Dutzend waren) gleichzeitig eingestellt wurden, gelang es uns, den Betroffenen unterschiedlichster politischer Zugehörigkeit, eine gemeinsame Freudenfeier über die dogmatischen Grenzen hinweg in der ESG zu veranstalten, zu dem all die genannten Unterstützer_innen eingeladen waren.

Wie siehst du heute „deinen“ Fall?

Ich persönlich hatte insofern Glück, als ich während des Verfahrens bereits im Schuldienst war und mir von dortiger Seite gute Arbeit bescheinigt wurde. Deshalb musste der Versuch, mich sofort zu suspendieren, was in anderen Fällen vollzogen wurde, sehr bald scheitern. Ich hatte also während der vier Jahre des Verfahrens und Abwehrkampfes immer mein vertrautes berufliches Umfeld (s.o.) und somit auch keine existentielle Not. Dennoch gab es natürlich auch Phasen des Zweifels und so habe ich mich auch oft sozusagen mit einem Plan B beschäftigt: Im Laufe der Erfahrung der – auch – juristischen Auseinandersetzung reifte die Idee heran, es könne sich lohnen, Jurist zu werden.

Bedauerlicher Weise gerieten viele betroffene Kolleg_innen in sehr viel bedrohlichere Situationen: Sie wurden erst gar nicht in den Schuldienst übernommen, manche aus ihm entlassen. So ist meine Bilanz, die teilweise schon während des Verfahrens in mir wuchs und nach Abschluss für mich ganz deutlich war, eine sehr persönliche: Ich fühlte mich gestärkt und ermutigt, für meine Sachen einzustehen. „Was kann mir jetzt noch passieren?“ Insofern möchte ich die Erfahrungen der vier Jahre bis heute nicht missen, denn sie haben ihren prägenden Anteil an meiner Persönlichkeitsbildung. Mir ist dabei bewusst, dass die Bilanz der vermutlich meisten vom Berufsverbot Betroffenen oder damals Bedrohten deutlich negativer ausfällt, weil sie mit der Unmöglichkeit, ihren erlernten (Wunsch)Beruf auszuüben, in ein existentielles, manchmal auch psychisches Loch fielen, aus dem Einzelne wohl nicht herausgekommen sind.

Bei der erwähnten Feier im November 1980 wiesen wir bereits darauf hin, dass der Radikalenerlass und die mit ihm verbundene Regelanfrage in der Zukunft ein Damoklesschwert bleiben würde, das über der bundesrepublikanischen Gesellschaft schweben und damit Anpasser- und Duckmäusertum begünstigen würde und jederzeit geschärft werden könnte, wenn der Staat oder seine Organe es für opportun halten würden. Leider hat sich diese Prognose bewahrheitet, wie verschiedene Fälle in jüngerer Vergangenheit und der Gegenwart zeigen. In der Bilanz haben sich die Berufsverboteverfahren der vergangenen 50 Jahre fast ausschließlich gegen Linke im weitesten Sinne gerichtet, obwohl durchaus viele Fälle bekannt waren, wo (offen) Rechtsradikale im öffentlichen und auch Schuldienst arbeiteten. Aktuell nimmt die Diskussion über Berufsverbote gegen Rechtsradikale an Fahrt auf. Damit werden alte Fragen neu aufgeworfen, die sicher wert wären, auch in der hlz diskutiert zu werden.

HANS-WERNER SCHÄFER

Feiner Rechtsschutz

Betr.: Haltung der GEW zu den Berufsverboten

Die Bundesstelle für Rechtsschutz in der GEW scheint ihren Namen mehr und mehr daher abzuleiten, das sie ständig weiter nach rechts rutscht. Wie anders kann der Artikel in der »ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT« (Organ der Bundes-GEW) 2/77, S. 19 interpretiert werden? Der Rechtsschutz-Redakteur R(udolf) G(armatz) meint hier, daß Kollegen, die vor Gericht stehen und keine Äußerungen über ihre Mitgliedschaft in angeblich »verfassungsfeindlichen« Parteien machen, keinen Rechtsschutz durch die GEW erhalten können.

Das ist ein feiner Rechtsschutz, der nicht die unzulässige Standardfrage der Berufsverbieter angreift, sondern den Betroffenen in den Rücken fällt. Denn was soll die Frage, beispielsweise nach Mitgliedschaft in der DKP, überhaupt, wenn selbst laut Bundesverfassungsgerichtsurteil die bloße Mitgliedschaft keine strafbare Handlung ist, sondern lediglich konkret nachweisbares »verfassungsfeindliches« Verhalten (was immer das dann sein mag). Sollen also die Beklagten von ihrem verfassungsmäßig garantierten Recht auf Verweigerung der Aussage – eine der ganz wenigen Möglichkeiten, die sie bei der gängigen Rechtspraxis eh nur haben – von sich aus verzichten?

Als letzten Kritikpunkt möchte ich in diesem Zusammenhang noch anfügen, daß es mir und vielen Kollegen unverständlich ist, wieso der Hamburger Landesvorstand der GEW nicht zur zentralen norddeutschen Demo gegen die Berufsverbote am 12. Februar aufgerufen hat, an der immerhin 16 000 in- und ausländische Demokraten teilnahmen.

Facit: Es geht nicht an, daß engagierte linke Gewerkschafter, die ihre Arbeit und Energie im gewerkschaftlichen Kampf für die Kollegen einsetzen und oft gerade deswegen mit dem Berufsverbot bestraft werden sollen, dann von ihrer Gewerkschaft im Stich gelassen werden. Wir brauchen einen konsequenten GEW-Rechtsschutz, um konsequente Gewerkschaftspolitik machen zu können.

PETER GRABE

Aus hlz 5/77

Nach den Berufsverboten ist vor den Berufsverboten

Fall Heide

Interview mit Gerd Heide, einem der ersten auf Lebenszeit verbeamteten Lehrer mit Berufsverbot. Kurz vor seiner Suspendierung war er im Rahmen des Unvereinbarkeitsbeschlusses des DGB aus der GEW ausgeschlossen worden

Foto: mao-projekt.de

Gerd Heide zu Zeiten des Hausverbots

hlz: *Der dreimalige Boxweltmeister Muhammad Ali, der letzten Monat 80 Jahre alt geworden wäre, sagte zu seiner Weigerung, in den Vietnam-Krieg einzutreten: „Kein Vietkong hat mich jemals Nigger genannt.“ Er galt danach in den USA als Unperson und erhielt auch so etwas wie Berufsverbot: Ihm wurde der Weltmeisterschaftstitel im Schwergewicht aberkannt. Mittlerweile wurde er von mehreren Präsidenten der USA zum Nationalhelden erklärt. Deswegen die Frage an dich: Wie sieht es bei dir mit derlei Weihen aus? Wurde dir so etwas jemals zuteil?*

Gerd Heide: Nein! Ich verehre Muhammad Ali. Allein deshalb kann ich mich nicht mit solch einem mutigen Mann vergleichen.

hlz: *Aber was war es bei dir? Wieso hast du im politischen Umfeld von damals diesen Mut gehabt, so gegen den Strich gebürstet aufzutreten – in den Unterricht zu gehen und zu sagen: Leute, dieser Vietnam-Krieg, der ist ein Menschheitsverbrechen.*

Gerd Heide: Ich nehme an, dass das mehr oder weniger ein verbreitetes Phänomen in der Lehrerschaft war, das so zu sehen und zu unterrichten. Das war ja auch nicht verboten. Die ganzen Materialien, die Pentagon-Papiere, die waren ja nicht verboten. Also – wie ich dazu kam? Ich war praktisch in dieser weltweiten Mobilisierung als Zeitgenosse eingebunden. Was uns alle irgendwie vereinnahmte – das war die Domino-Theorie. Die bestätigte sich glänzend. Nach Russland und China kamen Vietnam, Kambodscha, Laos und was weiß ich. Alles geht so weiter.

hlz: *Also die Weltrevolution?*

Gerd Heide: Ja und wir sind an der Spitze. Es kann nicht mehr lange dauern, dann ist die Weltrevolution siegreich auch bei uns angekommen. Das war so eine Stimmung, die unglaublich mobilisierte und geradezu euphorisierte. Insofern war das eigentlich überhaupt kein Mut.

hlz: *Gab es auf der persönlichen Ebene noch Ereignisse, die dein politisches Engagement entfacht haben?*

Gerd Heide: Na ja, man las den „Spiegel“. Das war die einzige oppositionelle Quelle damals und ich erinnere: Man ging ins Programmkino. Das war’s.

hlz: *Und familiär?*

Gerd Heide: In der Wohnung meiner Mutter war quasi eine WG, die bestand aus mir, meiner Schwester, meiner Frau und aus Christa Ohnesorg, der Frau von Benno Ohnesorg. Und Benno war zu Besuch bei uns, daher kannte ich ihn.

> *Die vom heiligen Willy verordneten Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren ja aus einem Guss*

1967 war ich in Mainz, da studierte ich Kunst. Dort rief mich meine Mutter am 3. Juni morgens an. Sie sagte: „Ich muss dir sagen, die haben gestern Benno erschossen.“ *(Der Student Benno Ohnesorg wurde am 2.6.1967 bei einer Protestdemonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien von einem Polizisten erschossen; die Red.).*

Ich weiß nicht, ob ihr schon mal eine Kalkspritze gekriegt habt, die so ein bisschen ausgerutscht ist. Die Zunge wird steif, damit kannst du ein Loch in die Wand bohren, du gerätst am ganzen Körper unter einen Stupor. Das geht dann wieder weg. Aber so ging es mir. Das war für mich der Punkt, wo ich von einem Tag auf den anderen in das linksradikale Lager schwenkte. Das war sozusagen der Wendepunkt, nicht nur für mich, sondern auch für alle, die da in der Wohnung waren. Das war ein Hammer.

hlz: *Und das alles passierte in der Hochphase des Vietnamkriegs. Der spielte ja eine entscheidende Rolle in deinem Konflikt an der Schule und in der Folge mit der Behörde. Wie kam es zu der Eskalation, die dann zu deinem Berufsverbot führte?*

Gerd Heide: Es ging, glaube ich, von zwei Mädchen der 10. Klasse aus, die ich am Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer (KaiFu) unterrichtete. Gegen Ende des Schuljahres stand die Klassenarbeit als Abschluss an.

Wenn die Klassenarbeit droht, gibt es immer einige, die null Ahnung haben und hoffen, dass die Arbeit zumindest noch einmal verschoben wird. Die gehen dann zum Schulleiter und scheuen sich auch nicht zu sagen: „Wenn wir schreiben, was wir meinen, dann kriegen wir eine schlechte Note“ – von mir.

hlz: *Wie ging es weiter?*

Gerd Heide: Der Schulleiter kam zu mir und sagte: „Ich muss das mit Ihnen besprechen. Können Sie mir mal die Aufgaben zeigen.“ Das hab’ ich natürlich gemacht und er sagt daraufhin: „Naja, ich gebe Ihnen den guten Rat, verschieben Sie die Arbeit.“

Ich daraufhin: „Ja, geben Sie mir den guten Rat oder geben Sie mir die dienstliche Anweisung?“ „Nein, nein, ich gebe Ihnen nur den guten Rat.“ Ich dann: „Na ja, den werde ich jetzt in den Wind schlagen. Überlegen Sie mal, wenn das Schule macht, dann können Sie das Arbeitenschreiben hier an der Schule knicken. Wenn das rumgeht, heißt das doch bei den Schüler_innen: Komm, wir gehen zum Schulleiter und sagen: Ich glaube, ich kriege da eine schlechte Note, weil ich eine andere Meinung habe. Dann werden bestimmte Arbeiten gar nicht mehr geschrieben.“

Foto: hlz

Blick zurück: „Wir hatten eine gute Stimmung im Kollegium“

Daraufhin er: „Na gut, dann machen Sie mal. Aber ich sage Ihnen gleich: Ich muss diesen Vorgang natürlich der Schulbehörde melden.“

hlz: *Aus heutiger Sicht ist es eigentlich nicht so klar, wieso eine solche Sache der Behörde gemeldet werden muss…*

Gerd Heide: Na ja, der Schulleiter war natürlich auch nicht so blöd, dass er sagte: Das haben die Mädchen sich selbst ausgedacht. In einem solchen Fall stecken in aller Regel immer die Eltern dahinter. Und wenn da nichts passiert, dann denunzieren mich die Eltern bei der Schulbehörde.

Schulleiter Genz war eigentlich ein anständiger Kerl, muss ich sagen. Er war ein autoritätsgläubiger Bürger, aber er hatte auch angenehme Seiten. Er war so ein väterlicher Typ. Vor allen Dingen hatten wir eine gute Stimmung im Kollegium. Aber er war eben auch ein Kommisskopf. Zum Beispiel als ich 1968/69 da anfing, war die erste Frage, die er nicht nur mir stellte: „In welchem Regiment haben Sie gedient?“ Das lässt tief blicken. Das war eine ganz wichtige Information für ihn. Na ja, ich hatte ja nirgendwo gedient, weil ich weißer Jahrgang bin oder war.*

hlz: *Hat sich der Konflikt, der später zum Berufsverbot führte, vor allen Dingen aus der Initiative der Behörde heraus entwickelt?*

Gerd Heide: Ja, so war es. Ich habe die Klassenarbeit schreiben lassen und eingesammelt. Und am übernächsten Abend kam ein Polizist und übergab mir den

---

* Mehr über Otto Genz in der Nazi-Biographie „Vom Wehrmachtsoffizier zum Schulleiter mit ‚fester Hand‘“, hlz 3-4/2019
„Weißer Jahrgang“ bedeutete: man brauchte keinen Wehrdienst abzuleisten. Geburtsjahrgänge 1930 bis 1937 wurden als bereits zu alt eingestuft, um in die Bundeswehr eingezogen zu werden, zudem wurden bereits Ausgebildete in der Wirtschaft benötigt.

Foto: privat

Das Hausverbot wird mit staatlicher Gewalt durchgesetzt

schriftlichen Befehl, die Arbeitsergebnisse sofort bei der Behörde einzureichen. Das war merkwürdig, weil ich die Arbeiten ja noch gar nicht durchgesehen hatte. Da konnten sie natürlich gar nicht dran rummäkeln, außer, dass ihnen die Fragen nicht gepasst haben. Das natürlich schon. Aber ich hatte da praktisch noch gar nicht mit der Bewertung die Hosen runtergelassen.

hlz: *Das Thema der Arbeit war ja der Vietnamkrieg. Der näherte sich zu dieser Zeit gerade seinem Ende…*

Gerd Heide: Es war Ende April 1975. Am 29. April fiel Saigon und die 1. Mai-Kundgebung war hier natürlich sehr euphorisch: „1. Mai – Saigon ist frei".

Am 7. Mai waren die Amerikaner schon längst aus Vietnam weg. Der Krieg war verloren, aber Deutschland kämpfte wohl weiter für den Endsieg: Am 7. 5. wurde mir mitgeteilt, ich sei suspendiert und auf halbe Ration gesetzt. Es gebe ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst und ich hätte Hausverbot an allen Hamburger Schulen.

Ich hatte als Lehrer Hausverbot an allen Hamburger Schulen, als Elternvertreter konnte ich aber überall reingehen, was ich auch gemacht habe.

hlz: *Da kriegt man schon Schweißperlen auf die Stirn, oder?*

Gerd Heide: Ja. Und am 5. Mai, zwei Tage vorher(!), bin ich aus der Gewerkschaft geflogen.

hlz: *Behörde und Gewerkschaft also Hand in Hand?*

Gerd Heide: Ja, klar. Ich meine: Die GEW-Führung war eine SPD-Gruppe. Und die vom heiligen Willy verordneten Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren ja aus einem Guss.

hlz: *In der Reihenfolge?*

Gerd Heide: Das war Zufall. Es hätte auch genau umgekehrt sein können mit dem Termin. Aber es war natürlich ganz witzig, kurz vor der Entlassung noch aus der Gewerkschaft rausgeflogen zu sein.

hlz: *Du warst ja Gymnasiallehrer und Beamter auf Lebenszeit. Warst du der erste, der als Lebenszeitbeamter vom Berufsverbot betroffen war?*

Gerd Heide: Das wohl nicht. Bei der Post gab es Leute aus der DKP. Aber als Lehrer war ich wohl der Erste. Die anderen Betroffenen waren fast alle Berufsanfänger.

hlz: *Aber nun geht die Geschichte ja noch weiter. Es kam zur Eskalation, nachdem du gesagt hast: Hausverbot – das mache ich nicht mit.*

Gerd Heide: Genau. Ich bin in der großen Pause auf den Schulhof gegangen und habe gesagt: „Ich komme jetzt in den Unterricht." Dann haben die Schüler_innen mich da reingelotst. Der Schulleiter stand da zwar und der Stellvertreter auch, aber das nützte gar nichts. Der Stellvertreter wurde gleich von irgendeinem Schüler in den Schwitzkasten genommen. Dann bin ich oben in meinen Kunstsaal gegangen mit der 10. Klasse, die da nach Plan dran war. Da hatte ich Sozialkunde.

Draußen standen ungefähr 200 bis 300 Schüler_innen Wache. Die Schulleitung hatte die Polizei gerufen und die kam mit zwei, drei Polizisten. Sie guckten sich das da oben an, aber es war aussichtslos für sie.

An diesem Tag habe ich eine Stunde rumgemacht und dann bin ich gegangen. Dadurch hatte ich Hausfriedensbruch begangen. Und ich habe gesagt: „Ich komme wieder."

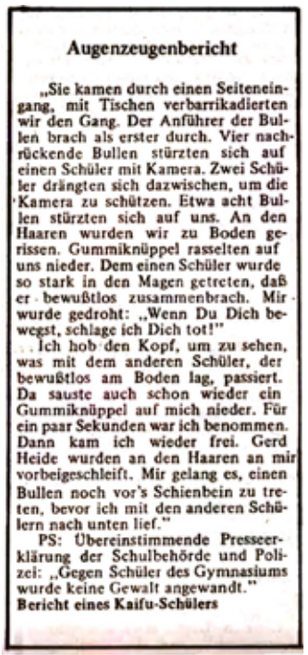
Am nächsten Tag hatten sie sich aber vorbereitet. Ich kam schon in die Schule rein, aber draußen war alles voller Polizei, vier Hundertschaften, alles voller Autos die beiden Straßen…

hlz: *…Bundesstraße, Hohe Weide*

Gerd Heide: Und ich habe noch gesehen: Der ganze Park war voller verkleideter Agenten, die nachher bei der Polizei auftauchten. Die machten so Parkenschieter mit Aufsammeln und so. Die sind da rumspaziert. Ich bin also in die Schule reingegangen und saß wieder in meinem Raum, draußen hunderte von Schüler_innen. Aber dann haben sie das Gebäude gestürmt und haben sich richtig gnadenlos durch die Schüler_innen geknüppelt. Sie haben mich festgenommen und hinten über die Feuertreppe abgeführt.

hlz: *Hattest du auch nur ansatzweise mit so einer Reaktion gerechnet, dass die dich wirklich im Polizeigriff aus der Schule rausführen, also abführen wie einen hoch Kriminellen.*

Gerd Heide: Ich habe mich über nichts gewundert, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich fand das alles aus deren Sicht nur folgerichtig. Klar, was sollen sie sonst machen?!



Augenzeugenbericht

„Sie kamen durch einen Seiteneingang, mit Tischen verbarrikadierten wir den Gang. Der Anführer der Bullen brach als erster durch. Vier nachrückende Bullen stürzten sich auf einen Schüler mit Kamera. Zwei Schüler drängten sich dazwischen, um die Kamera zu schützen. Etwa acht Bullen stürzten sich auf uns. An den Haaren wurden wir zu Boden gerissen. Gummiknüppel rasselten auf uns nieder. Dem einen Schüler wurde so stark in den Magen getreten, daß er bewußtlos zusammenbrach. Mir wurde gedroht: „Wenn Du Dich bewegst, schlage ich Dich tot!"

Ich hob den Kopf, um zu sehen, was mit dem anderen Schüler, der bewußtlos am Boden lag, passiert. Da sauste auch schon wieder ein Gummiknüppel auf mich nieder. Für ein paar Sekunden war ich benommen. Dann kam ich wieder frei. Gerd Heide wurden an den Haaren an mir vorbeigeschleift. Mir gelang es, einen Bullen noch vor's Schienbein zu treten, bevor ich mit den anderen Schülern nach unten lief."

PS: Übereinstimmende Presseerklärung der Schulbehörde und Polizei: „Gegen Schüler des Gymnasiums wurde keine Gewalt angewandt."

Bericht eines Kaifu-Schülers

Bericht eines Augenzeugen; aus: Rebell v. 7. Mai 1975; https://mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg_Berufsverbot_Gerd_Heide.shtml

hlz: *Du hattest Familie. Wie hat deine Frau mitgespielt?*

Gerd Heide: Na ja, sie hat das natürlich auch nicht so doll gefunden, aber wir haben zusammengehalten. Was auch noch interessant ist: Mein Sohn, der jüngere, ging ins Bismarckgymnasium um die Ecke. Dort bin ich zum Elternvertreter gewählt worden.

Die Eltern kannten alle meine Geschichte. Ich hatte ja Hausverbot und konnte eigentlich gar nicht zur Wahl gehen. Das hat mich amüsiert. Ich habe gesagt: „Ich gehe jetzt zur Elternversammlung von meinem Sohn." „Was machen Sie da? Ja, gehen Sie mal." Dann bin ich hingegangen und gewählt worden.

Ich hatte als Lehrer Hausverbot an allen Hamburger Schulen, als Elternvertreter konnte ich aber überall reingehen, was ich auch gemacht habe. Da waren sie also so richtig in einer Verliererposition. Das hat mich natürlich auch sehr gefreut.

hlz: *Jetzt aber noch einmal zum Ausschluss aus der GEW. Wie waren die Auseinandersetzungen, gab es Solidarität mit dir?*

Gerd Heide: Ja, bei den Kolleg_innen hatte ich zum Teil Unterstützung. Und ich hatte niemanden, der mich offen angefeindet hätte. Nicht mal der Schulleiter. Der hatte nur seine Pflicht getan.

hlz: *Das kennen wir ja aus der deutschen Geschichte (s. Fussnote S. 61). Aber wie war es mit der GEW?*

Gerd Heide: Ich wurde einfach sang- und klanglos mit ei-

nem Schriftstück ausgeschlossen. Da gab es nichts weiter. Ich war nicht der Einzige *(Es waren 23; die Redaktion)*.

Ich kriegte eine Mitteilung, weil die GEW mich in einem für sie radikalen Umfeld vermutete. Ich hatte mich damals der KPD/AO (Aufbauorganisation) angenähert, nicht als Mitglied, aber als Sympathisant. Aber das, was die Schulbehörde vermied, nahm die GEW wohl bereits als Tatsache.

Jedenfalls muss der GEW in dieser Richtung etwas bekannt gewesen sein. Aber das wollten sie natürlich nicht zum Grund machen, weil dann unter Umständen auch die Informanten aufgeflogen wären. Deswegen haben auch sie sich auf den Unterricht kapriziert. Sie dachten, das reicht. Und das tat es denn ja auch.

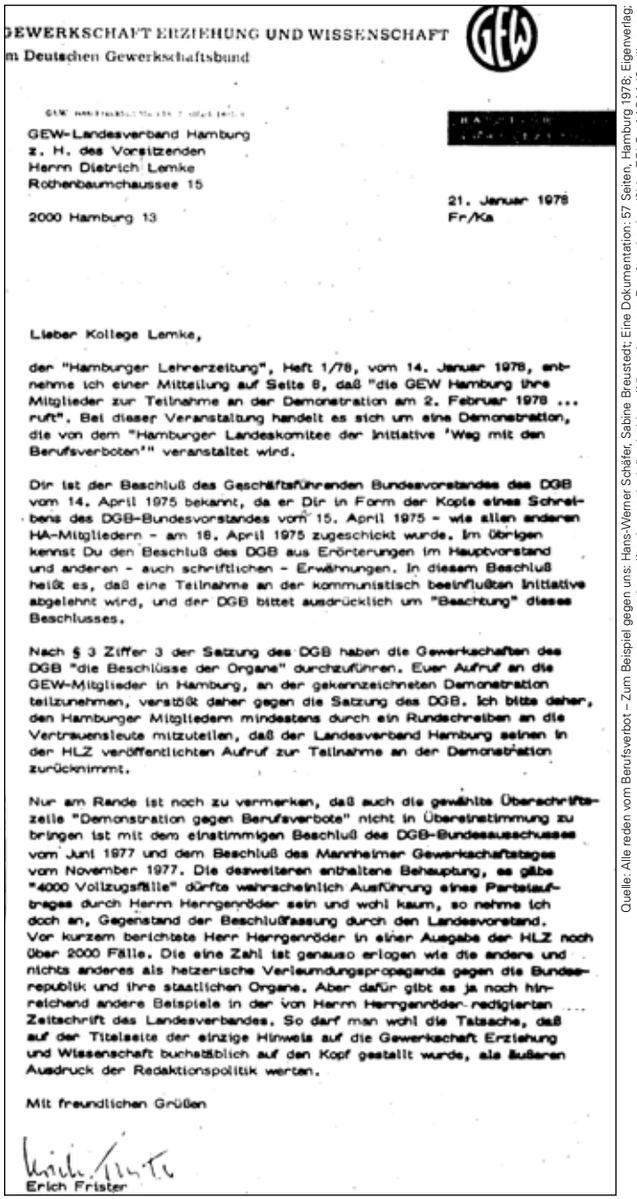
hlz: *Hat der Ausschluss aus der GEW das Berufsverbot letztlich auch erleichtert?*

Gerd Heide: Ja. Ich hatte dadurch auch keinen Rechtsbeistand gekriegt.

hlz: *Wie war es mit anderen Opfern der Berufsverbote? Gab es Solidarität aus diesem Umfeld?*

Gerd Heide: Ich hatte dieses KPD-Umfeld, in dem ich mich bewegte. Die waren natürlich auf meiner Seite, das ist klar. Die Schüler_innen waren auf meiner Seite, die Eltern zum großen Teil auch. Eine Minderheit von Kollegen war auch auf meiner Seite. Insofern war das zeitweilig eine Situation, wo es für mich fraglich war, ob die Behörde sich durchsetzen kann. Aber das ist natürlich naiv gewesen.

Auf jeden Fall hatte ich Unterstützung von verschiedenen K-Gruppen. Die DKP dagegen hat für mein Berufsverbot getrommelt, das sollte man nicht verschweigen.



GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
im Deutschen Gewerkschaftsbund

GEW-Landesverband Hamburg
z. H. des Vorsitzenden
Herrn Dietrich Lemke
Rothenbaumchaussee 15

2000 Hamburg 13

21. Januar 1978
Fr/Ka

Lieber Kollege Lemke,

der "Hamburger Lehrerzeitung", Heft 1/78, vom 14. Januar 1978, entnehme ich einer Mitteilung auf Seite 8, daß "die GEW Hamburg ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Demonstration am 2. Februar 1978 ... ruft". Bei dieser Veranstaltung handelt es sich um eine Demonstration, die von dem "Hamburger Landeskomitee der Initiative 'Weg mit den Berufsverboten'" veranstaltet wird.

Dir ist der Beschluß des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB vom 14. April 1975 bekannt, da er Dir in Form der Kopie eines Schreibens des DGB-Bundesvorstandes vom 15. April 1975 - wie allen anderen HA-Mitgliedern - am 18. April 1975 zugeschickt wurde. Im übrigen kennst Du den Beschluß des DGB aus Erörterungen im Hauptvorstand und anderen - auch schriftlichen - Erwähnungen. In diesem Beschluß heißt es, daß eine Teilnahme an der kommunistisch beeinflußten Initiative abgelehnt wird, und der DGB bittet ausdrücklich um "Beachtung" dieses Beschlusses.

Nach § 3 Ziffer 3 der Satzung des DGB haben die Gewerkschaften des DGB "die Beschlüsse der Organe" durchzuführen. Euer Aufruf an die GEW-Mitglieder in Hamburg, an der gekennzeichneten Demonstration teilzunehmen, verstößt daher gegen die Satzung des DGB. Ich bitte daher, den Hamburger Mitgliedern mindestens durch ein Rundschreiben an die Vertrauensleute mitzuteilen, daß der Landesverband Hamburg seinen in der HLZ veröffentlichten Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration zurücknimmt.

Nur am Rande ist noch zu vermerken, daß auch die gewählte Überschriftszeile "Demonstration gegen Berufsverbote" nicht in Übereinstimmung zu bringen ist mit dem einstimmigen Beschluß des DGB-Bundesausschusses vom Juni 1977 und dem Beschluß des Mannheimer Gewerkschaftstages vom November 1977. Die desweiteren enthaltene Behauptung, es gäbe "4000 Vollzugsfälle" dürfte wahrscheinlich Ausführung eines Parteiauftrages durch Herrn Herrgenröder sein und wohl kaum, so nehme ich doch an, Gegenstand der Beschlußfassung durch den Landesvorstand. Vor kurzem berichtete Herr Herrgenröder in einer Ausgabe der HLZ noch über 2000 Fälle. Die eine Zahl ist genauso erlogen wie die andere und nichts anderes als hetzerische Verleumdungspropaganda gegen die Bundesrepublik und ihre staatlichen Organe. Aber dafür gibt es ja noch hinreichend andere Beispiele in der von Herrn Herrgenröder redigierten Zeitschrift des Landesverbandes. So darf man wohl die Tatsache, daß auf der Titelseite der einzige Hinweis auf die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft buchstäblich auf den Kopf gestellt wurde, als äußeren Ausdruck der Redaktionspolitik werten.

Mit freundlichen Grüßen

Erich Frister

Quelle: Alle reden vom Berufsverbot – Zum Beispiel gegen uns: Hans-Werner Schäfer, Sabine Breustedt; Eine Dokumentation: 57 Seiten, Hamburg 1978; Eigenverlag; https://books.google.de/books/about/Alle_reden_vom_Berufsverbot.html?id=nZQLGwAACAAJ&redir_esc=y

Druck von der Zentrale auf den Hamburger Landesverband. Kam es deswegen bereits zwei Monate später zu 23 Ausschlüssen von Hamburger GEW-Mitgliedern zu diessem Zeitpunkt? Damit lag Hamburg an der Spitze von insgesamt bundesweit 63 Ausgeschlossenen, während aus mehreren anderen Landesverbänden noch keine Ausschlüsse gemeldet wurden. Vgl.: Alexandra Jaeger, Abgrenzungen und Ausschlüsse; Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW-Hamburg in den 1970er Jahren, S. 63, Weinheim 2020

hlz: *Kann man das wirklich so dezidiert sagen?*

Gerd Heide: Ja. Es gibt schriftliche Äußerungen.

Aber dafür gab es Unterstützung aus dem Ausland. In Schweden gab es eine internationale Berufsverbote-Veranstaltung.

Dort wurde über die Berufsverbote auf eine ganz harte Weise diskutiert, was mich bei den Schweden wundert. Die Berufsverbote wurden geradezu radikal verurteilt. Es wurde in Artikeln gefordert, dass die Leute, die das gemacht haben, vor Gericht kommen. Die Diskussion war da sehr zugespitzt.

hlz: *Hatte das Ganze nachher noch juristisch einen Endpunkt?*

Gerd Heide: Es gab mehrere Verfahren. Einmal die Strafverfahren wegen zweimaligem Hausfriedensbruch. Da ist nichts gekommen, obgleich diese Vorwürfe juristisch am leichtesten hätten verfolgt werden können. Die wurden jedoch vom Gericht eingestellt. Aber dann gab es noch ein Disziplinarverfahren.

hlz: *Weshalb eigentlich? Weil du die falschen Fragen gestellt hattest oder „verbotene Wahrheiten“ verbreitet hattest, wie du dich selbst ausdrücktest?*

Gerd Heide: Wegen Indoktrination der Schüler_innen.

hlz: *Aber wenn sie dir den Vorwurf der Indoktrination gemacht haben, müssten sie doch gesagt haben, womit du die Schüler_innen indoktriniert hast?*

Gerd Heide: Nö. Eine eigentliche Diskussion um die Sache gab es nicht. Die wollten das durchziehen. Raus mit dem Kerl, Schluss! Es gab keine Gnade.

Es hat auch lange gedauert. Ich bin ja ’75 rausgeflogen und erst Ende ’81, kurz vor Weihnachten, war das endgültige Urteil: Entlassung aus dem Dienst. Sechs Jahre hatte das also gedauert. Ich wusste vorher, dass ich null Chancen hatte. Ich hatte mich deshalb auch schon lange vorher in ganz Deutschland beworben. Ich weiß nicht: Es war so eine mittlere zweistellige Zahl an Bewerbungen.

In Schweden wurden die Berufsverbote geradezu radikal verurteilt

hlz: *Wie war die Reaktion auf deine Bewerbungen? Wussten die Schulen alle über deinen Fall Bescheid?*

Gerd Heide: Das Zentralorgan für derlei Anzeigen war damals die ZEIT. Wenn du dich jetzt irgendwo auf so eine Annonce bewirbst und du wirst nicht genommen, dann kriegst du einen Brief: „Vielen Dank für Ihre Bewerbung. Leider usw. … Anbei Ihre Unterlagen.“ Ich habe immer einen Brief gekriegt, der ungefähr so aussah: „Eine Bewerbung von Ihnen kommt nicht infrage.“ Keine Rücksendung der Unterlagen und auch kein „leider“.

Die hatten natürlich alle in Hamburg angerufen: Was ist denn das für ein Vogel? Beamter auf Lebenszeit und jetzt bewirbt er sich hier in Bayern? Dann haben sie das gesagt und dann war es aus.

Viel später habe ich in Hamburg noch ein Gnadengesuch gemacht: 1990, als ich dachte, diese ganzen Frontstellungen sind völlig obsolet. Ich hatte zwei prominente Fürsprecher: die Schulsenatorin Raab und der vorherige Schulsenator Grolle. Aber es hat nichts genützt, das Gesuch ist abgelehnt worden.

hlz: *Du hast dann Arbeit in einem Edelinternat gefunden – wie kam das?*

Gerd Heide: Ich bin nach dieser erfolglosen Odyssee von Bewerbungen im Internat Louisenlund in Schleswig-Holstein gelandet. Das ist ein Edelinternat, es wurde 1949 von Kurt Hahn gegründet, der auch Salem ins Leben gerufen hat. In der Zeit der britischen Besatzung wurden Großgrundbesitzer zu allen möglichen Sachen bewogen, so auch die Familie Schleswig-Glückstadt-Sonderburg zur Einrichtung der Stiftung Louisenlund. Und dort wurde ich 1982, genau elf Tage, nachdem ich endgültig aus der Schule flog, eingestellt. Es gab da eine ganze Menge von fantastischen Zufällen, wodurch ich den Job gekriegt habe.

hlz: *In der Obhut des Adels, gepaart mit dem diskreten Charme der Bourgeoisie?*

Gerd Heide: Kann man so sagen.

hlz: *Und die hatten dann keine Probleme mit deiner Vergangenheit?*

Gerd Heide: Nö, überhaupt nicht. Ich war dort Lehrer für Kunst und Geschichte.

Diese ganze Adelsmischpoke und die Bourgeoisie haben ja ein ganz ausgeprägtes Klassenbewusstsein, das ihnen ein ungeheures Selbstbewusstsein verleiht. Ich hätte den ganzen Tag mit einer roten Fahne rumlaufen können. Die hätten wahrscheinlich nur gesagt, „sieht ja komisch aus“.

hlz: *Gab es keine politischen Vorbehalte?*

Foto: hlz

Gerd Heide: Vom Kunsterzieher zum Künstler mit einem seiner Bilder – Der Künstler im Atelier seines Meisters bei der Arbeit; Motiv C.F. Kersting, Caspar David Friedrich im Atelier 1811 – nächste Ausstellung ab 13.2. – 13.3. im Kulturkreis Torhaus Wellingsbüttel; www. kulturkreis-torhaus.de

Gerd Heide: Eher als Anekdote. Wir hatten vom Innenministerium Broschüren zur politischen Bildung über das „Parlamentarische System der Bundesrepublik“. Da war alles Mögliche drin, unter anderem ein Wahlschein von der Bundestagswahl ’76. Ein völlig irrsinniger Zufall: ausgerechnet einer aus Hamburg-Eimsbüttel, auf dem ich als Kandidat der KPD drauf war. Das kriegte nun jede 10. Klasse. Die Schüler_innen sagten: Das ist doch unser Heide! Weiter nichts. Irgendwann kriegten die Eltern das aber mit und intervenierten beim Schulleiter.

Wir hatten uns bis dahin bestens verstanden, aber er musste mich natürlich ins Gebet nehmen. Also sagt er: „Das wird jetzt ernst, ich muss da irgendwas machen, die Eltern sind jetzt auf der Barrikade.“

Es war noch gar nichts spruchreif, da sprach mich ein Schüler aus der 12. Klasse an und sagt zu mir: „Herr Heide, ich habe gehört, Sie haben politische Probleme. Wenn Sie es mir erlauben, würde ich mich gerne für Sie verwenden.“ Wohl etwas irritiert habe ich gesagt: „Ja, natürlich!“ Dann hat der Schüler mit dem Schulleiter zusammen einen Brief an die Eltern geschrieben und unterzeichnet – und damit war Schluss.

hlz: *Wieso?*

Gerd Heide: Der Name dieses Schülers: Alexander von Witzleben. Der General von Witzleben war dieser alte große Mann, der als Angeklagter des 20. Juli *(wegen des Attentats auf Hitler; die Red.)* vor Freisler im Volksgerichtshof seine Hose festhalten musste. Das war sein Großvater. Nachdem die Eltern den Namen gelesen hatten, kam nichts mehr.

hlz: *Gerade im Zusammenhang mit der AfD und deren völkischem Flügel gibt es teilweise die Diskussion, ob es für Leute aus deren Umfeld wieder Berufsverbote geben könnte.*

Gerd Heide: Was auffällt, ist immer, dass Rechte in der Beziehung mit Samthandschuhen angefasst werden, das hat sich nicht geändert.

Man muss ja sehen: Damals mit Vietnam und 1968 und den Folgen – da waren wir ja kurz davor, die meinungsmäßige Hegemonie zu bekommen oder wir glaubten, dass wir sie hatten. Das ist heute auf jeden Fall anders. Insofern sind die Linken jetzt doch harmlos: Es sind vereinzelte Leute, die mehr oder weniger sagen, was sie nicht gut finden. Deswegen ist ein Berufsverbot gegen Linke nur ein schlafender Tiger. Aber: Nach den Berufsverboten ist vor den Berufsverboten.

hlz: *Wir danken dir für das Gespräch!*

Die Fragen stellten
JOACHIM GEFFERS
und MANNI HEEDE

Peng – und schon warst du draußen

Fall Hauswald

Wie es einem Kollegen erging, der allein wegen eines aufklärerischen Sexualkundeunterrichts aus der GEW ausgeschlossen wurde

Zu erzählen ist vom Erleben eines obrigkeitsstaatlichen Zusammenspiels einer Schulleiterin mit der Behörde gegen einen nicht genügend „spurenden“ Junglehrer, von einem Fall von Disziplinierung also – und von einem gegen alles Linke mit geradezu panischer Angst erfüllten Zeitgeist – und dem DGB mit ihm.

In den späten Sechzigern waren auf einmal mehrere Gymnasien im Aufbau gegründet worden. Schön für viele Anwärterinnen und Anwärter auf Direktoren-Stellen, schlecht jedoch für dem konservativ orientierten Philologenverband zuneigende typische Gymnasialleiter, die jedes Jahr mit jungen Referendaren und Referendarinnen beglückt wurden: junge Leute, gerade dem Seminar entsprungen, glücklich gespannt auf ihre erste Stelle, erfüllt mit den bildungspolitischen Ideen der späten 60er Jahre.

Liebevolles Beobachten und Fördern in der 5. und 6. Klasse war für uns angesagt. Nicht so für die gestandene Schulleiterin und ihre (vermutlich erwählten) drei älteren Kollegen, mit denen sie zwei Jahre zuvor die neue Schule (untergebracht in Pavillons) mit drei fünften Klassen gegründet hatte.

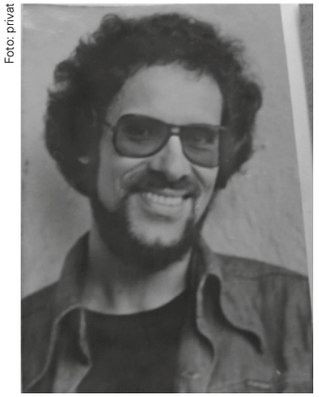
Recht bald schon wurde uns Neuen nahe gelegt, rechtzeitig die Eltern der für das Gymnasium „ungeeigneten“ Schüler und Schülerinnen dahingehend zu beraten, dass sie ihre Kinder doch nach der 5.Klasse an eine H/R-Schule ummelden sollten. Dies sei für das Selbstgefühl der Kinder und ihre Lernerfolge (auf dem anderen Niveau) viel förderlicher, somit menschenfreundlicher.

Ich blieb mit einigen der „Neuen“ bei dem, was wir im Studienseminar für uns als einleuchtenden Weg eines gesellschaftlichen Erneuerungsweges erkannt hatten (sozialer Ausgleich durch kompensatorische Erziehung). Das kam bei der Schulleitung nicht so gut an, wie sich zeigte.

Nach drei Jahren Arbeit an meiner ersten Schule und am letzten Tag vor den Schulferien teilte mir die Direktorin mit, ich möge auf dem Weg nach Hause doch in der Schulbehörde zu einem Termin vorbeifahren.

Frohgemut dachte ich: Aha, die Ernennung zum Studienrat steht an. Die erfolgte dann zwar auch, der eigentliche Anlass für

Foto: privat



Jung und ungestüm

das Gespräch war jedoch ein anderer. Mich empfing nicht der OSR Müller allein, auch sein Vorgesetzter war zur Stelle und mir wurde ein Katalog mit Verfehlungen vorgelegt, zu denen ich Stellung nehmen sollte. An nur wenige der Punkte erinnere ich mich, sie waren aber auch zu läppisch, um sie sich zu merken.

Nicht vergessen kann man jedoch den „Trumpf" der Befragungsliste:

„Herr Hauswald, stimmt es, dass sie in ihrem Sexualkundeunterricht den Schülern gesagt haben, man könne Selbstbefriedigung auch mit dem Besenstiel betreiben?"

Was war da geschehen?!

Sexualkundeunterricht wurde in diesen Jahren seitens der Schulleitung als Ableistung einer unerwünschten Aufgabe organisiert. Er bestand darin, dass die fünf fünften Klassen in zwei Gruppen in einem der Klassenräume (die leider die 150 Schüler und Schülerinnen nicht auf einmal fassten) jeweils etwa 20minütige Filme der Landesbildstelle über die männlichen und weiblichen Geschlechtsorgane (vorwiegend Schnittzeichnungen!) vorgeführt bekamen. Abschließend kam die Frage der Schulärztin Dr. Lange-Freitag: „Habt ihr dazu noch Fragen?"

Diese Vorstellung erschien mir nicht so besonders hilfreich und aufklärend. Ich fand ein auch für Kinder der 6. Klasse schon gut brauchbares Buch, ein dänisches, das damals gerade erschienen war. Wohl wissend, dass ich ein damals „heißes Eisen" berührte, bat ich die Elternvertretung meiner Klasse um kritisich-prüfende Lektüre. Sie fanden das Buch ebenfalls in Ordnung und empfahlen den Kauf auf einem Elternabend.

Im Kapitel Selbstbefriedigung rät der Autor (Bent H. Claesson, Sexualaufkllärung für Jugendliche), den Kindern Präservative in die Hand zu geben, damit sie diese kennen lernen. Um sie spielend auch mal auszuprobieren, gab es damals ziemlich sicher noch nicht den später gebräuchlichen Holzpimmel.

Was also lag näher, als die Kinder den Gummi mal über einen Besenstiel streifen und wieder abrollen zu lassen? Das fanden sie – wie man sich denken kann – sehr vergnüglich.

Wie war dies zur Schulleitung und dann als „Trumpf" in die Behörde gelangt?

Durch ein feines „Netzwerk", beginnend bei einer Schülerin der Klasse, die den „Vorfall" unter anderem an ihre ältere Schwester gegeben hatte, die wenig später als Kollegin an die Schule kam und dauerhaft blieb.

Beim Termin in der Schulbehörde war die abschließende Frage, ob ich nicht auch der Meinung sei, dass mein Verhältnis zur Schulleitung zerrüttet sei und ob ich darum lieber an einer anderen Schule weiterarbeiten sollte. Ich wollte nicht, da ich mich in der Arbeit mit meinen Klassen sehr wohl fühlte.

Aber danach fragte unser Dienstherr nicht. Drei Tage vor Ende der Ferien erhielt ich die Nachricht, dass ich meinen weiteren Dienst am Hansa-Kolleg zu leisten habe. Bisher hatte ich Klasse 5 bis 7 unterrichtet. Ab sofort also nur noch gymnasiale Oberstufe - und zwar mit Erwachsenen.

Interessante Erfahrung ca. 6 Jahre später (Ende der 70er Jahre): Zwei Kollegen meiner ersten Schule traten ihre Arbeit an einer Schule des (wieder) 1. Bildungsweges, in den ich mich zurück beworben hatte, an: Sie waren zwei von 10 Kollegen, die sich aus meiner ersten Schule alle auf einen Schlag wegbeworben hatten und alle auf einen Schlag gehen gelassen wurden! Ein meines Wissens einzigartiger Vorgang!

Ausschluss aus der GEW

Über die Vorfälle an diesem bemerkenswerten Gymnasium wurde innerhalb unserer GEW-Kollegiumsgruppe eine Dokumentation über meinen Disziplinierungsfall erstellt. Die Vorfälle waren in den Folgemonaten auch Thema auf der Schulkreiskonferenz Hamburger Osten.

Ebenso interessiert an solchen Fällen von Disziplinierung unterhalb der damals praktizierten Berufsverbote zeigte sich auch eine der damals vielen linken Gruppierungen. Diese lud Bernhard Laux, der Ähnliches an seiner Schule erlebt hatte und mich ein. Wir nahmen an und berichteten.

Das hätten wir besser nicht getan, wenn uns an unserer GEW-Mitgliedschaft lag.

In panischer Angst gegenüber allem, was sich links der SPD verstand, waren damals SPD und Gewerkschaften gefangen. Ganz „demokratisch" wurden Bernhard gerade eben nicht und ich gerade eben doch aus der GEW ausgeschlossen. So geschehen auf der Hauptversammlung unserer Hamburger GEW-Kollegen und -Kolleginnen im Curiohaus.

Dies war seinerzeit ein extrem harter Schlag für mich. In der GEW hatte ich bis dahin einen Verbündeten gegen rückwärtsgewandte Kräfte wie meine Schulleitung gesehen und die Gewerkschaft für meine politische Heimat gehalten.

Diese von extremer Berührungsangst gegenüber radikaleren linken Orientierungen bestimmte Politik hielt ich damals und halte ich weiterhin für einen unverzeihlichen Sündenfall der damaligen SPD/DGB-Linie.

Umso schöner und tröstlicher, dass wenigstens jetzt nach Jahrzehnten die damaligen Vorgänge aufgearbeitet worden sind und werden und eine freundliche Geste der Wiedergutmachung angeboten wurde.

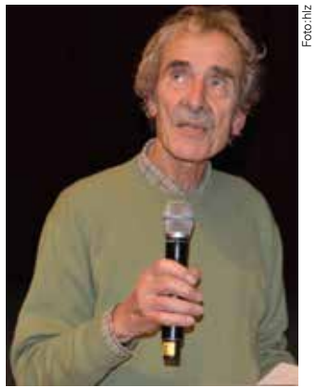
Für mich schloss sich der Kreis auf sehr symbolhafte Weise, als wir 80jährigen kürzlich zur festlich gestalteten Feier eingeladen waren an eben den Ort, der vor etwa 40 Jahren für mich der Ort einer so einschneidend negativen Erfahrung geworden war.

Dank an alle heutigen GEW-Verantwortlichen, die diesen Aufarbeitungsprozess in die Wege geleitet, verantwortet und finanziert haben!

Ein später, aber guter Schritt!

IVE HAUSWALD

Foto:hlz



Auf der Ehrenfeier der GEW im November 2021

50 JAHRE BERUFSVERBOTE
UND UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE

Die Bereitschaft ist da

Die GEW erwartet von den Verantwortlichen in Bund und Ländern die politische und materielle Rehabilitierung der Menschen, die der am 28. Januar 1972 von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und den Länder-Regierungschefs beschlossene „Radikalenerlass" getroffen hat. Zudem ist eine nachhaltige, wissenschaftlich fundierte Aufklärungsarbeit über diese Zeit und die Folgen des so genannten „Extremistenbeschlusses" dringend notwendig. „Der ‚Radikalenerlass' hat individuelle Grundrechte der Betroffenen verletzt. Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst, darunter zahlreiche linke Lehrkräfte, sind teils kollektiv diffamiert und verfolgt worden. So wurden vielen Menschen Berufs- und Lebensperspektiven genommen und das Vertrauen in die Demokratie sowie in den Rechtsstaat massiv beschädigt", betonte GEW-Vorsitzende Maike Finnern in Frankfurt am Main mit Blick auf den 50. Jahrestag des „Radikalenerlasses" (…). Deshalb unterstütze die Bildungsgewerkschaft die Anliegen der Betroffenen, die Wiedergutmachung fordern. „Die Betroffenen erwarten für das Unrecht, das sie erleben mussten, zu Recht eine Entschuldigung und eine finanzielle Entschädigung." (Aus: Presserklärung GEW-Bund zu 50 Jahren Radikalenerlass v. 27. Januar 2022)

Als GEW Hamburg fordern wir von Seiten der Politik eine umfassende Rehabilitation der Betroffenen (…)

- Ein Eingeständnis der Politik hier in Hamburg, dass der Radikalenerlass eine Fehlentscheidung gewesen ist.
- Eine offizielle Entschuldigung bei den Betroffenen für das ihnen zugefügte Unrecht.
- Vorschläge der Politik für eine Rehabilitierungs- und Entschädigungsleistung.
- Eine Aufarbeitung der Hamburger Berufsverbotefälle seitens des Senats. Das Land Niedersachsen hat am 15.12.2016 ein solches Vorgehen für sich beschlossen. (Aus: Presseerklärung 20. August 2018)

„Als GEW Landesverband Hamburg nehmen wir die nun vorliegende Arbeit von Andrea Jäger (s. Literaturhinweis S. 64) zum Anlass, den Betroffenen gegenüber um Entschuldigung zu bitten, zudem haben wir weitere Maßnahmen beschlossen, um diesen unseren Respekt zu vermitteln: Dazu gehört eine ‚Anerkennungspauschale' sowie eine beitragsfreie Mitgliedschaft. Auch wenn das begangene Unrecht nicht rückgängig gemacht werden kann, so möchten wir doch damit die Betroffenen deutlich um Entschuldigung bitten", kommentierte Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg. (Aus: Presseerklärung v. 11. Dezember 2019)

Hinrich von der Lieth (Teil 1)

Nationalsozialist der ersten Stunde mit „notorischer Unfähigkeit“

Der schon 1930 in die NSDAP eingetretene von der Lieth wurde noch vor 1933 Leiter des NSLB. Er gehörte zunächst zu den „alten Kämpfern“, die den zukünftigen NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz und seine Mitstreiter bekämpften. Er zeigte sich aber flexibel und wurde später von Schulz und anderen NSDAP-Größen immer wieder mit Funktionen und Aufgaben betraut

Foto : Bundesarchiv

Hinrich von der Lieth, 1933
Gauobmann des NSLB Hamburg

Annemarie Biedermann, 1903 geboren, Sekretärin bei der Gesellschaft der Freunde schon seit 1922, beschreibt von der Lieths erstes Auftreten im Curiohaus nach der Gleichschaltung mit dem NSLB vom April 1933:

„Am tollsten haben mir aber doch die Knie beim folgenden Erlebnis gewackelt: Der Parteigenosse von der Lieth war damals an der Reihe, der Erste im NSLB-Stab zu sein. Er saß in seiner funkelnagelneuen braunen Uniform recht repräsentativ im Verlagszimmer am Leiter-Schreibtisch.

Als ich dann in die Anfangsgründe meiner Arbeit (das Einheften der gestempelten Lichtbilder in die Personalausweise mittels Lochzange) eingeführt worden war, ließ er eigens für mich eine Ansprache steigen. Er legte seinen Dienstrevolver vor sich auf den Tisch (im Futteral wenigstens noch - Gott sei Dank!) und eröffnete mir: ‚Also – Frau Biedermann! Wir haben Sie hierher nun zur Hilfe mit herangezogen. Aber das eine will ich Ihnen gleich von vornherein sagen: Über alles, was Sie hier sehen und hören, haben Sie strengstes Stillschweigen zu bewahren! Erfahre ich, daß Sie auch nur das Geringste davon zum Beispiel im II. Stock erzählen, so würden Sie von uns kalt gemacht werden!‘ … (Es) war wirklich Ernst! Die neue Größe war den damaligen Machthabern tatsächlich zu Kopf gestiegen.“

Friedrich Wilhelm Licht, viele Jahr lang im Vorstand der Gesellschaft der Freunde und im zuständigen Fachausschuss bei der Entnazifizierung, schrieb am 9.11.1948: „Lediglich aus der Tatsache, dass von der Lieth bei seiner notorischen Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit von den Nazis nicht groß herausgestellt werden konnte, ist es zu erklären, dass dieser Mann nicht eine ganz hohe leitende Stellung im hamburgischen Schulwesen erhalten hat. Immerhin haben die maßgebenden Nazikreise immer wieder versucht, ihn in gehobenen Stellungen unterzubringen, die er allerdings wiederholt wechseln mußte, weil überall seine Unfähigkeit schnell zu Tage trat.“

Werdegang

Hinrich von der Lieth wurde am 31.3.1900 in Dörpstedt bei Schleswig als Sohn eines Gastwirts geboren. Er besuchte die einklassige Dorfschule in Hollingstedt bis zu seinem 14. Lebensjahr und wechselte dann auf das Lehrerseminar in Rendsburg. 1920 kam er nach Altona, wo er Ostern 1921 die 1. Lehrerprüfung bestand. Zwischenzeitlich war er drei Monate im Militärdienst (bis zum 20.12.1918), „ohne im Feld gewesen zu sein“.

Das Seminar in Altona schloss er mit einem schwachen Zeugnis ab, durchweg „genügend“, bis auf „Gesang und Violinspiel“. Hier lag offenbar auch eine Leidenschaft und Begabung des fidelen Hinrich von der Lieth, der nach 18-monatiger „Stellungslosigkeit“ am 13.10.1922 an der Schule Taubenstraße 6 auf St. Pauli angestellt wurde. Parallel dazu studierte er sieben Semester Musikwissenschaft und Phonetik an der Universität Hamburg. Vermerkt ist, dass von der Lieth auch als Chorleiter des Chorvereins St. Pauli von 1923 wirkte.

Ein durchgehendes Problem von der Lieths war seine Geldknappheit. In seiner Personalakte sind immer wieder Pfändungsverfahren notiert. 1926 begründet von der Lieth seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit der Erwerbslosigkeit seines Vaters und seines Bruders, die von ihm unterstützt worden seien.

Zwar wurde von der Lieth 1929 nach bestandener 2. Lehrerprüfung fest angestellt. Auch danach gab es viele Gehaltspfändungen.

Nicht gerade ehrenhaft für einen Schulmeister, wenn sich ein Schneider am 8.3.1932 an die Behörde wendet, weil von der Lieth eine beauftragte Weste nicht bezahlt hat. Er schreibt: „Der Mann ist seine Stellung ja gar nicht wert.… Ich möchte aber, wenn ich ein schulpflichtiges Kind hätte, es so einem Manne nicht anvertrauen“. Von der Lieth habe „schmutzigen Charakter“.

Von der Lieth im NSLB

Hinrich von der Lieth trat am 1.12.1930 in die NSDAP ein. Im Sommer 1931 wurde er Mitglied des NSLB, was ihn, als „alten Kämpfer“, für führende Positionen 1933 prädestinierte. Da der NSLB 1932 in einer schwierigen, konfliktreichen Situation war, wurde von der Lieth unter anderem mit Unterstützung des NSLB und auch des Hamburger Gründungsmitglieds Albert Mansfeld sowie des NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann Vorsitzender des Hamburger NSLB.

Am 29.4.1933, zwei Tage nach der Zustimmung der Gesellschaft der Freunde zur Gleichschaltung, fand eine große Versammlung der „Gesamtlehrerschaft bei Sagebiel“ statt. Hier sollte die Hamburger Lehrerschaft auf den NSLB und die nationalsozialistische Bewegung eingeschworen werden. Die HLZ berichtete:

„SA-Männer besorgten die Saalordnung, eine SA-Kapelle spielte Märsche, Hitler-Jugend marschierte auf und nahm in den Gängen Aufstellung. Der Gauobmann des Lehrerbundes, Herr von der Lieth, leitete die Versammlung. Das Lied der Nationalsozialistischen Revolution und das Deutschlandlied werden stehend gesungen, dem Regierenden Bürgermeister Hamburgs und dem Führer des Reichs und der Bewegung wurde gehuldigt.“

Als Redner fungierten der neue Schulsenator Karl Witt sowie die gerade berufenen Oberschulräte Walter Behne und Theodor Mühe sowie Bürgermeister Carl Vincent Krogmann. Offenbar zeigte sich aber bald danach bei den führenden Nationalsozialisten im Schulwesen, was Licht „notorische Unfähigkeit und Ungeschicklichkeit“ genannt hatte.

Es gab 1933 immer wieder aufflammende Auseinandersetzungen im NSLB, an denen anfangs Prof. Gustaf Deuchler und zunehmend Albert Mansfeld und Willi Schulz beteiligt waren. Zuerst stärkte die Zentrale des NSLB in Bayreuth den Gauobmann von der Lieth, aber mit abnehmender Geduld: „Verantwortlich, und zwar hundertprozentig sind Sie allein. Wenn der Laden in Hamburg nicht endlich klappt, muss ich Sie auch verantwortlich machen. Also handeln Sie, aber taktisch klug und sonst ohne Rücksicht, nur unserem Bund zu Ehren und Nutzen. Mit besten Wünschen und Hitler-Heil!“

Von der Lieth hatte nie lange Wirkungsmöglichkeiten, „weil überall seine Unfähigkeit schnell zu Tage trat“.

Wechselnde Aufgaben

Hinrich von der Lieth war für seine Arbeit von der Landesunterrichtsbehörde am 24.4.1933 „auf unbestimmte Zeit“ und „zur besonderen Verwendung“ vom Schuldienst beurlaubt worden. Am 31.5.1933 wurde er aufgefordert, den Dienst wieder aufzunehmen. Die Zeiten waren bewegt. Willi Schulz und Albert Mansfeld setzten sich gegen „die alten Kämpfer“ im NSLB durch, aber Hinrich von der Lieth wurden Angebote gemacht:

Am 11.7.1933 wurde er zum Schulleiter der Schule Taubenstraße 6 ernannt. Der Reichsgeschäftsführer des NSLB dankte von der Lieth, verbunden mit der Hoffnung, „ihn mit seinen Kameraden als Treuhänder und Wächter über unserer heiligen Sache in Hamburg auf dem Posten zu finden. Im Namen von Staatsminister Schemm spreche ich Ihnen für die geleistete zielbewusste Arbeit im NSLB Dank und Anerkennung der Reichsleitung aus.“

Am 22.7.1933 wurde von der Lieth außerdem von der NSDAP-Parteizentrale in München zum „Stellvertreter des Reichsschulungsleiters Pg. Gundler, Hamburg für die SA und SS ernannt“. Um das Glück zu vervollständigen, heiratete Hinrich von der Lieth am 3.6.1933 die 20jährige Charlotte Schardig.

Von der Lieth blieb rührig in der NS-Bewegung. Am 9.9.1933 meldete er sich für zwei Tage vom Dienst ab. Er hatte „die Aufforderung der obersten SA-Führung erhalten, sofort nach Berlin zu kommen, um organisatorische Aufgaben zu erledigen.“

Beruflich zeigte sich allerdings, dass von der Lieth nie lange Wirkungsmöglichkeiten hatte, „weil überall seine Unfähigkeit schnell zu Tage trat“, wie Friedrich Wilhelm Licht es später zuspitzte. Schon nach einem Jahr wurde von der Lieth am 3.8.1934 zu Wilhelm Gundlach an die Gauführerschule abgeordnet. Dort zeigte sich von der Lieths Unzuverlässigkeit. Er antwortete nicht auf Schreiben der Landesunterrichtsbehörde (LUB) und Oberschulrat Albert Mansfeld vermerkte, „auch frühere Schreiben der LUB hat Herr von der Lieth unbeantwortet gelassen.“

Schon am 1.11.1934 war von der Lieth wieder zurück an der Taubenstraße als Schullei-

ter. Bald gab es jedoch ein Gespräch mit Landesschulrat und NSLB-Gauamtsleiter Schulz bei NSDAP-Gauleiter Karl Kaufmann. Der loyale Parteisoldat von der Lieth sollte mit besonderer Besoldung die Leitung der Gauführerschule Lütjensee übernehmen. In der Personalakte ist vermerkt, dass von dem Gehalt von der Lieths immer noch Schulden abzuzahlen waren.

Die nächste Station war dann am 1.9.1935 die Schulleitung der Schule Slomanstieg auf der Veddel, eine Schule mit „Oberbau“, d. h. mit der Berechtigung, die Mittlere Reife abzunehmen. Daher wurde von der Lieth am 2.5.1936 zum Mittelschullehrer ernannt (Besoldungsgruppe A12).

Am 12.5.1936 fragte der stets klamme von der Lieth bei Karl Witt an, ob „eine Möglichkeit vorliegt, dass die drei Jahre meiner Zugehörigkeit zur NSDAP vor der Machtübernahme auf mein Besoldungsdienstalter angerechnet werden können? Sollten Sie auch das veranlassen können, so wäre ich Ihnen außerordentlich dankbar und ich wäre restlos befriedigt. Heil Hitler!“

Die Befriedigung kam. Es wurde vermerkt: Von der Lieth und ein anderer Geförderter „sind alte Kämpfer der NSDAP und wurden auf besonderen Wunsch des Herrn Reichsstatthalters nachträglich beschleunigt zur Ernennung vorgeschlagen.“ Die Ernennung wurde auf den 1.1.1936 zurückdatiert.

Von der Lieth blieb rührig in der NS-Bewegung: Er wurde Prüfer für das Gebiet „Weltanschauliche Schulung“ bei Organisationen des Reichsberufswettkampfes, 1937 jubelte er dem Führer beim NSDAP-Parteitag in Nürnberg zu.

Von 1936 an war Hinrich von der Lieth auch für den NSLB wieder aktiv als Kreisamtsleiter im Kreis II.

Über von der Lieths Schulleitertätigkeit liegt eine Beschwerde eines Vaters in seiner Personalakte vor. Julius Schierholz beschwert sich darin über die Züchtigung seines neunjährigen Sohnes Rolf durch Schulleiter von der Lieth. Dieser habe Aufsicht im Schulgebäude gehabt und dabei zwei Kinder mit dem Rohrstock „gezüchtigt“, weil die Kinder im Schulgebäude getobt hätten und zu laut waren. Die Version von Vater Schierholz: Sein Sohn habe „nur ganz leise zu seinem Nebenmann bei der Züchtigung des ersten Kindes geflüstert ‚das hat aber hingezogen‘, worauf der Schulleiter mit den Worten: ‚Raus du, du bist auch noch nicht gezähmt‘, den ‚Zähmungsanfang‘ einleitete und mit dem Rohrstock den nötigen Hinterdruck verlieh. Ich kann Zähmungsversuchen von Dompteuren Tieren gegenüber das volle Verständnis entgegenbringen, von Schulleitern bei Kindern nicht.“ Hinrich von der Lieth „bügelt die Beschwerde des Vaters im persönlichen Gespräch ziemlich rüde ab“. Auch Schulrat Köhne versuchte abzuwiegeln, forderte aber von Schulleiter von der Lieth ein nochmaliges Gespräch und wies den Vater Schierholz darauf hin, dass von der Lieth gerade viele Unterredungen zu führen habe.

Inspekteur bei der Kinderlandverschickung

Hinrich von der Lieth hatte selbst drei Kinder (geboren 1933, 1936 und 1939), als er am 20.5.1940 zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Nach halbjähriger Tätigkeit als Gefreiter bei einer Nachschubkolonnenabteilung in Frankreich und einigen Schriftwechseln wurde er für die Kinderlandverschickung reklamiert. In seinem Spruchkammerverfahren verharmloste er diese Phase als „mit Schülern in der Kinderlandverschickung“.

Tatsächlich war er NSLB-Inspekteur im Gau München-Oberbayern. Die Briefwechsel, die Hinrich von der Lieth auf dem Briefpapier der NSDAP-Gauleitung München-Oberbayern mit dem verantwortlichen Organisator der Kinderlandverschickung in Hamburg, Heinrich Sahrhage und NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz führte, sind sehr aufschlussreich. Sie zeigen einen loyalen und verständigen von der Lieth, der offenbar nach der schwierigen, konfliktbeladenen Zeit im NSLB-Hamburg 1933, als er von Willi Schulz als Gauamtsleiter abgelöst wurde, ein gutes, vertrauensvolles Verhältnis zu Schulz pflegte.

Er schreibt: „Auch Dir danke ich ganz besonders für das Vertrauen, dass Du mir entgegenbringst. Soweit es in meiner Kraft liegt, werde ich tätig sein und ich hoffe, Dich nicht zu enttäuschen.“ Und nach Erörterung einiger Probleme, die er lösen wolle, merkt er an: „Mir persönlich geht es hier ausgezeichnet. Augenblicklich fühle ich noch kein Erlahmen meiner Arbeitskraft. Ich hoffe auch nicht, der Nachfolger von Herrn Lipke zu werden in gesundheitlicher Hinsicht. Meine Nerven werden es mir schon gestatten, die KLV zu überleben, auch wenn man KLV liest: ‚Kannst langsam verrückt werden!‘ Dir die herzlichsten Grüße. Heil Hitler! Dein Hinnerk von der Lieth.“

Der Konflikt mit Heinrich Sahrhage bestand darin, dass KLV-Inspekteur von der Lieth eigene Vorstellungen hatte, wie viele Lehrkräfte er in den KLV-Lagern in Oberbayern haben konnte und darüber in selbsttätigen Kontakt mit Schulleitungen an Hamburger Schulen getreten war. Sahrhage wies darauf hin, dass nur die Zentrale in Hamburg hierüber Überblick und Entscheidungskompetenz habe.

Sahrhage schreibt am 22.7.1941:

„Daher die Bitte, Du mögest dort keinerlei Hamburger Lehrkräfte ohne unsere Mitwirkung einsetzen oder absetzen. Du bist nun selbst schon so lange aus dem eigentlichen Schuldienst in Hamburg fort, dass Du die augenblickliche Lage hier schwer übersehen kannst. Rechne bitte einmal nach, was es bedeutet, wenn von rund 4000 Lehrkräften zunächst einmal über 1200 der einsatzfähigsten Männer bei der Wehrmacht sind und weitere über 1200 Männer und Frauen in der Kinderlandverschickung. Der Rest sitzt hier in zum Teil stark überfüllten Klassen und wird dadurch keinesfalls leistungsfähiger. Ich bitte das bei Deinen Anforderungen auf Ablösung von Lehrkräften, die sich dort nicht mehr voll und ganz bewähren, zum Teil wohl auch wegen ihrer langdauernden Überbeanspruchung durch das Lagerleben, zu berücksichtigen.

Selbstverständlich hast Du als Inspekteur volles Vertrauen der Hamburger Gauwaltung und auch Handlungsfreiheit, soweit sie sich eben mit den hiesigen Verhältnissen in Übereinstimmung bringen lässt. Irgendwie werden wir nun doch wohl zurecht kommen, wenn wir uns gegenseitig bestmöglich unterstützen.“

Gefangenschaft statt Karriere im Osten

Am 1.4.1941 meldete sich von der Lieth „zur Verwendung in den besetzten Ostgebieten.“ Ebenso wie manch anderer überlegte er offenbar, wo er nach dem gewonnenen Krieg eine geeignete Wirkungsstätte finden könnte. Am 30.4.1942 erneuert von der Lieth seinen Wunsch auf Verwendung als Schulbeauftragter in besetzten Ostgebieten bei den Gebietskommissaren im Osten.

Von der Lieth lernte Russisch und nahm an einem vierwöchigen Sprachkurs teil, um die Dolmetscherprüfung ablegen zu können. Er war dafür vom Schuldienst befreit worden. Am 13.12.1944 dankte von der Lieth dem aktuellen Leiter der Hamburger Schulverwaltung, Ernst Schrewe. Er teilte dabei mit, die Dolmetscher-Prüfung bestanden zu haben und mit dem 5.12.1944 in die Dolmetscher-Kompanie Posen eingezogen worden zu sein.

Aus der Ostkarriere nach dem Krieg wurde jedoch nichts. Von der Lieth geriet am 28.1.1945 in russische Kriegsgefangenschaft. Auch dafür wird das Dolmetscherexamen hilfreich gewesen sein.

HANS-PETER DE LORENT

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet. Sie können beim Autor angefragt werden: hpdelorent@aol.de

Fortsetzung folgt

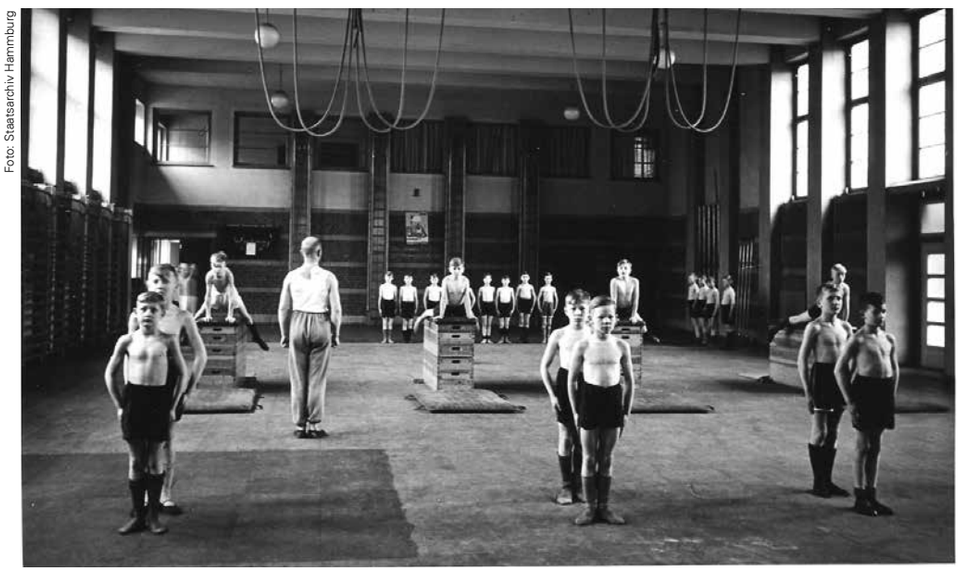


Foto: Staatsarchiv Hamburg

Sportunterricht an der Schule Slomanstieg auf der Veddel – Schulleiter ab 1935: Hinrich von der Lieth

Prozess wegen Nazi-Biographie – neuer Termin

Christel Sachs, Enkelin von Oscar Toepffer, strengte 2019 einen Prozess gegen Hans-Peter de Lorent als Autor der Toepffer-Biographie an (siehe hlz 5-6/2019 und hlz 7-8/2019). Am 20.April (!) wird vor dem Landgericht weiter verhandelt oder möglicherweise auch das Urteil gesprochen:

Mittwoch, 20.4.2022 um 10.00 Uhr, Sitzungssaal A 234, 2. Etage, Sievekingsplatz 1 (Ziviljustizgebäude)

RÜSTUNGSEXPORTVERBOT

Drehscheibe ausbremsen

Volksinitiative erfolgreich gestartet

Am 14.12. 21 wurden von der „Volksinitiative gegen den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen“ 16 442 Unterschriften im Rathaus übergeben. Der Übergabe der Unterschriften war eine Auftaktkundgebung auf dem Hansaplatz und dann eine bunte Demo unter dem Motto „Jede Stimme ist Gold wert“ vorangegangen. In goldenen Kästen, eine Kunstperformance von Axel Richter; wurden die Unterschriften von den Demonstrant_innen über die Mönckebergstraße zum Rathausmarkt getragen. Vor dem Rathaus fand eine Abschlusskundgebung unter Coronabedingungen statt, auf der Redner und Rednerinnen von ver.di, Attac, dem Zukunftsrat, Greenpeace, der Seebrücke, DFG/VK, IPPNW und der GEW die Forderung nach einem zivilen Hafen bekräftigten.

Am 11.1.2022 hat der Senat das erfolgreiche Zustandekommen der Volksinitiative bestätigt. Hurra, die erste Hürde ist geschafft und amtlich bestätigt!

Die Volksinitiative für einen zivilen Hamburger Hafen hat somit die erste Hürde im dreistufigen Volksgesetzgebungsverfahren in sechs Monaten durch das erfolgreiche Sammeln von zahlreichen Unterschriften abgeschlossen. Die GEW unterstützt diese Initiative finanziell und durch Beschlüsse ihres Gewerkschaftstages. (Vgl. Berichterstattung über die Rüstungsexportverbots-Ini hlz 5-6/2021, S.54)

Der Text, der in Hamburg zur Abstimmung gestellt werden soll, lautet:

„Senat und Bürgerschaft schaffen innerhalb eines Jahres eine Rechtsgrundlage, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbietet und unternehmen alle notwendigen Schritte, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen“

Nach dem ersten erfolgreichen Schritt müssen sich nun ein Zwanzigstel der Hamburger Wahlberechtigten, das sind ca. 67 000 Einwohner_innen, in die Listen für das Volksbegehren eintragen. Also liebe Hamburger Wähler_innen, wenn demnächst die Aktiven der Volksini „Rüstungsexport-verbot“ ausschwärmen und euch auf der Straße ansprechen, unterschreibt!

Wenn die zweite Runde für die 67 000 Unterschriften startet, liegen auch Unterschriftenlisten in den Bezirksämtern aus. Lehnt die Bürgerschaft und der Senat das Ansinnen der Volksinitiative erneut ab, dann stimmt die Hamburger Wahlbevölkerung über den obigen Text ab. Es sei denn, der Senat und die Bürgerschaft machen sich das Anliegen der Volksinitiative zu eigen, womit derzeit niemand rechnet.

Im Augenblick ist Säbelrasseln zwischen USA, Nato, EU, Ukraine auf der einen und Russland auf der anderen Seite angesagt. Noch zeigt sich die Bundesregierung standhaft darin, keine Waffen in die Ukraine zu liefern im Gegensatz zu den USA, zu Großbritannien und den direkten Nachbarländer Polen und Litauen. Wie lange noch? Ist Deutschland Drehscheibe der Waffenverschiebungen für die anderen Länder in die Ukraine? Welche Rolle spielt der Hamburger Hafen bei diesen Waffenschiebereien?

Foto: Volksini ziviler Hafen

Angesichts der Kriegspropaganda auf allen Seiten wird es mir langsam mulmig zu Mute. Wo ist der Geist der Entspannung eines Willi Brandt, eines Egon Bahr oder von Michael Gorbatschow geblieben? Überall, wo ich auch hinschaue im Osten wie im Westen, marschiert das Militär auf.

Worum geht es bei der Initiative?

Über den Hamburger Hafen werden Rüstungsex- und -importe abgewickelt, die in aller Welt Krisen und Kriege anheizen und ermöglichen. Dies trifft vor allem für sogenannte Kleinwaffen und die dazugehörige Munition zu. Pro Tag sind es etwa drei Container Munition, die den Hafen verlassen.

In der Präambel der Hamburger Verfassung findet sich folgende Passage, die sich direkt auf das Anliegen für ein Rüstungsexportverbot über den Hamburger Hafen bezieht. Es heißt dort:

„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“

Deutlicher könnte der Widerspruch zur geübten Praxis der Rüstungsim- und -exporte nicht sein.

Der erste Schritt ist mit der Übergabe der 16 442 Unterschriften im Rathaus getan. Der Ball liegt nun im Spielfeld der Bürgerschaft und des Senats. Übernehmen sie das Anliegen der Volksinitiative oder wird es abgelehnt?

Im weiteren Gang der Volksinitiative wird der Senat vermutlich mit dem Argument aufwarten, dass Hamburg nicht zuständig sei, sondern der Rüstungsexport von der Bundesregierung in Berlin geregelt werden muss.

Zahlreiche Jurist_innen – auch die des Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages – haben genau diese Argumentation gekippt. Die Rüstungsexporte werden zwar seitens des Bundes genehmigt, der Transportweg aber wird von den Rüstungsfirmen bestimmt. Darauf nimmt der Bund keinen Einfluss.

Da Hamburg überwiegend Eigentümerin des Hafengebietes ist, kann der Senat auch bestimmen, was in diesem Gebiet passiert. Es ist also grundsätzlich möglich, dass Hamburg ein Verbot des Im- und Exports von Rüstungsgütern durchsetzt.

Es gibt nach Ansicht der Volksinitiative eine moralische Verantwortung und eine strafrechtliche Verpflichtung, sich als Hansestadt Hamburg für einen zivilen Hafen einzusetzen. Allein die Tatsache, dass praktisch in allen Regionen der Welt, in denen Krisen, Krieg, Aufstände, Diktaturen, Repressionen etc. stattfanden und stattfinden, nachweislich Waffen aus Deutschland beteiligt sind, erübrigt jeden Zweifel. Selbst wenn Lieferungen an ‚sichere‘ NATO-Staaten erfolgen (was z.B. autoritäre Regime wie die Türkei einschließt), gibt es keine „Verbleibs-Endkontrolle“. Diese Exporte generieren vielfach Fluchtursachen, Hunger, Not und Elend. Aktuelles Beispiel sind Haubitzen, die von Deutschland an Litauen geliefert wurden und jetzt an die Ukraine weitergereicht werden.

Die strafrechtliche Ebene teilt sich auf in Verstöße gegen internationale Konventionen (z.B. die UN-Charta und entsprechende Konventionen z.B. Ächtung von Kriegsverbrechen, Ächtung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) und nationales Recht (z.B. die illegale Lieferung wie die von Schnellfeuergewehren an die mexikanische Polizei von Heckler und Koch).

Hamburg macht sich als Hafeneigentümerin auf diese Weise und im Wissen um die Wirkung der im- und exportierten Rüstungsgüter der Beihilfe schuldig.

Die Volksinitiative ist ein kreativer Zusammenschluss von Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen (siehe Homepage: ziviler-hafen.de). Sie ist inzwischen gut mit internationalen gewerkschaftlichen Initiativen in anderen europäischen Hafenstädten und mit Kolleg_innen im Hamburger Hafen vernetzt. Verstärkt wird diese Vernetzung durch zahlreiche Kulturschaffende, die wie Konstantin Wecker und Axel Richter (Haus am Schüberg), der große und kleine Kunstinstallationen und Performances gestaltet und organisiert hat, die Initiative unterstützen. Dadurch hat die Volksinitiative ein lebhaftes Presse- und Medienecho selbst in der harten Lockdown-Zeit gefunden.

Für Juni ist ein Hamburger Russel-Tribunal – ähnlich einer Gerichtsverhandlung – in Planung, auf dem die Rolle und Beihilfe Hamburgs zu den oben genannten Verstößen und Verbrechen durch Rüstungsexporte thematisiert werden sollen. Es wird eine mit prominenten, auch international bekannten Jurist_innen besetzte Jury, Gutachter_innen und Ankläger_innen geben.

Die Russel-Peace-Foundation in Nottingham unterstützt dieses Vorhaben und ist mit der Namensgebung einverstanden. Zusätzlich soll es eine begleitende Friedenswoche geben.

WILLI BARTELS,
Ausschuss für Friedensbildung
der GEW

NACHRUF

Dogmatismus war nie seine Sache

Zum Tod von Kurt Edler

Am 19. Dezember 2021 ist Kurt Edler im Alter von 71 Jahren gestorben. Kurt war lange Jahre Lehrer, u.a. an der Staatlichen Fremdsprachenschule (H 15), wo er Deutsch, Politik, Philosophie und Französisch unterrichtete. Von 2004 bis zu seiner Pensionierung 2015 wirkte er als Referatsleiter Politik am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI). Für seine Partei, Bündnis 90/Die Grünen, war er in Hamburg einer der wichtigsten schulpolitischen Sprecher. Schon als Student (1972) trat er in die GEW ein und blieb Mitglied bis zum Schluss.

In der Demokratiepädagogik kann er als einer der deutschlandweit führenden Köpfe gelten: Bis 2017 war er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe). In zahllosen Vorträgen und Seminaren, in Diskussionsrunden, in vielen Veranstaltungen, in seinen Thesenpapieren und in seinem Blog (www.edlerhh.de) hat er Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus thematisiert; mehr noch, er hat Wege aufgezeigt, wie in der Schule und anderswo Extremismusprävention aussehen und wirksam werden kann. Kurts Rundmails und Literaturhinweise sind legendär – von den vielen Artikeln aus „Le Monde“ bis zu Artikeln, Vorträgen und Büchern zu den Themen, mit denen er sich befasste.

Er war wichtig, ja zentral, für uns und für viele, die ihn kannten, mit seinem großen Talent, Menschen zusammenzubringen. Schon in der Studienzeit fiel er durch seine Analysen auf; er war überzeugt, dass die besseren Argumente entscheiden. Dogmatismus war nie seine Sache, im Gegenteil. Entspannt, zugewandt, witzig, scharf und klar in den Gedanken, schalkhaft, immer bereit zur Ironie, vor allem auch zur Selbstironie, bis zum Schluss, so bleibt er uns im Gedächtnis. Er war engagiert, aber offen, er ging auch hin, wo ihm kein Beifall sicher war. Er redete nicht nur von den Extremisten, sondern auch mit ihnen, das heißt: gegen sie an. Unter zehn Fragen „zur pädagogischen Selbstklärung“ hat er einmal als erste aufgeschrieben: „Kann ich cool und gut gelaunt streiten, auch wenn mich der Gegenstand beunruhigt?“ Ja, das konnte er.

Sein politisch-pädagogisches Vermächtnis ist wohl am besten mit dem Begriff der Grundrechtsklarheit beschrieben. Den Begriff hat er geprägt und ihn vielfach verwendet. Und hier ist es angemessen, Kurt noch einmal zu Wort kommen zu lassen:

Foto: privat

In Erinnerung an den Raum 664 im Philturm – lange Jahre Heimat des Fachschaftsrats Romanistik – fand am 6.6.2004 ein Wiedersehenstreffen ehemaliger Mitglieder und FreundInnen des Fachschaftsrats Romanistik statt; Zweiter von links: Kurt.

„Um die Praxis solcher [aller möglichen, bis zur politischen Partei oder Glaubensgemeinschaft] Gemeinschaften überprüfen zu können, brauchen wir das, was ich als Grundrechtsklarheit bezeichnen möchte. Das ist mehr als Rechtskenntnis oder Verfassungstreue, auch mehr als bloße Grundwerteklarheit. Grundrechtsklarheit ist die Fähigkeit, im Kampf um die Freiheit erklären zu können, wie ein Wert durch ein Gesetz geschützt werden kann und muss. Das setzt eine Klarheit über den Staat voraus. Eine feindselige Einstellung gegenüber dem Staat, ob von Reichsbürgern, Dschihadisten oder Autonomen, stürzt ihre Träger immer in das Dilemma, nicht erklären zu können, was Menschenrecht ist und wie es bewahrt wird.“

Und noch ein Zitat, welches in unseren Augen Kurts Grundhaltung gut umreißt:

„Zur aufgeklärten Demokratie gehört eine Kultur des nüchternen Zweifels und des unerschrockenen Widersprechens. Haben wir den Mut und die Gelassenheit, die angebotenen Mythen zu entzaubern. Nur so können wir uns im weltanschaulichen Diskurs ‚auf Augenhöhe‘ begegnen, als mündige und freie Menschen.“

Nachzulesen, wenn wir, wie Kurt es so gerne tat, auch mal einen Lesetipp geben dürfen: www.extremislos.de/26-Theorie.html, www.boell.de/de/2021/01/12/grundrechtsklarheit.

Die mitstreitenden Wegbegleiterinnen aus dem Fachschaftsrat Romanistik der Uni Hamburg der 1970er und Freunde:

FRIEDER BACHTELER, CHRISTINA BARGHOLZ, SUSANNE BERG, SABINE BREUSTEDT, WOLFGANG EHMKE, MANFRED ENGELBERT, MANFRED GERL, ELISABETH HORN, ROLAND KOHSIEK, DORIS KROHN, CLAUDIA LENZ, PETER MOHRMANN, CHRISTINA NEUMANN, JÜRGEN PAUL, REGINA PIONTEK, AXEL QUÄCKBER, BETTINA RADKE-BARNICK, HANS-WERNER SCHÄFER, GERALD SCHLEMMINGER, FELICITAS SCHRÖDER, GERRIT SCHWABE, SUSANNE STEIN, KLAUS TÖDT, THOMAS UTZ, RENATE WINDELBOT

Kurt Edler *10.4.1950 † 19.12.2021

Unser Freund und ehemalige Kollege Kurt Edler war eigentlich Gymnasiallehrer für Französisch und Deutsch. Er kam 1977 in das Kollegium der H15-Staatliche Fremdsprachenschule (eine Höhere Handelsschule fremdsprachlicher Richtung).

Foto: Stefan Gierlich

Wir verlieren einen Freund, einen neugierigen Menschen, der zutiefst an seinen Mitmenschen interessiert war. Er hat sich für andere Sichtweisen und Meinungen interessiert und war stets bereit, sich damit ehrlich auseinanderzusetzen. Besonders Ideologien und Dogmen hat er hinterfragt, auseinandergenommen und entlarvt.

Er bereicherte unsere GEW-Betriebsgruppe in vielfacher Hinsicht durch Analysen, Anregungen und Texte. Seine kritischen, rhetorisch ausgezeichneten Beiträge auf den Lehrerkonferenzen, häufig mit feinem Humor gepaart, waren eine große Unterstützung unserer Arbeit. Als Humanist war ihm Respekt gegenüber Mitgliedern des Kollegiums, die nicht seiner Meinung waren, eine Selbstverständlichkeit.

Jenseits seines politischen Engagements spielte für Kurt der soziale Zusammenhalt der GEW-Betriebsgruppe eine große Rolle. So suchte er nicht selten Restaurants für gemeinsame Mittagessen der GEW-Gruppe nach der Schule aus, bereitete akribisch Wochenenden – vorzugsweise in schönen Orten im Wendland – für uns vor und war Mitorganisator vieler Betriebsgruppensitzungen.

1991 verließ er die H15, arbeitete eine Zeit lang als Lehrer an der H19 und am Albrecht-Thaer-Gymnasium. Anschließend wurde er Leiter des Referats Gesellschaft am LI Hamburg.

Auf seine Pensionierung im Jahr 2015 folgte eine neue Phase voller Schaffenskraft. Er setzte sich weiterhin intensiv mit Rechtsextremismus und Islamismus auseinander. Nach ausgiebigen Recherchen verfasste er das Buch „Islamismus als pädagogische Herausforderung“ (Brennpunkt Schule). Außerdem beschäftigte ihn das Thema Demokratie in der Schule sehr. Er engagierte sich in der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik und war lange deren Vorsitzender. Zu diesen Themenbereichen hielt er in zahlreichen Orten der Bundesrepublik Vorträge in Schulen und Universitäten, vor GEW-Gruppen und Mitgliedern des Rotary Clubs.

Seine Kreativität und sein Schaffensdrang wurden durch eine schwere Erkrankung abrupt beendet. Er starb in seiner Wohnung am 19.12.21 – viel zu früh. Kurt wurde nur 71 Jahre alt. Als Trost mag uns dienen: Er war nicht allein – er wurde begleitet von seiner Familie und einer Freundesgruppe.

In Trauer HARALD VIETH, AXEL QUÄCKBER, JOACHIM WESTPHAL (ehemals H15)

Hamburger Forum

www.hamburgerforum.org

Ostermarschaufruf Hamburg 2022

Abrüsten statt aufrüsten!
Entspannungspolitik statt Kriegsvorbereitung!

Wir stehen vor großen weltweiten Herausforderungen: Kriege, Pandemien, Klimakrise, Hungersnöte, wachsende soziale Spaltung, Vermüllung von Land und Meeren, Artensterben. Viele Landstriche bieten keine Lebensperspektive mehr, sodass Millionen Menschen zur Flucht gezwungen sind. Deutschland ist keine Insel der Seligen, sondern mitverantwortlich und ebenfalls betroffen.

Die neoliberale Politik der bisherigen Bundesregierungen hat die genannten Probleme im Interesse multinationaler Konzerne und des militärisch-industriellen Komplexes mitverursacht. Auch die neue Bundesregierung bietet keine nachhaltigen Lösungen an. Im Kampf um Einflusssphären verschärfen die NATO-Staaten unter Führung der USA die Konfrontation mit Russland und China; Menschenrechte werden instrumentalisiert, um Feindbilder aufzubauen. Weltweite Kriegseinsätze schaffen weder Sicherheit noch sozial gerechte Verhältnisse. So hat der Afghanistaneinsatz weit über 200.000 Menschenleben gekostet – überwiegend Zivilisten – und das Land nachhaltig zerstört. Rüstungsexporte (aus Deutschland im vergangenen Jahr für € 9,3 Milliarden; ca. drei Container täglich über den Hamburger Hafen) heizen internationale Spannungen und Konflikte an.

Mit dem Ostermarsch werben wir für eine andere Politik! Globale Probleme lassen sich nur mit Verhandlungen, internationalen Verträgen und durch abgestimmtes Handeln bewältigen. Grundbedingung für eine neue Politik ist es, zur Entspannungspolitik zurückzukehren und nicht mehr Abermilliarden für Rüstung auszugeben.

Wir fordern eine neue Friedenspolitik der Bundesregierung,

- die den Rüstungsetat verringert, die NATO- und EU-Vorgaben ständig wachsender Rüstungsausgaben durchbricht und konsequent abrüstet,
- die, statt in Rüstung zu investieren, Schulen und Universitäten ausreichend finanziert, den Pflegenotstand beendet und sozialen Wohnraum schafft,
- die neue Hightech-Waffen wie das Future Combat Air System (FCAS), Kampfdrohnen und autonome Waffensysteme nicht länger entwickelt oder sich daran beteiligt,
- die Rüstungsexporte verbietet und die Konversion von Rüstungsproduktion hin zur Herstellung ziviler Produkte fördert,
- die den Atomwaffenverbotsvertrag unterschreibt, keine neuen Atombomber beschafft und ernsthaft die Beseitigung der US-Atomwaffen in Büchel betreibt,
- die sich nicht mehr an Kriegen beteiligt, alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet und in zivile Konfliktlösung investiert,
- die weder Russland und China noch andere Staaten mit Sanktionen bekämpft oder durch Truppenstationierungen und Manöver bedroht,
- die sich gegen eine Erweiterung des Militärbündnisses NATO positioniert und sich stattdessen für ein globales System kollektiver Sicherheit unter Einschluss von Russland und China einsetzt,
- die konsequent daran arbeitet, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken.

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass globale Probleme nur durch internationale Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe gelöst werden können.

Wir gehen Ostern auf die Straße, um sichtbare Friedenszeichen zu setzen:

Eine bessere Welt ist möglich!

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. • Konto: GLS-Bank, IBAN: DE59 4306 0967 2067 3173 00
V.i.S.d.P.: Dr. Markus Gunkel, Schefestraße 15, 21493 Schwarzenbek bei Hamburg • E-Mail: hamburger-forum@hamburg.de

Das HLZ-Rätsel

Foto: Pauli-Piratz /Wikimedia Commons - CC BY-SA 4.0

Foto: Soenke Rahn /Wikimedia Commons - CC BY-SA 3.0

Hamburg dekolonisieren

Hamburg hat sich 2014 verpflichtet, sein koloniales Erbe aufzuarbeiten. Vor allem in der Hafen City werden aber weitere Orte und Straßen nach Kolonialeroberern oder Kolonialhändlern benannt.

Foto: KMJ /Wikimedia Commons - GNU FDL

Foto: M. Heede/hlz

Welche Fotos zeigen koloniale Erinnerungsorte in Hamburg?

Einsendungen bitte bis zum 29.3.2022 mit Postanschrift an die hlz, am besten an *hlz@gew-hamburg.de*. Als Gewinn winkt ein Buchgutschein im Wert von 25 Euro. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Foto: Uwe Barghaan /Wikimedia Commons - CC BY 3.0

Des letzten Rätsels Lösung...

Foto: KAS/ACDP 10-007: 584 CC-BY-SA 3.0 DE

Foto: Oboneo Wikimedia Commons - CC BY-SA 4.0

… sind Helmut Kohl und Gerhard Schröder. Sie waren nach Angela Merkel bei Amtsantritt die jüngsten Bundeskanzler mit 52 bzw. 54 Jahren. Das wusste auch unsere Gewinnerin Mihriban Elleri. Sie bekommt einen Buchgutschein im Wert von 25 Euro. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Nach Merkel als Kanzler die Jüngsten: Helmut Kohl und Gerhard Schröder

GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – FEBRUAR/MÄRZ 2022	
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	rolandstolze@gwhmail.de
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	02.03.2022, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	28.03.2022, 17.00-21.00 Uhr, Raum ABC
FG Hochschule u. Forschung	07.03.2022, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	In der Geschäftsstelle nachfragen
LAMBDA – Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Bildung statt Kinderarbeit	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ausschuss für Friedensbildung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler_innen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	14.02.2022, 18.00-20.00 Uhr
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	28.02.2022, 18.00-21.00 Uhr, Raum A christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer_innen	In der Geschäftsstelle nachfragen

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen unter https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ausfallen.

GEW Geschäftsstelle wie zuvor geöffnet

Laut der aktuellen Hamburger Corona Eindämmungsverordnung dürfen wir in der GEW weiterhin Versammlungen und Gruppentreffen abhalten, natürlich unter entsprechenden gesundheitsförderlichen Bedingungen. Weitere Infos für GEW Gruppen und der Hygieneplan finden sich unten. Auch die Geschäftsstelle ist zu den genannten Bedingungen geöffnet. Bitte klingeln!

Für GEW-Gruppen gilt:

Ihr könnt weiterhin Räume bei uns reservieren. Dabei gelten folgende Voraussetzungen:

1. Wir haben Raumobergrenzen, bedingt durch den vorgegebenen Mindestabstand von 1,5 Metern A: 10 TN, B: 3 TN, C: 5 TN, GBW: 7 TN
2. Außerhalb des Sitzungsraums muss in der Geschäftsstelle ein Mund-Nasenschutz getragen werden. Innerhalb des Sitzungsraums ist es euch als Gruppe freigestellt.
3. Personen mit Atemwegserkrankungen dürfen nicht teilnehmen.
4. Ihr müsst eine Teilnehmer_innenliste führen (die Vorlage legen wir euch in den gebuchten Raum), die bei der Geschäftsführung hinterlegt und dort 4 Wochen aufbewahrt werden muss. Im Infektionsfall wird diese Liste dem zuständigen Gesundheitsamt ausgehändigt. Nach vier Wochen wird diese Liste vernichtet.

Für externe Gruppen stellen wir Räume zur Zeit nur unter den Bedingungen von 2G zur Verfügung, weil wir das vom Hygienekonzept nicht zusätzlich bewältigen können.

Aus der Unsicherheit…

Es war nicht einfach, die Fragen an die vom Berufsverbot Betroffenen zu finden. Was ich vor allem nicht wollte, war, sie dazu zu drängen, so en passant ihre heutige Sicht auf die Dinge darzustellen. Es gibt sicherlich viele Gründe zu revidieren, von denen wir damals meinten, sie seien unumstößlich richtig. Es wäre fatal, wenn wir feststellten, dass sich nach 50 Jahren die Meinungen nicht geändert hätten. Der Blick auf das, was sich als Sozialismus versucht hat zu etablieren, hat natürlich dazu beigetragen, auch über grundsätzliche Positionen zu gesellschaftlichen Utopien nachzudenken. Aber eines bleibt: Die strukturelle Ungleichheit in einem System, in dem das Recht auf Eigentum an Produktionsmitteln die Ausbeutung derjenigen, die mittels ihrer Arbeitskraft den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, ermöglicht. Dies ist die Wurzel der Ungerechtigkeit in einer Gesellschaft, die vorgibt, die Freiheit des Einzelnen zu garantieren, dabei aber die Ungleichheit zwischen Besitzenden und Habenichtsen – national wie global – in Kauf nimmt.

Diese Verhältnisse zu Gunsten der Benachteiligten zu ändern, darum ging es damals wie heute bestimmten politischen Kräften, zu denen sich vom Anspruch her auch die Gewerkschaften zählen. Solange die freiheitlich demokratische Grundordnung die Spielräume dafür liefert, diesen Kampf auszutragen, braucht man an ihrem Geist nicht zu zweifeln. Das, was sich als Zivilgesellschaft auf der Grundlage unserer grundgesetzlichen Garantien entwickelt hat, verlangt Anerkennung. Allerdings lässt sich daraus keine Ewigkeitsgarantie ableiten. Als ein von Menschen entwickeltes Konstrukt, dessen Entstehung in einem spezifischen historischen Zusammenhang zu betrachten ist, unterliegt es nicht nur dem Veränderungswillen der politischen Entscheidungsträger_innen, sondern schließt in einem finalen Sinn auch seine Überwindung nicht aus.

Damit sind wir bei der viel zitierten freiheitlich demokratischen Grundordnung angelangt, genauer: bei der Frage, was deren Grenze ausmacht. Für mich ist das, was die völkischen Kräfte ideologisch vertreten, absolut verfassungsfeindlich. Und der Staat hat das Recht bzw. die Pflicht, diese Kräfte zu sanktionieren. Dies widerspricht nicht meiner Auffassung davon, wie ein auf die Emanzipation der Menschen gerichtetes politischen Handeln aussehen sollte.

Wieso aber habe ich die Auffassung, dass Linke im Staatsdienst ihre Meinung nicht nur vertreten dürfen, sondern sogar müssen? Kurz gesagt: Weil ich es ablehne, links und rechts gleichzusetzen. Linke verteidigen diesen Staat gegen die beschriebenen barbarischen Kräfte, zeigen aber gleichzeitig die Grenzen eines Systems auf, das formal Gleichheit postuliert, sich aber real durch die oben beschriebene strukturelle Ungleichheit einer Transformation zu einer wahren humanen Gesellschaft verweigert.

Leicht gesagt, aber schwer, dies auf die weltpolitischen Konstellationen zu übertragen. Formal ist die Volksrepublik China ihrem Anspruch nach doch ein Land, das proklamiert, die Klassenunterschiede bereits hinter sich gelassen zu haben. Jedem und jeder, der oder die die politischen Ereignisse auf der Welt mit Aufmerksamkeit verfolgt, ist schon lange klar, dass Anspruch und Wirklichkeit hier nicht zusammenpassen. Insbesondere in diesen Tagen, in denen das System nichts unversucht lässt, propagandistisch die großartigen Errungenschaften des Kommunismus mit dem olympischen Gedanken des friedvollen Miteinanders aller Völker dieser Welt zusammenzubringen, spricht die Realität diesem Ziel angesichts der Menschenrechtsverletzungen auf vielen Gebieten, insbesondere was die Unterjochung der Uiguren betrifft, Hohn. Die chinesische Parabel von dem daoistischen Klassiker Liezi aus dem 4. Jh. n. Chr., aus der das Sprichwort stammt: „Yu Gong versetzt Berge“ (愚公移山 yú gōng yí shān), wurde später von Mao Zedong im Sinne des Kampfes gegen Imperialismus und Feudalismus umgedeutet. Die jetzigen Machthaber müssen dies wohl wörtlich genommen haben, als sie Olympia gestaltet haben.

Foto: hlz

Keine Fahrt ins Blaue...

JOACHIM GEFFERS

ANZEIGE

100 JAHRE

GEW Vorteile für GEW-Mitglieder!

BB Bank
Better Banking

Finden. Finanzieren. Frei fühlen.

Die Baufinanzierung[1] der BBBank
mit Extra-Zinsrabatt für den öffentlichen Dienst.

[1] bonitätsabhängig

FMH AWARD 2021
in Kooperation mit ntv
Größte Kundenzufriedenheit
Baufinanzierung
BB Bank
38 Bewertungen
Erreichte Punktzahl: 1,72 von 5,00

NEU: Jetzt auch online abschließen!
www.bbbank.de/baufinanzierung

Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/gew

www.bbbank.de/termin

Folgen Sie uns

Hier könnte Ihre Anzeige stehen **04101-842 671**

albersdesign
Media-Agentur
Mediengestaltung
+Druckproduktion
DTP . Layout . Reinzeichnung
Grafik . Anzeigenverwaltung
Horn 33 . 25421 Pinneberg
ca@albers.design . **www.albers.design**

Haben Sie weitere Anliegen – sprechen Sie mich gerne an!

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de

Hamburger Lehrer-Feuerkasse
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Gegründet 1897
Mitgliederversammlung
Freitag, 08. April 2022
Beginn: 17.30 Uhr
Tagungsort: Curio-Haus,
hinteres Gebäude / hinterer Hof
Tagesordnung
1. Jahresbericht 2021
2. Vorlage der Jahresrechnung 2021
3. Bericht der Rechnungsprüfer
   Entlastung des Vorstandes
4. Wahlen
   a) 1. Rechnungsführer/in
   b) Beisitzer/in
   c) zwei Rechnungsprüfer/innen
   d) Wirtschaftsprüfer/in
5. Verschiedenes

SOLLTE DIE VERSAMMLUNG IM APRIL NICHT STATTFINDEN KÖNNEN, WIRD EIN FOLGETERMIN IN DER HLZ BEKANNTGEGEBEN.

HAMBURGER LEHRER–FEUERKASSE
VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung in der Metropolregion Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2022 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 4.000 € (8.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Beitragsrechner) / **info@h-l-f.de**

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt